



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33

**Vergangenheit bewahren,
Zukunft gemeinsam gestalten.**

**LEITANTRAG
DER LANDESPROGRAMMKOMMISSION**

Wahlprogramm der Alternative für Deutschland
für die Wahl des Landtages Brandenburg
am 01. September 2019

Unser Programm für das Land Brandenburg

35	PRÄAMBEL DIE VERGANGENHEIT BEWAHREN, UNSERE ZUKUNFT GEMEINSAM GESTALTEN	3
36	Identität und Leitkultur	
37	01 DEMOKRATIE IST MEHR, ALS ALLE FÜNF JAHRE EINEN NEUEN LANDTAG ZU WÄHLEN	4
38	Demokratie und Staatsverständnis	
39	02 DIE KLASSISCHE FAMILIE ALS GRUNDPFEILER UNSERER GESELLSCHAFT	6
40	Familie und Demografie	
41	03 ZUKUNFT FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM: GUTE POLITIK BEGINNT IN DEN KOMMUNEN	9
42	Kommunales und ländlicher Raum	
43	04 WER ORDENTLICH ARBEITET, DER MUSS DAVON AUCH ORDENTLICH LEBEN KÖNNEN!	12
44	Arbeit und Soziales	
45	05 GESUNDHEIT IST UNSER HÖCHSTES GUT	15
46	Gesundheit und Pflege	
47	06 HEIMAT BEWAHREN: TIERE UND UMWELT SCHÜTZEN	18
48	Tier- und Umweltschutz	
49	07 REGIONAL STATT GLOBAL: BRANDENBURG ZUERST!	22
50	Landwirtschaft und Verbraucherschutz	
51	08 DENKMALSCHUTZ IST HEIMATSCHUTZ!	24
52	Kultur- und Denkmalschutz	
53	09 SCHLUSS MIT BILDUNGSEXPERIMENTEN: GUTE BILDUNG MUSS SICH WIEDER LOHNEN!	27
54	Schule und Berufsausbildung	
55	10 WISSENSCHAFTSLAND BRANDENBURG: EIN HOCH AUF DEN FORTSCHRITT	31
56	Wissenschaft und Forschung	
57	11 SICHERHEIT DARF NICHT NUR EIN GEFÜHL SEIN: POLIZEI UND JUSTIZ STÄRKEN!	34
58	Innere Sicherheit und Recht	
59	12 ES REICHT: KEINE WEITERE EINWANDERUNG IN UNSERE SOZIALSYSTEME!	40
60	Einwanderung, Asyl und Abschiebung	
61	13 MEHR DEN BRANDENBURGERN – WENIGER DEM STAAT!	42
62	Wirtschaft und Mittelstand	
63	14 FÜR EINE RÜCKKEHR ZUM AM MENSCHEN ORIENTIERTEN STÄDTEBAU	45
64	Verkehr, Infrastruktur und Wohnen	
65	15 WER DIE DIGITALISIERUNG VERSCHLÄFT, DER VERSCHLÄFT UNSERE ZUKUNFT	49
66	Digitalisierung und Datenschutz	
67	16 NICHT DAS KLIMA IST BEDROHT, SONDERN UNSER WOHLSTAND	52
68	Klima und Energie	
69	17 FÜR EINE ZUKUNTSORIENTIERTE UND TRANSPARENTE HAUSHALTS- UND FINANZPOLITIK	55
70	Haushalt und Finanzen	
71	WAHLAUFRUF DIE ANDEREN HATTEN IHRE CHANCE – JETZT SIND WIR DRAN!	59
72	Zeit für den Regierungswechsel!	

73 **Präambel | Die Vergangenheit bewahren, unsere Zukunft gemeinsam gestalten.**

74 **| Identität und Leitkultur |**

75 Angesichts wachsender Geschichtsvergessenheit in Politik und Gesellschaft wollen wir das historische
76 Bewusstsein pflegen und die Erkenntnis stärken, dass der heutige Mensch Erbe einer Vergangenheit
77 ist, die er annehmen und mit der er sich auseinandersetzen muss. Wir müssen in unsere
78 Vergangenheit zurückschauen, wenn wir Ideen für die Meisterung der Gegenwart und die Gestaltung
79 unserer gemeinsamen Zukunft erhalten wollen. Geschichte wiederholt sich ständig und ein Blick auf
80 die erfolgreichen Lösungen unserer Vorfahren lohnt sich ebenso, wie die Vermeidung historischer
81 Fehler. Gerade die lange und ereignisreiche Geschichte unseres Landes Brandenburg lädt dazu ein,
82 aus der Vergangenheit zu lernen. Innerhalb weniger Generationen erwuchs aus dem als „märkische
83 Streusandbüchse“ verspotteten, an Menschen und Rohstoffen armen Kurfürstentum Brandenburg
84 die Großmacht Preußen, die die Geschicke Deutschlands sowie Europas maßgeblich mitgeprägt hat.
85 Dieser Aufstieg war nur durch eine vorausschauende Politik möglich, die aus dem rückständigen und
86 ärmlichen Kurfürstentum Brandenburg einen modernen Staat geschaffen hat, der weltweit als
87 Vorbild betrachtet wurde.

88 So steht Brandenburg-Preußen über die Grenzen des deutschen Kulturraumes hinaus für eine Reihe
89 von Sekundärtugenden wie Bescheidenheit, Disziplin, Fortschrittlichkeit, Pünktlichkeit sowie
90 Sparsamkeit. Charaktereigenschaften, die heute bei denjenigen, die die Geschicke unserer Heimat
91 lenken, leider schmerzhaft vermisst werden. Die Politik im Land Brandenburg muss sich wieder auf
92 diese Tugenden zurückbesinnen, die einst zur Blüte unseres gesamten Staatswesens führten. Unsere
93 preußischen Tugenden werden im Ausland noch heute bewundert und regelmäßig auf ganz
94 Deutschland übertragen. Sie sind ein wichtiger Teil unserer nationalen Identität. Zu dieser gehören
95 aber auch wichtige geographische Orte und historische Daten, Bauwerke und Denkmäler, Bilder,
96 Embleme und Symbole, literarische Werke, wie Liedgut und Dichtkunst, aber auch gemeinsame
97 Traditionen und Feste. Diese teils über viele Jahrhunderte hervorgebrachten Merkmale unserer
98 nationalen Identität dürfen nicht leichtfertig aufgegeben werden. Wir wollen diese für unsere
99 Nachkommen erhalten, um Identitätskrisen vorzubeugen. Unsere Geschichte als identitätsstiftender
100 Teil der Gesellschaft muss daher wieder stärker im Bewusstsein der Brandenburger verankert
101 werden.

102 Unsere Schulen müssen deshalb ein ausgewogenes Bild der deutschen Geschichte vermitteln und
103 sämtliche Epochen angemessen berücksichtigen. Die Kenntnis der deutschen Geschichte in ihrer
104 ganzen Breite ermöglicht die Identifikation mit den positiven Ausprägungen und der Verantwortung
105 aus der eigenen Geschichte und Kultur. Ein breites historisches Wissen umfasst u.a. das Mittelalter,
106 die frühe Neuzeit mit dem deutschen Humanismus und der Reformation, aber auch die Deutschland
107 lange Zeit prägende Epoche des Dreißigjährigen Kriegs. Ebenso sollte die kulturelle Blüte während der
108 Aufklärung und des Deutschen Idealismus während des 19. und frühen 20. Jahrhunderts
109 nahegebracht werden, dass das Ringen der Deutschen für Demokratie, freie Meinungsäußerung und
110 Gedankenfreiheit umfasst. Bei der Darstellung der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft und
111 ihrer bis heute andauernden Folgen ist auch die Rolle des Einzelnen in einem totalitären Staat zu
112 behandeln, um den Wert individueller Freiheiten zu erfahren.

113 Unsere Leitkultur besteht nicht nur aus unserer Sprache, auch unsere kollektive Mentalität sowie
114 unsere Gefühle prägen das, was uns als Gesellschaft ausmacht. Hinzu kommt unsere gemeinsame
115 christlich-abendländische Kultur mit ihren Grundwerten und dem darauf aufbauenden
116 Rechtsverständnis. All dies sehen wir in der Gegenwart ebenso als bedroht an, wie die Grundlagen
117 unseres friedlichen Zusammenlebens. So wollen uns die Altparteien eine multikulturelle Gesellschaft
118 aufzwingen. Dabei zeigen zahlreiche Beispiele aus der Geschichte, dass Multikulturalismus eine
119 Quelle von Konflikten ist. Die AfD im Land Brandenburg setzt sich entschieden dafür ein, unsere
120 nationale Identität, unsere Kultur sowie unsere freiheitliche Lebensform gegen die Verfechter einer
121 multikulturellen Gesellschaft zu verteidigen. Wir möchten uns zudem auf unsere gemeinsame
122 preußische Vergangenheit zurückbesinnen und diese als Vorbild für die erfolgreiche Gestaltung
123 unserer gemeinsamen Zukunft wiederaufleben lassen. Ehrlichkeit, Gerechtigkeit, Ordnung und
124 Pflichtbewusstsein gegenüber den Brandenburgern müssen in unserem Landtag wieder eine
125 Selbstverständlichkeit werden. Aus diesem Grund trägt unser Wahlprogramm den Titel:

126 **Die Vergangenheit bewahren, unsere Zukunft gemeinsam gestalten!**

127 **01 | Demokratie ist mehr, als alle fünf Jahre einen neuen Landtag zu wählen.**
128 **| Demokratie und Staatsverständnis |**

129 Der Freistaat Preußen war zur Zeit der Weimarer Republik ein Bollwerk der Demokratie gegen die
130 demokratiefeindlichen Kräfte der Kommunisten und Nationalsozialisten. Preußen war der stabilste
131 Gliedstaat Deutschlands. Die AfD im Land Brandenburg sieht in Preußen nicht nur ein Vorbild für die
132 eigene Politik, sie betrachtet sich zugleich als Bollwerk gegen undemokratische Verhaltensmuster der
133 Altparteien. Wir stellen fest, dass unsere Demokratie in den vergangenen Jahren schweren Schaden
134 genommen hat. Seit der Wiedergründung unseres Bundeslandes im Jahr 1990 haben die Altparteien
135 in wechselnden Koalitionen über die Geschehnisse Brandenburgs entschieden. Sie sind es, die sämtliche
136 Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten haben. Vor allem steht die stets von der
137 SPD geführte Landesregierung hierbei für das institutionalisierte Versagen. Ob mit der
138 Kreisgebietsreform oder mit ihrer Polizeireform, der Flughafenruine BER oder ihrer unsäglichen
139 Asylpolitik – in so ziemlich allen Bereichen wurde auf Kosten der Menschen Steuergeld
140 verschwendet. Und stets wurden wir Brandenburger nicht befragt, ob wir unser hart erarbeitetes
141 Geld für diese so genannten „Reformen“, Großprojekte oder rein ideologisch motivierten
142 „Wohltaten“ überhaupt ausgeben wollen. Auf die Sorgen, Ängste und Wünsche der Brandenburger
143 gehen die Altparteien in der Regel nur in Wahlkampfzeiten und aus eigenem
144 Machterhaltungsinteresse ein, wenn überhaupt. Wir Brandenburger müssen mit den Folgen leben
145 und werden bei berechtigten Widersprüchen in die rechte Ecke gestellt. So kann es nicht
146 weitergehen.

147 Unsere Demokratie lebt davon, dass verschiedene Meinungen und Positionen in einem fairen
148 Wettbewerb aufeinandertreffen. Wir wollen nicht nur auf dem Papier unserer Verfassung lesen
149 können, dass wir die Möglichkeit haben, eigene Gesetzesinitiativen einzubringen und per
150 Volksentscheid zu beschließen. Wir wollen auch tatsächlich über die wesentlichen Angelegenheiten
151 mitentscheiden! Die AfD im Land Brandenburg steht grundsätzlich für einen anderen Regierungsstil.
152 Unserem Verständnis von volksnaher Politik nach darf sich die Landesregierung so wenig wie möglich

153 in das Leben der Brandenburger einmischen. Sie hat vielmehr dafür Sorge zu tragen, dass wir sicher
154 und frei in unserem schönen Bundesland leben können, unser persönliches Eigentum geschützt wird,
155 unsere Gesetze für jedermann gültig sind und niemand an Armut leiden muss. Eine wirklich freie
156 Gesellschaft bedarf fester Grundregeln, die für alle Menschen gültig sind. Ausnahmen, aufgrund von
157 Herkunft oder religiöser Befindlichkeiten, sind entschieden abzulehnen. Jeder Mensch ist vor dem
158 Gesetz gleich. Starke, eigenständige Kommunen, Landkreise und kreisfreie Städte in einem
159 souveränen Brandenburg entsprechen unserem Ideal von einer freien Gesellschaft, in der
160 grundsätzliche Entscheidungen vor Ort getroffen werden. Daher wollen wir folgende Maßnahmen
161 ergreifen, um die Demokratie im Land Brandenburg nachhaltig zu stärken:

162 **Wir geben den Brandenburgern eine echte Stimme und erleichtern Volksentscheide**

163 Wir wollen die notwendige Unterschriftenzahl für erfolgreiche Volksbegehren auf 40.000 senken.
164 Damit würde die Hürde für die Einleitung eines Volksentscheides, bei dem alle brandenburgischen
165 Wähler abstimmen können, deutlich gesenkt werden. Zu oft in den vergangenen Jahren wurden
166 durch Politiker, die sich schon lange nicht mehr als Interessenvertreter ihrer Wähler betrachten,
167 wichtige Entscheidungen an den Interessen des Volkes vorbei und auf dessen Kosten getroffen. So
168 hatten wir Brandenburger weder in der Asylpolitik noch beim Thema BER ein Mitspracherecht. Die
169 Folgen sind bekannt. Im Landtag haben wir in der Vergangenheit bereits ein entsprechendes Gesetz
170 für mehr direkte Demokratie eingebracht, welches von den Altparteien abgelehnt wurde. Diese
171 haben damals deutlich gezeigt, dass sie in Wirklichkeit mehr direkte Demokratie ablehnen und uns
172 Brandenburgern ein eigenständiges Votum nicht zutrauen. Wir werden uns auch in der kommenden
173 Legislaturperiode für eine Stärkung der direkten Demokratie einsetzen.

174 **Wir geben den Brandenburgern die Möglichkeit, über vom Landtag beschlossene Gesetze 175 abzustimmen**

176 Mit der Einführung so genannter fakultativer Referenden wollen wir es den Brandenburgern
177 ermöglichen, über vom Landtag beschlossene Gesetze abzustimmen und diese ändern bzw. ablehnen
178 zu können. Die Demokratie ist die Herrschaft des Volkes und umfasst in unseren Augen mehr, als alle
179 fünf Jahre einen neuen Landtag zu wählen und in der Zwischenzeit die dort getroffenen
180 Entscheidungen widerspruchlos hinnehmen zu müssen. Unser Vorbild ist die Schweiz, die das
181 fakultative Referendum im Jahr 1999 eingeführt hat. Die Schweizer können innerhalb von 100 Tagen
182 nach der Veröffentlichung bestimmter im Parlament verabschiedeter Beschlüsse eine
183 Volksabstimmung über diese verlangen.

184 **Wir setzen uns für eine Kündigung des Rundfunkstaatsvertrages ein**

185 Der Rundfunkstaatsvertrag ist durch das Land Brandenburg zu kündigen. Wir wollen das gesamte
186 Zwangssystem der Öffentlich-Rechtlichen grundlegend reformieren und dadurch endlich Alternativen
187 ermöglichen. Der Rundfunkbeitrag ist ungerecht und längst nicht mehr zeitgemäß. Bisher muss jeder
188 Haushalt zahlen, egal ob die öffentlich-rechtlichen Sender überhaupt gesehen oder gehört werden.
189 Jeder Brandenburger sollte selbst entscheiden können, ob er sein Geld für oft zu regierungstreue
190 Meinungsmache ausgeben möchte. Mehr als die Hälfte der Rundfunkräte gehören Parteien oder
191 parteinahen Verbänden an. Dabei soll der öffentlich-rechtliche Rundfunk eigentlich staatsfern sein.
192 Vor allem autoritäre und totalitäre Regime bedienen sich staatlicher Eingriffe in die öffentliche
193 Meinung durch gesteuerte Massenmedien. Eine Demokratie hingegen lebt vom freien Wettbewerb

194 der unterschiedlichen Meinungen und Ideen in der Gesellschaft.

195 **Wir werden die Anzahl der Landtagsabgeordneten verringern**

196 Der Landtag Brandenburg muss auf die sinkenden Bevölkerungszahlen reagieren. Im
197 bundesdeutschen Durchschnitt kommen auf jeden Landtagsabgeordneten 42.000 Einwohner. Im
198 Land Brandenburg sind es jedoch 28.400 Einwohner. Mit der Reduzierung von derzeit 88 auf 60 Sitze
199 würde das Land Brandenburg beim Verhältnis zwischen Abgeordneten und Einwohnern im
200 bundesdeutschen Durchschnitt liegen. Damit einhergehend wollen wir die Anzahl der Wahlkreise von
201 44 auf 30 verringern. Die Arbeitsfähigkeit des Parlamentes ist weiterhin gewährleistet, wie die
202 Erfahrungen in der aktuellen Legislaturperiode gezeigt haben. So hat längst nicht jedes Mitglied der
203 Regierungskoalition aktiv am Parlamentsbetrieb teilgenommen.

204 **Keinen Zugriff auf unsere Steuergelder durch Extremisten**

205 Wir wollen von allen durch das Land Brandenburg finanziell geförderten Organisationen ein
206 schriftliches Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung sowie einer den Zielen des
207 Grundgesetzes förderlichen Arbeit. Zudem haben die Träger der durch das Land Brandenburg
208 geförderten Maßnahmen im Rahmen ihrer Möglichkeiten und auf eigene Verantwortung dafür Sorge
209 zu tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten usw. sich ebenfalls den
210 Zielen des Grundgesetzes verpflichten. Es ist weiterhin sicherzustellen, dass eine Unterstützung
211 extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen
212 verhindert wird. Die AfD lehnt jede Form von Extremismus ab. Die Bekämpfung von Islamismus,
213 Links- und Rechtsextremismus muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet werden.
214 Insbesondere unsere Kinder und Jugendliche müssen über die Gefahren extremistischer Aktivitäten
215 aufgeklärt und sensibilisiert werden. Nicht zuletzt die massiven Ausschreitungen während des G20-
216 Gipfels in Hamburg haben gezeigt, dass es in Deutschland ein massives Linksextremismus-Problem
217 gibt. Auch das Land Brandenburg ist hiervon betroffen. Sowohl die Anzahl der Linksextremisten als
218 auch die Intensität der Gewalt nimmt jedes Jahr weiter zu. Zudem professionalisiert sich die
219 linksextremistische Szene beständig. Der Präventionsarbeit im Bereich Linksextremismus muss daher
220 eine größere Bedeutung zukommen.

221 **02 | Die klassische Familie als Grundpfeiler unserer Gesellschaft.**

222 **| Familie und Demografie |**

223 Die klassische Familie aus Vater, Mutter und Kindern hat als Grundpfeiler unserer Gesellschaft seit
224 jeher eine grundlegende Bedeutung für unser Miteinander. Sie ist auf die Weitergabe von Leben
225 ausgerichtet und schafft die Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie wird im besonderen
226 Maße der Natur des Menschen gerecht, der zur Gemeinschaft bestimmt ist und auf Liebe, Fürsorge,
227 Erziehung und Pflege angewiesen ist. Die Familie bietet ihren Mitgliedern einen festen Haltepunkt
228 und Schutzraum in einem gesellschaftlichen Umfeld zunehmender Unsicherheit, fehlender
229 Verlässlichkeit und Erosion von Vertrauen. Starke Familien sind daher für die Entwicklung jeder
230 Person sowie der Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Für die AfD sind Kinder eine Bereicherung
231 und keine bloße Anschaffung, wie leider oftmals zu hören ist. Das größte Risiko für unseren
232 bescheidenen Wohlstand ist die derzeitige Bevölkerungsentwicklung, die nach gegenwärtigen
233 Prognosen bis zum Jahr 2040 zu einem Rückgang von ca. 282.000 Personen gegenüber dem Jahr 2013

234 führen wird. Brandenburg wird dann nur noch rund 2,17Millionen Einwohner zählen. Regional wirkt
235 sich dieser Trend sehr unterschiedlich aus. Während im Umland von Berlin bis 2027 noch ein leichter
236 Bevölkerungszuwachs zu erwarten ist, geht die Einwohnerzahl jenseits davon stetig zurück. Sinkende
237 Kinderzahlen, die Abwanderung jüngerer Personen und eine stark zunehmende Seniorenzahl lassen
238 das Durchschnittsalter der Brandenburger erheblich ansteigen. Folglich sinkt die Zahl der
239 Erwerbstätigen, die als Steuerzahler die Stütze unserer märkischen Gesellschaft bilden. Dies hat
240 weitreichende Konsequenzen für alle Lebensbereiche.

241 Die volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konflikträchtige Masseneinwanderung ist kein
242 geeignetes Mittel, um den demografischen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. Vielmehr muss mit
243 Hilfe einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung
244 als mittel- und langfristig einzig tragfähige Lösung erreicht werden. Insbesondere Ehe und Familie
245 garantieren als Grundpfeiler unserer bürgerlichen Gesellschaft den über Generationen gewachsenen
246 gesellschaftlichen Zusammenhalt und genießen zu Recht den besonderen Schutz des Staates. Im
247 Grundgesetz wird der Schutz der Familie daher besonders betont. In der Realität sehen wir jedoch
248 durch gesellschaftliche Entwicklungen, die durch eine verantwortungslose Politik flankiert werden,
249 eine Zunahme der Ehe- und Kinderlosigkeit und somit das Verschwinden der klassischen Familien.
250 Zudem kommt es in ganz Deutschland täglich zu etwa 300 Abtreibungen. Das ist die traurige
251 Normalität. Die Wertschätzung für die traditionelle Familie und der Einsatz für schützenswertes
252 ungeborenes Leben sind den Altparteien zunehmend abhandengekommen. Den Bedürfnissen der
253 Kinder und Eltern gerecht zu werden, muss wieder Mittelpunkt der Familienpolitik werden. Unser Ziel
254 ist es, eine kinderfreundliche Gesellschaft zu schaffen. Die AfD setzt sich daher für eine Stärkung der
255 klassischen Familie ein, die mit den folgenden Maßnahmen gefördert werden soll:

256 **Wir wollen insbesondere junge Menschen in ihrem Wunsch fördern, eine Familie zu gründen...**

257 Häufig hängt die Erfüllung eines Kinderwunsches für Paare in erheblichem Maße von den eigenen
258 wirtschaftlichen Verhältnissen ab. Kinder bedeuten Freude, aber auch eine zusätzliche finanzielle
259 Belastung durch erhöhte Lebenshaltungskosten und Einkommensverluste. Kinder sind für die AfD viel
260 zu wichtig, als dass sie für Ihre Eltern ein Armutsrisiko sein dürfen. Die AfD setzt sich daher für
261 folgende familienpolitische Maßnahmen ein:

262 **... indem wir ein Familiendarlehen einführen**

263 Indem wir ein zinsfreies Familiendarlehen in Höhe von 25.000 Euro gewähren, welches mit der
264 Geburt eines Kindes um jeweils 25 Prozent getilgt und ab dem dritten Kind komplett erlassen wird,
265 wollen wir insbesondere junge Menschen dazu ermutigen, eine Familie zu gründen. In der DDR
266 wurde diese Form der Familienförderung sehr erfolgreich betrieben. Die mit der Tilgung des
267 Familiendarlehens verbundenen Risiken wollen wir mittels familienfreundlicher
268 Rückzahlungsmodalitäten senken.

269 **... indem wir Familien durch Landeswohnbauförderung in ihr Eigenheim bringen**

270 Wir wollen es jeder Familie ermöglichen, Wohneigentum zu erwerben, indem wir die
271 Einkommensgrenzen für Familien zur Gewährung eines Landesdarlehens der Investitionsbank des
272 Landes Brandenburg für selbstgenutzte Immobilien ausweiten, und den Kinderzuschlag sowie das zu
273 gewährende Grunddarlehen erhöhen. Zudem soll der Erwerb von Bestandsimmobilien mit geringem
274 Modernisierungsbedarf förderungsfähig werden. Häufig ist fehlendes Eigenkapital der Grund dafür,

275 dass junge Familien ihren Traum vom Eigenheim nicht verwirklichen können. Hier sollen, geordnete
276 Einkommensverhältnisse vorausgesetzt, Landesbürgschaften helfen. Der Wohnbau soll zudem
277 flächendeckend gefördert werden.

278 **... indem wir ein Landesbaukindergeld einführen**

279 Indem wir ein Landesbaukindergeld einführen, welches nach der jeweiligen Kinderanzahl gestaffelt
280 ist, wollen wir weitere Anreize zur Gründung einer Familie schaffen. Mit dem Landesbaukindergeld
281 wollen wir Familien mit Kindern, die zum ersten Mal eine Immobilie kaufen oder ein Eigenheim
282 bauen, finanziell fördern. Unser Ziel ist aber auch die Steigerung der viel zu niedrigen
283 Eigenheimquote, um insbesondere Altersarmut vorzubeugen.

284 **... indem unsere Kinder tatsächlich in den Sozialversicherungskassen beitragsfrei mitversichert sind**

285 Mit den Beiträgen zur Sozialversicherung wird das Bruttoeinkommen der gesamten Familie ohne
286 jegliche Freibeträge belastet. Darin sind auch die Unterhaltsansprüche der Kinder enthalten. Wir
287 treten dafür ein, dass diese Unterhaltsansprüche vom Bruttoeinkommen der Familie abgezogen und
288 die Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bei gleichbleibenden
289 Leistungsansprüchen nur auf das entsprechend verminderte Einkommen gezahlt werden müssen.
290 Dies erleichtert allen Sozialversicherungspflichtigen die Familiengründung und gibt den Arbeitgebern
291 einen Anreiz, Arbeitnehmer mit Kindern einzustellen.

292 **Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern...**

293 Unsere Arbeitsbedingungen müssen grundsätzlich familienfreundlicher werden. Insbesondere lange
294 Wege zur Arbeitsstelle, zum Kindergarten oder zur Schule führen dazu, dass die kostbare Zeit, die wir
295 mit unserer Familie verbringen können, immer weniger wird. Daher wollen wir die Vereinbarkeit von
296 Familie und Beruf verbessern.

297 **... indem wir die Ausbildung mit Kind sowie das Studium mit Kind unterstützen**

298 Die AfD setzt sich für Hilfs- und Beratungsangebote ein, um junge Eltern in Ausbildung
299 beziehungsweise im Studium zu unterstützen. Wir fordern eine flexible Ausgestaltung des
300 Ausbildungs- beziehungsweise Studienverlaufs, insbesondere der Prüfungstermine. Der Zugang zum
301 Fernstudium, das besser mit einer Familie zu organisieren ist, soll erleichtert werden. Durch diese
302 Maßnahmen reagieren wir auf Untersuchungen, denen zufolge junge Eltern für ihr Studium im
303 Durchschnitt vier Semester länger benötigen und dieses doppelt so häufig abbrechen wie kinderlose
304 Studenten.

305 **... indem wir ein- bis sechsjährige Kinder von den Kita-Gebühren komplett freistellen**

306 Um unsere Eltern finanziell zu entlasten, wollen wir, dass Kinder eine Kindertagesstätte inklusive der
307 Tagesverpflegung kostenfrei besuchen können. Insbesondere im ländlichen Raum wollen wir zudem
308 kleine private Kindergärten fördern. Eltern mit minderjährigen Kindern sind finanziell erheblich
309 belastet. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine auskömmliche finanzielle Unterstützung
310 derjenigen Familien ein, die ihre Kleinkinder zu Hause betreuen. Eltern sollen frei wählen können, ob
311 sie für ihre Kleinkinder eine professionelle Erziehungsdienstleistung in Anspruch nehmen oder ihre
312 Kleinkinder selbst betreuen. Kinder sind für den Fortbestand unserer Gesellschaft viel zu wichtig, als
313 dass sie ein Armutsrisiko darstellen dürfen.

314 **... indem wir flexible Kita-Öffnungszeiten ermöglichen**

315 Wir setzen uns für flexible Kita-Öffnungszeiten und innovative Betreuungsmodelle für die Zeit nach
316 dem Hort ein, um dem Bedürfnis unserer Eltern nach flexiblen Betreuungszeiten Rechnung zu tragen.
317 Unterstützend wollen wir kleine private Kindergärten und Tagesmütter insbesondere im ländlichen
318 Raum fördern. Damit reagieren wir darauf, dass berufstätige Eltern nicht selten vor dem Problem
319 stehen, dass sie ihren Arbeitsplatz pünktlich um 16 Uhr verlassen müssen, um ihren Nachwuchs aus
320 der Kita abholen zu können.

321 **... indem wir die Heimarbeit fördern**

322 Wir wollen die Heimarbeit fördern. Viele Brandenburger wünschen sich, flexibler arbeiten zu dürfen,
323 um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können. Mit Hilfe einer flächendeckenden
324 Modernisierung der Datennetze wollen wir es ermöglichen, dass Arbeit auch von zu Hause aus
325 verrichtet werden kann.

326 **... indem wir Mehrgenerationenprojekte fördern**

327 Wir wollen kreative Mehrgenerationenprojekte fördern. Diese können einen Beitrag für eine
328 verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten. Jahrtausendlang war es selbstverständlich,
329 dass mehrere Generationen einer Familie unter einem Dach leben. Diese Solidarität wollen wir
330 wiederbeleben: Das Zusammenleben von Jung und Alt bietet vielfältige Möglichkeiten, sich
331 gegenseitig zu unterstützen. Daher wollen wir uns beispielsweise für die räumliche Nähe und für
332 Patenschaften zwischen Kitas/Schulen und Seniorenheimen einsetzen. Kinder halten Ältere jung und
333 fit. Zudem möchten sich viele ältere Brandenburger gern in ihrem Rentnerdasein aktiv in die
334 Gesellschaft einbringen.

335 **... indem wir familienunterstützende, haushaltsnahe Dienstleistungen fördern**

336 Viele Brandenburger, die gerne haushaltsnahe Dienstleistungen anbieten würden, wie die Reinigung
337 der Wohnung oder Pflege des Gartens, scheuen den damit verbundenen bürokratischen Aufwand.
338 Dabei können berufstätige Eltern mit Hilfe dieser Dienstleistungen unterstützt werden, Familie und
339 Beruf besser zu vereinbaren. Wir wollen daher Projekte entwickeln und unterstützen, die es
340 Interessierten erleichtern, entsprechende Dienstleistungen anzubieten.

341 **03 | Zukunft für den ländlichen Raum: Gute Politik beginnt in den Kommunen.**

342 **| Kommunales und ländlicher Raum |**

343 Brandenburg ist weit mehr als der Speckgürtel um Berlin. Seit Jahren jedoch werden die ländlichen
344 Regionen Brandenburgs gegenüber dem engeren Verflechtungsraum um Berlin stark vernachlässigt.
345 Diese Vernachlässigungen sind vor allem in den Kernbereichen Infrastruktur, Daseinsvorsorge und
346 Sicherheit unübersehbar. Die damit einhergehende Unterversorgung der ländlichen Bevölkerung ist
347 eine von vielen Ursachen für die negativen demographischen Entwicklungen in Brandenburg. Die
348 Politik steht in der Pflicht, bestehende Ungleichheiten der Lebensverhältnisse zu beseitigen und für
349 einen entsprechenden Ausgleich zu sorgen. Unsere ländlichen Räume als Heimat des Großteils der
350 Brandenburger müssen endlich wieder stärker in den Fokus der Landespolitik rücken. Zur Stärkung
351 des ländlichen Raumes ist es erforderlich, dass das Land die richtigen Rahmenbedingungen für ein

352 Leben fernab der Hauptstadtregion schafft. Anderenfalls werden die wirtschaftlichen Aktivitäten in
353 den ohnehin strukturschwachen Regionen Brandenburgs weiter abnehmen. Darüber hinaus muss
354 auch dem Bevölkerungsdruck auf den Ballungsraum Berlin entgegengewirkt werden, um hier eine zu
355 starke „Verdichtung“ mit all ihren negativen Folgen für Verkehrsaufkommen, Lebensqualität,
356 Lebenshaltungskosten usw. zu vermeiden.

357 Gute Politik beginnt vor Ort in den Städten und Gemeinden. Unsere Kommunalpolitiker kennen sich
358 mit den örtlichen Begebenheiten am besten aus. Durch die Einrichtung einer Kommunalkammer,
359 welche die Interessen der Landkreise und kreisfreien Städte durch ein Mitspracherecht bei der
360 Landesgesetzgebung vertritt und zugleich die kommunale Selbstverwaltung erheblich stärkt, wollen
361 wir unsere Kommunalpolitiker zukünftig bei der Landesgesetzgebung stärker
362 berücksichtigen. Zusätzlich ist die Verteilung der Steuermittel zwischen Land und Kommunen neu zu
363 regeln, um den Verfall unserer Dörfer und Städte zu stoppen und diese zugleich fit für die Zukunft
364 machen. Die Mehrzahl der Kommunen ist nicht in der Lage, ihre Aufgaben mit Hilfe der eigenen
365 Steuereinnahmen zu erfüllen. Um zu verhindern, dass die Attraktivität unserer brandenburgischen
366 Dörfer in Zukunft darunter leidet, dass immer öfter der Rotstift angesetzt werden muss, sind die
367 finanziellen Rahmenbedingungen unserer Kommunen zu verbessern. Die AfD setzt sich dafür ein,
368 dass die Landbevölkerung eine attraktive Heimat vorfindet, anstatt ein fremdbestimmtes Leben im
369 Vorgarten von Berlin. Dies wollen wir mit den folgenden Maßnahmen erreichen:

370 **Wir wollen unsere Dörfer und kleine Landstädte stärken und den Zuzug in den ländlichen Raum** 371 **fördern**

372 Wir wollen, dass auch kleinere Orte in der Landesplanung die Möglichkeit bekommen, sich frei zu
373 entwickeln. Leider werden unsere Dörfer und kleinen Landstädte in der Landesplanung benachteiligt,
374 da sie nicht mehr als so genannte „Grundzentren“ bzw. „grundfunktionale Schwerpunkorte“
375 betrachtet werden. Darunter werden in der Landesplanung Orte verstanden, die den täglichen
376 Grundbedarf an Waren und Dienstleistungen decken. Die Attraktivität unserer Dörfer und Kleinstädte
377 steigt ungemein, wenn für den Besuch einer Grundschule, einer Arztpraxis, Apotheke oder Postfiliale
378 nicht erst die nächste größere Kommune aufgesucht werden muss.

379 **Wir wollen eine Kommunalkammer einführen**

380 Indem wir ein Gremium mit eigenen Kompetenzen schaffen, welches die Interessen der Landkreise
381 und kreisfreien Städte durch ein Mitspracherecht bei der Landesgesetzgebung vertritt, stärken wir
382 die kommunale Selbstverwaltung in erheblichem Maße. Unser Vorbild ist der Deutsche Bundesrat,
383 der als Vertretung der Bundesländer agiert und deren Interessen gegenüber den Deutschen
384 Bundestag vertritt. Die Kommunalkammer soll dementsprechend als Vertreterin der Landkreise und
385 kreisfreien Städte eingerichtet werden und diesen ein Mitspracherecht bei der Landesgesetzgebung
386 geben. Der Kommunalkammer sind kommunale Interessen tangierende Gesetzesvorlagen zur
387 Beratung zuzuleiten. Sie kann ihrerseits im Rahmen ihrer Zuständigkeit Anträge und
388 Gesetzesvorlagen in den Landtag einbringen und gegen ein vom Landtag beschlossenes Gesetz
389 Einspruch erheben.

390 **Wir wollen die Altanschießer-Problematik gerecht lösen**

391 Die aufgrund verfassungswidriger Beitragsbescheide bestehenden, durchsetzbaren
392 Rückzahlungsansprüche der Beitragszahler müssen schnellstmöglich durch die betroffenen

393 Zweckverbände und Kommunen festgestellt und zurückgewährt werden, ohne Wenn und Aber! Wir
394 werden uns dafür einsetzen, dass durch die Landesregierung einheitliche Maßstäbe im Hinblick auf
395 die Rückzahlung bestandskräftiger Forderungen erarbeitet werden. Ferner sind drohende
396 Zahlungsunfähigkeiten der Zweckverbände und Kommunen bereits vor ihrem Entstehen
397 abzuwenden. Bereits am 12. November 2015 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die
398 rückwirkende Erhebung von Beiträgen rechtswidrig war. Gleichwohl haben sich in der Folgezeit ein
399 Großteil der betroffenen Verbände und Eigenbetriebe geweigert, die bestandskräftig gewordenen
400 aber rechtswidrigen Bescheide aufzuheben und die Rückzahlung der erhaltenen Beträge
401 vorzunehmen. Lediglich diejenigen Betroffenen, die fristgemäß Widerspruch eingelegt haben,
402 erhielten die rechtswidrig erhobenen Beträge zurück. Straßenausbaubeiträge müssen komplett
403 abgeschafft werden.

404 **Wir wollen die unsäglichen Straßenausbaubeiträge endlich abschaffen**

405 In den vergangenen Jahren haben immer mehr Bundesländer die unsägliche Praxis der
406 Straßenausbaubeiträge abgeschafft. Auch für das Land Brandenburg ist die Zeit für die Abschaffung
407 gekommen. Es muss aber vermieden werden, dass Kommunen aufgrund leerer Kassen auf den
408 Straßenausbau verzichten. Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Kosten für den Neu- bzw.
409 Ausbau unserer Straßen vom Land übernommen werden. Straßenbau und Infrastruktur sind
410 grundsätzlich Teil der staatlichen Daseinsfürsorge. Die Kommunen können allerdings die Kosten für
411 den Neu- oder Ausbau von Straßen zum Teil von den Anwohnern zurückverlangen. Leider ist es
412 gängige Praxis, dass die Anwohner dabei ordentlich zur Kasse gebeten werden. Dabei sind Beiträge
413 von manchmal mehreren 10.000 Euro für viele Hauseigentümer existenzgefährdend. Oftmals ergibt
414 sich auch kein besonderer Vorteil aus dem Straßenausbau vor der eigenen Haustür.

415 **Wir wollen unsere anerkannten Hilfsorganisationen attraktiver gestalten**

416 Zur Steigerung der Mitwirkung in Hilfsorganisationen, die bei Natur- und Katastrophenfällen
417 herangezogen werden, werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die freiwilligen
418 Dienste, wie zum Beispiel beim Deutschen Roten Kreuz, der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk und
419 unseren freiwilligen Feuerwehren über zusätzliche Rentenpunkte vergütet werden. Alternativ
420 werden wir uns für ein landeseigenes Zusatzversorgungssystem einsetzen. Die freiwilligen Helfer
421 sollen dabei selbst entscheiden können, ob sie Rentenpunkte oder Zeitgutschriften erwerben. So soll
422 jedes aktive Dienstjahr zum Erwerb eines zusätzlichen Monats Rentenanspruch führen. Der Dienst,
423 den Freiwillige in diesen Organisationen leisten, ist unentgeltlich und bietet keinerlei finanzielle
424 Abgeltung. Die Folge sind Nachwuchsprobleme, insbesondere seit dem Wegfall der Wehrpflicht und
425 dem damit verbundenen Ersatzdienst.

426 **Wir wollen die Attraktivität der Feuerwehren durch eine angemessene Aufwandsentschädigung 427 erhöhen**

428 Wir wollen unsere Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren tatkräftig unterstützen. Wir wollen
429 daher eine angemessene Aufwandsentschädigung einführen und eine angemessene, standardisierte
430 Ausrüstung sowie regelmäßige Aus- und Weiterbildungslehrgänge bereitstellen. Eine angemessene
431 Ausrüstung umfasst sowohl eine leichte Einsatzbekleidung als auch flexibel einsetzbare leichte
432 Löschfahrzeuge. Der Gewinn neuer Kameraden ist für uns von besonderer Bedeutung. Gab es im Jahr
433 2010 noch 45.600 Feuerwehrleute, so werden es Mitte des kommenden Jahrzehnts nur noch etwa

434 30.000 sein. Deshalb müssen Jugendfeuerwehren durch Werbemaßnahmen sowie finanziell massiv
435 unterstützt werden. Der Schutz von Menschen und Natur, unserer Wälder und Heidelandschaften
436 darf nicht Sparzwängen geopfert werden.

437 **Wir wollen den brandenburgischen Breiten- und Spitzensport fördern**

438 Wir fordern eine größere politische und mediale Anerkennung für sportliches Engagement sowie
439 sportliche Erfolge. Wir wollen unsere Sportinfrastruktur erhalten und weiter ausbauen, da sie von
440 herausragender Bedeutung für unseren Schul-, Breiten- und Spitzensport ist. Weiterhin wollen wir
441 eine umfassende und gezielte Förderung von Sportlern und Sportvereinen verwirklichen. Etwa
442 350.000 Brandenburger treiben in über 3.000 Vereinen gemeinsam Sport. Sport macht Spaß, ist
443 identitätsstiftend, fördert den zwischenmenschlichen Zusammenhalt und hat einen positiven Einfluss
444 sowohl auf die körperliche Gesundheit des Einzelnen als auch die Leistungsfähigkeit und das
445 Wohlbefinden des Volkes als Ganzes.

446 **Wir wollen den kommunalen Finanzausgleich zugunsten unserer Kommunen reformieren**

447 Die Verteilung der Finanzmittel zwischen Land und Kommunen ist mit einer Änderung des
448 kommunalen Finanzausgleichs neu zu regeln. Die Kommunen im Land Brandenburg sind gemäß
449 Kommunalverfassung mit einer Vielzahl an Aufgaben ausgestattet. Die Steuerarten und -einnahmen
450 der Kommunen sind allerdings begrenzt und im Wesentlichen von der Einwohnerzahl und der Anzahl
451 sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der ansässigen Unternehmen abhängig. Die meisten Kommunen
452 im Land Brandenburg sind unterfinanziert und können ihre pflichtigen Aufgaben kaum aus den
453 Steuereinnahmen finanzieren. Ausgaben für freiwillige Leistungen, wie die Einrichtung von Kultur-
454 oder Sportstätten, müssen aufgrund der knappen Kassenlage oftmals sogar auf ein Minimum
455 reduziert werden. Trotz Sparmaßnahmen wächst zudem die Verschuldung der meisten
456 brandenburgischen Kommunen stetig. Es ist Aufgabe des Landes, die Kommunen zu stärken.

457 **Wir wollen das Kommunalabgabengesetz ändern, um Musterprozesse zu ermöglichen**

458 Wir setzen uns für die Zulassung von Musterklagen in Prozessgemeinschaften durch eine
459 entsprechende Änderung des Kommunalabgabengesetzes ein. Dadurch wird den Betroffenen eine
460 rechtliche Prüfung der gegen sie gerichteten Bescheide ermöglicht. Musterprozesse kommen letztlich
461 aber auch den Kommunen und der Justiz zugute, da sie die Zahl gerichtlicher Streitigkeiten
462 reduzieren. Bei der Erschließung von Grundstücken und dem Ausbau von Straßen werden Anlieger
463 immer wieder mit Beitragsforderungen konfrontiert, die für sie rechtlich und tatsächlich nicht
464 nachvollziehbar sind. Auch wenn sie Widerspruch gegen die Beitragsbescheide einlegen, haben sie als
465 Einzelne vielfach nicht die finanziellen Möglichkeiten, die Rechtmäßigkeit der Bescheide gerichtlich
466 überprüfen zu lassen. Das stört dauerhaft den Rechtsfrieden und belastet das Verhältnis zwischen
467 Brandenburgern und Kommunalverwaltung.

468 **04 | Wer ordentlich arbeitet, der muss davon auch ordentlich leben können.**

469 **| Arbeit und Soziales |**

470 Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards.
471 Die Soziale Marktwirtschaft ist die Grundlage einer freien, demokratischen Gesellschaft. Sie ist am
472 besten geeignet, unseren Wohlstand zu sichern und sozialen Ausgleich herbeizuführen. Fast 30 Jahre

473 nach der Wende liegen unsere Löhne jedoch noch immer fast 24 Prozent unterhalb des
474 westdeutschen Durchschnittseinkommens. So beträgt das monatliche Einkommen im Land
475 Brandenburg im Mittel 2.493 Euro brutto. Die Unterschiede bei Vermögen, Erbschaften und
476 Eigentum sind noch immer enorm. Zwar schätzen wir den Markt als unverzichtbares Instrument für
477 die Verteilung von Ressourcen, gleichwohl müssen dem Marktwirken dort Schranken gesetzt werden,
478 wo es dem Menschen und der Gemeinschaft schadet. Brandenburgische Arbeitnehmer leisten
479 ebenso gute Arbeit wie ihre westdeutschen Kollegen, aber sie werden für die gleiche Leistung
480 deutlich schlechter bezahlt. Das ist ein unhaltbarer Zustand, an dem die Altparteien eine erhebliche
481 Mitschuld tragen. Sie haben Investitionen in die Infrastruktur und die öffentliche Daseinsvorsorge
482 unterlassen. Die Altparteien haben es auch versäumt, frühzeitig auf den demografischen Wandel zu
483 reagieren. Und anstatt danach zu fragen, wie Mittel effizienter eingesetzt werden können, werden
484 Steuergelder auf Kosten zukünftiger Generationen nach dem Gießkannenprinzip verteilt. Hinzu
485 kommen Milliarden an Migrationskosten für Einwanderer, die nicht arbeiten, aber Sozialleistungen
486 beziehen und noch dazu die Gesundheitskarte freizügig einsetzen.

487 Unsere Sozialpolitik darf sich nicht darauf beschränken, vermeintliche Almosen zu verteilen, die uns
488 vorher über exorbitante Steuern aus den Taschen gezogen wurden. Der Staat muss die richtigen
489 Rahmenbedingungen schaffen, die allen Brandenburgern eine freie Entfaltung ihrer Möglichkeit und
490 ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, und zwar einschließlich derer, die aus eigener Kraft kein
491 auskömmliches Einkommen erwirtschaften können. Die AfD tritt grundsätzlich für die Bewahrung des
492 sozialen Friedens und den Erhalt unserer Solidargemeinschaft ein. Wir wollen zugleich die
493 Eigeninitiative fördern und stärken, indem wir sowohl Menschen als auch Unternehmen in die Lage
494 versetzen, wirtschaftlich erfolgreich tätig zu sein. Denn Vollbeschäftigung ist in unseren Augen die
495 beste Sozialpolitik. Viele Menschen arbeiten bereits heute in Vollzeit und können ihren
496 Lebensunterhalt dennoch nicht selbstständig begleichen. Die Folge ist, dass sie zusätzlich
497 Sozialleistungen beziehen müssen. Dies dürfen wir nicht länger hinnehmen. Eltern, die jeden Tag
498 aufstehen, um ihre Familie zu ernähren, müssen einen Anreiz bekommen und dürfen nicht dafür
499 bestraft werden. Wer ordentlich arbeitet, der muss davon auch ordentlich leben können.

500 **Wir wollen den Mindestlohn erhöhen**

501 Der Mindestlohn ist viel zu niedrig, um Geringverdienern ein auskömmliches Leben zu ermöglichen.
502 Er muss deshalb erhöht werden. Wir wollen zudem die Dokumentationspflichten der Arbeitgeber auf
503 ein Mindestmaß reduzieren, um die damit verbundene unnötige Bürokratie zu beseitigen.
504 Berechnungen des Bundes der Steuerzahler zeigen, dass Familien mit zwei Kindern pro Monat
505 mindestens 2.540 Euro brutto verdienen müssen, um das Niveau eines Hartz-IV-Empfängers zu
506 erreichen. Das entspräche einem Stundenlohn von 15,40 Euro! Der Mindestlohn ist hauptsächlich
507 notwendig geworden, da uns der Staat zu tief in die Tasche greift und die bewährte soziale
508 Marktwirtschaft mit teilweise falschen Rahmenbedingungen behindert wird. So arbeiten wir
509 Brandenburger den größten Teil des Jahres über, um die viel zu hohen Steuern und Abgaben an den
510 Staat abführen zu können. Von jedem verdienten Euro bleiben uns weniger als fünfzig Cent zur freien
511 Verfügung übrig!

512 **Wir wollen ein Konzept zur Bekämpfung der Armut im Land Brandenburg erarbeiten**

513 Wir wollen unter Einbeziehung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen einen Runden Tisch für ein
514 lösungsorientiertes Konzept zur Bekämpfung der Armut im Land Brandenburg einrichten, um diesem

515 gesamtgesellschaftlichen Problem Herr zu werden. Armut in seinen verschiedenen Facetten betrifft
516 leider viele der im Land Brandenburg lebenden Menschen. Studien zufolge sind im Land Brandenburg
517 gemessen am Landesmittel fast 20 Prozent der unter 18-Jährigen armutsgefährdet! Hinzu kommt
518 eine wachsende Zahl einkommensschwacher Familien und Menschen, die im Alter von der
519 Grundsicherung leben müssen bzw. von Altersarmut bedroht sind. Dies ist ein Armutszeugnis für die
520 seit 1990 im Land regierenden angeblichen Sozialdemokraten.

521 **Keine Sozialleistungen für bestandskräftig ausreisepflichtige Ausländer**

522 Wir setzen uns dafür ein, dass Ausreisepflichtige ohne Verzug zur freiwilligen Ausreise bewegt
523 werden. Kommen sie dieser Aufforderung nicht nach, so sind sie unverzüglich abzuschieben.
524 Ausreisepflichtige sollen zudem nur noch Sachleistungen erhalten. Die unkontrollierte
525 Massenzuwanderung der vergangenen Jahre hat den sozialen Frieden in unserem Land schwer
526 beschädigt und zu einer Spaltung der Gesellschaft geführt. Eine verantwortungsvolle Sozialpolitik darf
527 nicht eine Einwanderung in unsere Sozialsysteme befördern oder gar belohnen. Sozialleistungen sind
528 für die sozial schwachen Mitglieder unserer Solidargemeinschaft gedacht. Es ist für uns nicht
529 hinnehmbar, bestandskräftig ausreisepflichtigen Ausländern Sozialleistungen zu gewähren, anstatt
530 umgehend ihre Ausreise zu erwirken.

531 **Wir wollen das Wohngeld erhöhen und die Antragstellung vereinfachen**

532 Eine wirtschaftlich und sozial vernünftige Alternative zum sozialen Wohnungsbau kann unserer
533 Meinung nach nur das Wohngeld sein, welches bedarfsgerecht ausgestaltet und sozial verträglich ist.
534 Zusätzlich wollen wir die Wohnungsgenossenschaften wiederbeleben. Die Politik versucht seit Jahren
535 mit dem Einsatz von Steuergeldern zugunsten sozial schwacher Bevölkerungskreise regulierend in
536 den Wohnungsmarkt einzugreifen. Hierzu werden Förderprogramme für den Bau von Wohnraum
537 aufgelegt. Der so genannte soziale Wohnungsbau verfehlt aber häufig sein Ziel, sozial schwächeren
538 Menschen preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Zudem besteht die Gefahr, dass man
539 heute für teures Geld staatlich subventionierten Wohnraum schafft, der morgen durch den
540 demografischen Wandel leerstehen wird.

541 **Wir wollen den Zugang zum bestehenden sozialen Wohnraum gerechter gestalten**

542 Bevölkerungsgruppen, die bereits eine Leistung für unser Land erbracht haben, dürfen grundsätzlich
543 nicht benachteiligt werden. Daher fordern wir die Wiederherstellung der Gerechtigkeit beim Zugang
544 zum bestehenden sozialen Wohnraum. Bevorzugten Zugang sollen bedürftige Familien,
545 Alleinerziehende und Senioren erhalten.

546 **Wir wollen mehr Wertschätzung für unsere Senioren**

547 Wir setzen uns für ein würdevolles, selbstbestimmtes und gesellschaftlich sozialintegriertes Leben
548 aller Senioren ein. Konkret wollen wir durch Betreuungsvereine, selbstständige Berufsbetreuer und
549 ehrenamtliche Betreuer umsorgte Menschen besser vor fachlichen Mängeln und missbräuchlicher
550 Nutzung der rechtlichen Betreuung schützen. Es ist uns eine Herzensangelegenheit, die
551 Lebensleistung unserer ehemaligen Leistungsträger gerade im Alter zu honorieren.

552 **Wir wollen die Verschwendungssucht der Sozialindustrie eindämmen**

553 Wir möchten sämtliche Unternehmen der Sozialindustrie regelmäßig und unabhängig überprüfen,
554 damit Verschwendungsfälle eingedämmt und ineffiziente Strukturen aufgeklärt werden können. Mit

555 keiner Lobby sind die Altparteien so eng verbunden wie mit der Wohlfahrtsindustrie. Ehemalige und
556 gescheiterte Politiker der Altparteien finden hier regelmäßig eine Weiterbeschäftigung, wenn sie
557 abgewählt wurden. Bundes- und Landesrechnungshöfe weisen immer wieder auf
558 Steuergeldverschwendung im Sozialsektor hin. Gründe hierfür sind mangelnde Transparenz und
559 Versagen der öffentlichen Verwaltung durch fehlende Wirtschaftlichkeitsberechnungen, pauschale
560 Mittelzuweisungen, Nichtwahrnehmung von Handlungs- und Steuerungspflichten, Verstöße gegen
561 das Haushaltsrecht und fehlende Erfolgskontrolle. Das Geld muss dort ankommen, wo es benötigt
562 wird: bei den Bedürftigen.

563 **05 | Gesundheit ist unser höchstes Gut.**

564 **| Gesundheit und Pflege |**

565 Zu den wichtigen Aufgaben eines Staates gehört zweifelsohne die Gesundheitsvorsorge für seine
566 Bevölkerung. Als Kernprovinz Preußens nahm Brandenburg hier bis 1945 im deutschlandweiten
567 Vergleich eine führende Rolle ein. So wurde in der damals noch zur Provinz Brandenburg gehörenden
568 Hauptstadt Berlin im Jahr 1810 der Lehr- und Forschungsbetrieb an der Charité aufgenommen. Aus
569 diesem hervorgegangen ist mehr als die Hälfte aller deutschen Nobelpreisträger für Medizin bzw.
570 Physiologie. Auch heute noch ist die Gesundheitswirtschaft ein wichtiger Motor für die Entwicklung
571 des Wirtschaftsstandortes Brandenburg. Die Unternehmen der Gesundheitsbranche bieten attraktive
572 und zukunftssträchtige Beschäftigungsmöglichkeiten für über 100.000 Menschen und erwirtschaften
573 jährlich über 5 Milliarden Euro. Zu den Unternehmen bzw. Einrichtungen zählen wissenschaftliche
574 Institute, Kliniken und Kurorte, leistungsstarke und innovative Unternehmen aus Medizintechnik,
575 Biotechnologie, der Ernährungs- oder Wellnessbranche.

576 Die Landesregierung hat es versäumt, eine gute medizinische Versorgung in der Fläche in
577 Brandenburg aufzubauen. Hier wollen wir gegensteuern. Eines der vielen Probleme ist die ungleiche
578 Verteilung der Arztpraxen zwischen Speckgürtel und ländlichem Raum. Wir wollen es für Ärzte
579 wieder attraktiver machen, sich vermehrt auf dem Land niederzulassen. Auch unsere Kommunen und
580 Landkreise sehen wir hier in der Pflicht, entsprechende Anreize zu schaffen. Gesundheit ist schließlich
581 das höchste Gut des Menschen. Auch dem Reichen nutzt das viele Geld nichts, wenn er krank ist. Die
582 Gesundheit der Menschen im Land Brandenburg zu schützen, muss daher das oberste Gebot einer
583 guten Gesundheitspolitik sein. Hier müssen wir bereits bei der Krankheitsvorbeugung ansetzen, um
584 so die Grundlage für ein langes Leben in Gesundheit und Wohlergehen zu ermöglichen.

585 Der demografische Wandel einerseits und der medizinisch-technische Fortschritt andererseits
586 erfordern mehr denn je ein effizientes Gesundheitswesen. Eine rein ökonomisch gesteuerte
587 Ausrichtung medizinischer Versorgung darf dabei nicht maßgeblich den Einsatz medizinischer
588 Leistungen bestimmen. Eine fürsorgliche, individualisierte Medizin steht vor der Wirtschaftlichkeit.
589 Der Mensch muss stets im Mittelpunkt des Handelns stehen. Das Gesundheitswesen hat sich am
590 Patienten, seiner unantastbaren Würde und an seinen Grundrechten auszurichten. Die AfD setzt sich
591 für eine an diesem Leitbild orientierte sinnvollere Verteilung und Nutzung der vorhandenen
592 finanziellen Ressourcen ein. Hierbei sind alle Ebenen der größtmöglichen Transparenz verpflichtet.
593 Konkret wollen wir folgende Maßnahmen umsetzen:

594 **Wir wollen den Ärztemangel auf dem Land beheben und die Gesundheitsversorgung im ländlichen**
595 **Raum absichern**

596 Das Land Brandenburg braucht mehr Ärzte im ländlichen Raum, die idealerweise auch im Land
597 ausgebildet werden. Der Zugriff auf junge Mediziner, vor allem aus Mittel- und Südosteuropa, die
598 ihren Heimatländern fehlen, darf kein Dauerzustand werden. Außerdem muss die ambulante
599 fachärztliche Versorgung dringend verbessert werden. Ebenso bedenklich ist die Situation in den
600 ländlichen Krankenhäusern, die freie Arztstellen nicht besetzen können. Dem Land fehlt zur
601 Sicherung der medizinischen Versorgung eine staatliche medizinische und pharmazeutische Fakultät.
602 Daher fordert die AfD:

- 603 • Zuschüsse der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg für Niederlassungen im ländlichen Raum
604 sind aus dem Landeshaushalt im erforderlichen Maße zu erhöhen.
- 605 • Die Bürokratie in Praxen und im Krankenhaus ist abzubauen, so dass mehr ärztliche Arbeitszeit für
606 die Patientenversorgung aufgewendet werden kann.
- 607 • Insbesondere für den öffentlichen Gesundheitsdienst, der künftig eine immer wichtigere Rolle
608 spielen wird, fordern wir eine stärkere Mitbestimmung und Mitgestaltung der Landkreise als
609 zentrale Akteure der kommunalen Daseinsvorsorge.
- 610 • An einer der staatlichen Universitäten des Landes ist die Einrichtung einer weiteren medizinischen
611 sowie pharmazeutischen Fakultät anzustreben.
- 612 • Es ist das Breitbandnetz auszubauen, so dass telemedizinische Angebote als Ergänzung zum
613 Praxisbesuch bereitgestellt werden können.

614 **Wir wollen den Fachkräftemangel in der Pflege beheben**

615 Um in Zukunft über genügend selbst ausgebildete Pflegekräfte verfügen zu können, fordern wir die
616 Bereitstellung einer bedarfsgerechten Zahl von Ausbildungsplätzen in den Pflegeberufen. Angehende
617 Pfleger sollen eine fundierte, praxisbezogene Ausbildung erhalten. Des Weiteren wollen wir die
618 finanziellen Rahmenbedingungen verbessern und uns unter anderem dafür einsetzen, dass die
619 Gehälter zwischen Ost und West angeglichen werden. Um die Arbeitsbedingungen zu verbessern
620 wollen wir zudem die Bildung von Betriebs- und Personalräten in Pflegeeinrichtungen unterstützen.
621 Im Land Brandenburg sollen Kranke und Pflegebedürftige durch ausreichend viele qualifizierte und
622 motivierte sowie der deutschen Sprache mächtigen Pflegekräfte versorgt werden können. Mit Hilfe
623 von Landesmitteln wollen wir Arbeitgeber in der Pflegebranche finanziell unterstützen und so ein
624 besseres Tarifniveau für unsere Pflegekräfte erwirken.

625 **Wir wollen die Budgetierung für Ärzte und Zahnärzte abschaffen**

626 Die Budgetierung weist Ärzten und Zahnärzten ein begrenztes Volumen an Behandlungsleistungen
627 nach einem bestimmten Punktesystem zu. Meist ist das Volumen in den ersten zwei Monaten des
628 Quartals aufgebraucht. Bei den Patienten führt das oftmals zu Terminverschiebungen in das nächste
629 Quartal. Wir fordern daher, dass die Budgetierung zum Wohl der Patienten und für eine durchgehend
630 leistungsgerechte Honorierung der Ärzte und Zahnärzte abgeschafft wird. Der finanzielle Mehrbedarf
631 soll aus dem allgemeinen Steueraufkommen beglichen werden. Wir lehnen Beitragserhöhungen für
632 die Patienten ab.

633 **Wir wollen eine bessere Überwachung von Arzneimitteln und Medizinprodukten**

634 Der im Juli 2018 aufgedeckte Medikamentenskandal darf sich nicht wiederholen und ist zudem
635 umfassend aufzuarbeiten. Die Versorgung der Bevölkerung mit einwandfrei wirksamen Arzneimitteln
636 und Medizinprodukten ist in diesem Land leider keine Selbstverständlichkeit mehr und muss wieder
637 dauerhaft sichergestellt werden. Die AfD fordert, dass das zuständige Dezernat im
638 Landesgesundheitsamt sowie das zuständige Referat im Gesundheitsministerium jeweils mit
639 ausreichenden Dienstposten für Überwachungsaufgaben auszustatten sind. Weiterhin wollen wir uns
640 im Bundesrat für die Abschaffung der Parallelimportquote der Arzneimittel einsetzen.

641 **Wir fordern eine genaueste Prüfung ausländischer medizinischer Abschluss- und Arbeitszeugnisse**

642 Die Mediziner Ausbildung in Deutschland bewegt sich auf höchstem Niveau und stellt hohe Ansprüche
643 an Studenten und in der Facharztausbildung. Gleiches muss für die Anerkennung ausländischer
644 Abschlüsse gelten, insbesondere von Medizinern, die ihre Abschlüsse außerhalb der EU erworben
645 haben. Die AfD fordert eine genaueste Prüfung der Abschluss- und Arbeitszeugnisse, sofern keine
646 Gleichwertigkeit nach geltendem EU-Recht gegeben ist. Darin sind Kontaktdaten anzugeben,
647 aufgrund derer die deutschen Auslandsvertretungen den Werdegang des Bewerbers überprüfen
648 können. Vor Erteilung einer Approbation an einen Nicht-EU-Ausländer ist anstatt der bisherigen
649 „Gleichwertigkeitsprüfung“ eine Fachprüfung analog des deutschen Staatsexamens abzulegen.
650 Mediziner aus dem Ausland müssen sich mit dem Patienten auf einem mindestens guten
651 allgemeinsprachlichen Niveau (C1-Niveau) verständigen können sowie die medizinische
652 Fachterminologie beherrschen.

653 **Wir wollen die Krankenhausfinanzierung verbessern**

654 Bei der Krankenhausfinanzierung herrschen seit Jahren Innovationsstau und Unterfinanzierung, die
655 bestehende kommunale Kliniken an den Rand der Arbeitsfähigkeit bringen. Zum Schutz der Patienten
656 und für die Arbeitsfähigkeit des Klinikpersonals muss mehr Geld in die Hand genommen werden. Die
657 AfD will daher zum Schutz der Brandenburger jährlich zusätzlich 10 Millionen Euro für die
658 Krankenhausfinanzierung bereitstellen.

659 **Wir wollen die Rettungszeiten im Land Brandenburg verkürzen**

660 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Rettungsdienste im Land Brandenburg grundsätzlich die
661 gesetzlich vorgesehene Frist von 15 Minuten einhalten, in denen ein Rettungswagen vor Ort sein
662 muss. Das Sicherheitsempfinden der Brandenburger hängt nicht nur davon ab, wie schnell die Polizei
663 nach einem Notruf zur Hilfe kommt, sondern auch davon, wie schnell gegebenenfalls Feuerwehr und
664 Notarzt vor Ort sind. Gerade bei medizinischen Notfällen zählt jede Sekunde. Wir wollen uns zudem
665 aber auch für eine bessere Koordinierung der Einsätze im Speckgürtel einsetzen. Entlang der
666 Landesgrenze Berlin/Brandenburg werden die Einsatzorte in der Regel nur von den Rettungsdiensten
667 des jeweiligen Landes angefahren, und zwar auch dann, wenn grenznahe Standorte von
668 Notarztwagen im Nachbarland einen schnelleren Rettungseinsatz ermöglichen würden.

669 **Wir wollen eine vorbeugende Gesundheitserziehung fördern**

670 Wir wollen die vorbeugende Gesundheitserziehung und Informationsangebote ausbauen. Durch
671 entsprechende Präventionsprogramme, Förderung des Breitensports und Angebote in Kindergärten
672 und Schulen wollen wir erreichen, dass die jungen Menschen von vornherein für die Risiken einer

673 ungesunden Lebensführung sensibilisiert und zu einer gesundheitsbewussten Lebensführung
674 angeregt werden. Falsche Ernährung, zu wenig Bewegung sowie der Konsum von Alkohol, Zigaretten
675 und Drogen schwächen die Gesundheit und sind Ursache vieler Erkrankungen. Durch eine in die
676 Ausbildung integrierte vorbeugende Gesundheitserziehung kann erreicht werden, dass sich das
677 allgemeine Gesundheitsniveau und damit auch die Lebensqualität vieler Menschen verbessert.

678 **Wir wollen die Pflege durch Angehörige aufwerten**

679 Wir wollen die Fürsorge für pflegebedürftige Familienangehörige in einer vertrauten familiären
680 Umgebung stärken und daher die Rahmenbedingungen derart gestalten, dass sich erwachsene Kinder
681 bewusst für die Pflege der Eltern entscheiden können. In Deutschland werden derzeit mehr als 70
682 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause gepflegt. Dabei sind die Pflegesätze für Pflegedienste in allen
683 Pflegestufen doppelt so hoch wie die für eine Pflege durch Angehörige. Als Grundlage für die
684 häusliche Pflege sind das Beratungsangebot für pflegewillige Angehörige in Form eines umfassenden
685 Betreuungsnetzwerkes zu verbessern und die Pflegesätze an die Leistungen für Pflegedienstleister
686 anzugleichen. Wir wollen die Familienarbeit in der Pflege als Beitrag für das Gemeinwohl
687 gesellschaftlich anerkennen. Die individuelle häusliche Pflege muss zu einem Hauptbestandteil der
688 sozialen Sicherungssysteme werden.

689 **06 | Heimat bewahren: Tiere und Umwelt schützen.**

690 **| Tier- und Umweltschutz |**

691 Die Größe und den Fortschritt einer Gesellschaft und ihrer Kultur erkennt man an ihrem Bewusstsein
692 für ihre schwächsten Mitgeschöpfe. Die AfD setzt sich deshalb für eine konsequente Umsetzung der
693 Tierschutzgesetze ein. Tiere sind Lebewesen und keine Sachgegenstände. Einem Tier darf nach dem
694 Tierschutzgesetz „nicht ohne einen vernünftigen Grund“ Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt
695 werden. Es gilt daher, die immer noch praktizierten Missstände im Umgang mit unseren Tieren und
696 deren Haltung aufzuzeigen und auszuräumen. Die gesetzlich vorgeschriebene artgerechte Haltung
697 von Tieren muss in der Landwirtschaft, im Zoo, im Zirkus und in der Haustierhaltung durchgesetzt
698 werden. Auch die Wissenschaft steht in Verantwortung. Wir lehnen deshalb Ausnahmen für unnötige
699 Tierversuche ab. Als fühlende Wesen haben Tiere ein Recht auf eine artgerechte Haltung im privaten
700 wie im kommerziellen Bereich. In der Vergangenheit galt Deutschland im Bereich des Tierschutzes als
701 führend. Dies gilt vor allem für das bis 1972 geltende Tierschutzgesetz, das weltweit als vorbildlich
702 galt. So wurden beispielsweise Tierversuche einem strikten Genehmigungsprozess unterworfen.

703 In Folge der industriellen Tierhaltung kommt es regelmäßig zu Verstößen gegen unser
704 Tierschutzrecht. Dies betrifft vor allem die industrielle Schlachtung. Fälle unsachgemäßer Betäubung
705 sowie Schlachtung sind leider keine Seltenheit und müssen grundsätzlich verhindert werden. Wir
706 setzen uns daher für eine massive Einschränkung der industriellen Tierhaltung ein und streben eine
707 bessere Kontrolle der tierschutzkonformen Schlachtung an. Dies könnte mithilfe einer
708 videoüberwachten Schlachtung erfolgen, die stichprobenweise durch die zuständige Behörde
709 kontrolliert wird.

710 Ebenso wichtig ist uns der Schutz unserer Heimat. Wir stehen für den Erhalt der natürlichen
711 Lebensgrundlagen unseres Volkes. Größtmögliche Sparsamkeit und Achtsamkeit im Umgang mit

712 Rohstoffen, Energie, Wasser und Ackerboden bilden die Kernpunkte unserer Umweltpolitik, die ohne
713 ideologische Scheuklappen für eine besonnene Nutzung unserer heimatlichen Umwelt plädiert.
714 Daher wollen wir mit folgenden Maßnahmen unsere Tiere und unsere Umwelt schützen.

715 **Wir wollen eine bessere Überwachung der Haltungsbedingungen so genannter Nutztiere**

716 Wir fordern, mehr Personal für die Überwachung der Haltungsbedingungen in Nutztierbetrieben
717 einzustellen. Immer wieder werden in der industrialisierten Landwirtschaft Verstöße gegen das
718 Tierschutzgesetz aufgedeckt. Nutztierbetriebe werden durch das jeweils zuständige Veterinäramt
719 nach Auskunft der Bundesregierung im Durchschnitt nur alle 16 Jahre kontrolliert. Auch die etwa
720 69.000 Nutztierbetriebe im Land Brandenburg werden zu selten kontrolliert. Der Grund hierfür ist der
721 akute Personalmangel bei unseren Veterinärämtern. Gerade einmal 121 Mitarbeiter sind mit der
722 Kontrolle unserer Schweinemastanlagen, Pferdehöfe oder Kaninchenzüchter zuständig. Auf jeden
723 Kontrolleur kommen somit 572 Nutztierbetriebe.

724 **Wir wollen ein Verbot unnötiger Tierversuche und befürworten das Erforschen alternativer** 725 **Methoden**

726 Wir fordern, dass Tierversuche unter ethischen Aspekten nur dann erlaubt sind, wenn sie aus
727 medizinischer Sicht für die Forschung, dem Schutz der natürlichen Umwelt oder der
728 Unbedenklichkeitsprüfung von Stoffen oder Produkten für die menschliche oder tierische Gesundheit
729 unerlässlich sind. Wir fordern zur Wahrnehmung der tierschutzgesetzlichen Vorgaben die Ausbildung
730 und Beschäftigung von mehr Tierärzten in den Landkreisen. Einem Tier darf nach dem
731 Tierschutzgesetz „nicht ohne einen vernünftigen Grund“ Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt
732 werden. Tierversuche sind für die betroffenen Tiere nicht selten mit psychischen und physischen
733 Leiden sowie dauerhaften Schäden verbunden. Weniger Tierversuche dürfen nicht zu mehr klinischen
734 Studien an Menschen oder zu einer Beeinträchtigung der Forschungseffizienz führen.

735 **Wir wollen das Leiden durch Tiertransporte vermindern**

736 Wir fordern, dass der Transport von lebendigen Tieren nur über kurze Distanzen innerhalb von
737 Deutschland erlaubt ist. Unser Ziel ist es, dass Tiertransporte den eigenen oder den Nachbarlandkreis
738 nicht verlassen und dass Schlachttiertransporte auf jeden Fall stets den nächstgelegenen Schlachthof
739 ansteuern. Wir fordern ein Verbot von Tiertransporten in das Ausland und damit einhergehend die
740 Errichtung zusätzlicher regionaler kleinerer Schlachthöfe. Eine Folge der industriellen Tierhaltung sind
741 Lebendtransporte auf deutschen und europäischen Straßen, die für unsere Tiere eine
742 außerordentliche Tortur darstellen. Tagelang leiden diese unter der Enge in den Transportern,
743 quälendem Durst oder der Hitze oder Kälte im Inneren des Tiertransporters. Oftmals werden zudem
744 weder die gesetzlichen Ruhezeiten, noch die Melkzeiten eingehalten. Über 350 Millionen Schweine,
745 Rinder, Schafe und Ziegen sowie etwa vier Milliarden Hühner, Puten, Enten und Gänse werden
746 jährlich innerhalb der EU zum Schlachthof befördert. Zudem werden Millionen Tiere
747 zusammengepfercht in Lastkraftwagen in Länder außerhalb der EU transportiert.

748 **Wie lehnen die betäubungslose Kastration von Ferkeln ab**

749 Wir wollen für unsere Landwirte die geeigneten Rahmenbedingungen schaffen, die die
750 betäubungslose Kastration von Ferkeln überflüssig machen. Jedes Jahr werden in Deutschland rund
751 20 Millionen männliche Ferkel betäubungslos kastriert. Allein im letzten Jahr wurden im Land

752 Brandenburg werden rund 754.800 Schweine gehalten, davon 320.000 Ferkel. Etwa die Hälfte davon
753 ist männlichen Geschlechts und somit von der betäubungslosen Kastration betroffen. Dies ist nichts
754 anderes als Tierquälerei. Leider hat sich die Schweinezüchterlobby gegenüber dem Tierschutz
755 durchgesetzt, so dass die Erlaubnis der betäubungslosen Kastration bis 2021 verlängert wurde. Die
756 Fleischindustrie hatte fünf Jahre Zeit, die 2013 beschlossene Reform des Tierschutzgesetzes
757 umzusetzen und nach angemessenen Kastrationsmöglichkeiten zu forschen. Passiert ist hier leider
758 nichts.

759 **Wir wollen die industrielle Massentötung männlicher Küken verbieten**

760 Wir lehnen die millionenfache Tötung und das anschließende Schreddern männlicher Küken ab. Allein
761 im Jahr 2017 wurden in Deutschland etwa 45 Millionen männliche Küken direkt nach dem Schlüpfen
762 getötet, weil bei der Zucht und der Haltung von Legehennen kein Bedarf an männlichen
763 Nachkommen besteht und die Tiere auch für die Mast nicht geeignet sind. Wir fordern daher die
764 Einführung einer verpflichtenden Prüfung des Geschlechts ungeschlüpfter Küken, so dass Eier mit
765 männlichen Embryonen früh erkannt und gar nicht erst ausgebrütet werden.

766 **Wir wollen das betäubungslose Schlachten von Tieren verbieten**

767 Wir wollen das betäubungslose Schlachten sowie den Import betäubungslos geschlachteter Tiere
768 verbieten. Nach Europäischem Recht müssen Tiere vor ihrer Schlachtung betäubt werden. Aufgrund
769 von religiösen Bestimmungen sind jedoch Ausnahmen erlaubt. Das Interesse eines fühlenden
770 Lebewesens an einem Leben ohne Qualen steht für uns über dem Interesse von
771 Religionsgemeinschaften. Das betäubungslose Schlachten wurden in den letzten Jahren bereits in
772 mehreren EU-Ländern verboten. Ein Verbot richtet sich nicht gegen die freie Ausübung des Glaubens.

773 **Wir wollen unsere heimische Insekten- und Vogelpopulation bewahren**

774 Zahlreiche Studien kommen zu dem Ergebnis, dass sowohl die industrielle Landwirtschaft als auch der
775 Betrieb von Windkraftanlagen einen negativen Einfluss auf unsere heimische Insekten- und
776 Vogelpopulation ausübt. Insbesondere der Einsatz sogenannter Neonicotinoide, Herbizide sowie die
777 Schaffung von Monokulturen sind hierfür die Ursache. Angesichts dieses aktuellen
778 Forschungsstandes fordern wir die systematische Untersuchung des Insekten- und Vogelsterbens
779 durch unabhängige Gutachter. Damit verbunden sein muss die Forschung nach Möglichkeiten zur
780 Bewahrung unserer heimischen Insekten- und Vogelpopulation.

781 **Wir fordern die Einführung eines Wildtiermanagements**

782 Wir fordern, dass durch Wildtiere in der Landwirtschaft verursachte Schäden unbürokratisch durch
783 Geldleistungen zu ersetzen sind. Die Wiederbesiedlung Brandenburgs durch ehemals ausgestorbene
784 Wildtiere ist ein gutes Zeichen für eine aktive und gesunde Umwelt. Wenn Wölfe Schafe reißen, Biber
785 Wiesen überfluten und Kormorane Fischteiche leerfischen, kommt es aber zu Interessenskonflikten.
786 Daher wollen wir problematische Wildtierbestandsgrößen regional und zeitnah überwachen und
787 korrigieren. Wir fordern deshalb die Einführung eines Wildtiermanagements, das alle bedrohten
788 Tierarten gleichermaßen beobachtet und dafür sorgt, dass das Gleichgewicht zwischen den
789 Ansprüchen von Wildtieren und den Interessen der Land- und Teichwirte erhalten bleibt.

790 **Wir wollen sämtliche geschützten Arten in das Jagdrecht aufnehmen**

791 Wir wollen sämtliche geschützte Arten in das Jagdrecht aufnehmen, so ganzjährig schützen und im
792 Bedarfsfall jagdlich regulieren. Wir setzen uns für einen maßvollen Artenschutz ein, der ein
793 natürliches Gleichgewicht erhält, ohne bestimmte Tierarten einseitig zu bevorzugen. Es muss aber
794 sichergestellt werden, dass sich ausschließlich geprüfte Fachleute mit der Beobachtung geschützter
795 Wildtiere und der Feststellung von Überpopulationen oder anderer schädlicher Entwicklungen für
796 Flora und Fauna befassen. Wir betrachten die Jagd als ein notwendiges Regulativ aufgrund
797 wildbiologischer Erkenntnisse und land- und forstwirtschaftlicher Erfordernisse im Sinne des
798 gestaltenden Naturschutzes. Die Bindung des Jagdrechts an Grund und Boden wird durch uns nicht
799 infrage gestellt.

800 **Wir wollen unsere natürlichen Gewässer und unsere Trinkwasservorkommen schützen**

801 Wir lehnen eine Privatisierung des Trinkwassers und der Trinkwasserversorgung ab. Zudem fordern
802 wir, dass die im Trinkwasser enthaltenen Schadstoffe kontinuierlich erfasst und durch entsprechende
803 Wasseraufbereitungsanlagen möglichst vollständig herausgefiltert werden. Die Kosten sind den
804 Verursachern aufzuerlegen. Unser Trinkwasser ist zunehmenden Belastungen durch Fremdstoffe, wie
805 Nanopartikeln, Hormon- und Arzneimittelrückständen, Nitraten und Nitriten ausgesetzt. Wir
806 betrachten die Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser als Teil der elementaren
807 Daseinsvorsorge und setzen uns deshalb für den Schutz unserer Trinkwasservorkommen und
808 natürlichen Gewässer ein.

809 **Wir wollen unsere Kiefernwälder langfristig zu den ursprünglichen Mischwäldern umgestalten**

810 Wir wollen einen großen Teil unserer brandenburgischen Kiefernwälder wieder in die ursprünglichen
811 Mischwälder umgestalten, um diese so robuster gegenüber Umwelteinflüssen zu machen. So
812 hemmen Mischwälder die Ausbreitung von Forstschädlingen. Vor allem die Waldbrände im
813 vergangenen Jahr haben die Nachteile unserer hauptsächlich aus Kiefern bestehenden Wälder
814 aufgezeigt. Während das Land Brandenburg im Mittelalter noch stabile Mischwälder aufwies, die
815 unter anderem aus Eichen und Buchen bestanden, so bestehen sie in der Gegenwart zu etwa 70
816 Prozent aus Kiefern. Die anspruchslosen und schnell wachsenden Kiefern brennen bei Trockenheit
817 wie Zunder und begünstigen daher die Entstehung von Waldbränden.

818 **Wir wollen Landschaftsbrände effektiver bekämpfen können**

819 Wir fordern die Anschaffung von Löschflugzeugen, einer traglastfähigen Hubschrauberstaffel sowie
820 feuerfester Brandbekämpfungspanzer. Das Land Brandenburg hat aufgrund seines Waldreichtums
821 immer wieder mit Waldbränden zu kämpfen. Die Waldbrände im Jahr 2018 bei Jüterbog und
822 Fichtenwalde haben verdeutlicht, dass die Brandbekämpfung dringend professionalisiert werden
823 muss. So haben insbesondere munitionsverseuchte Wälder die Löscharbeiten stark behindert. Die
824 Munitionsbergung im Land Brandenburg muss vom Bund effektiv unterstützt werden.

07 | Regional statt global: Brandenburg zuerst!

| Landwirtschaft und Verbraucherschutz |

825
826

827 Das Land Brandenburg als Flächenland bietet vielen Menschen einen überwiegend ländlichen
828 Lebensstil im Umfeld der Großstadt Berlin. Es weist zudem ein großes landwirtschaftliches Potential
829 auf. Damit können nicht nur wir Brandenburger, sondern auch die Berliner auf kurzem Wege mit
830 gesunden Nahrungsmitteln möglichst ohne Gentechnik versorgt werden. Gegenwärtig wird die
831 brandenburgische Landwirtschaft weitgehend durch Großbetriebe geprägt, die Ackerbau und
832 Tierhaltung in industriellem Maßstab betreiben. Dies verödet nicht nur die Landschaft, es belastet
833 auch die Böden. Zudem ist die industrielle Tierhaltung nicht tiergerecht und macht oftmals den
834 vorsorglichen Einsatz von Antibiotika erforderlich. Wir wollen diese Form der Landwirtschaft
835 zurückdrängen und kleinen und mittleren bäuerlichen Betrieben Entwicklungschancen schaffen. Dies
836 stärkt auch die Sozialstruktur in den Dörfern und hilft, bürgergesellschaftliche Strukturen auf dem
837 Land auf- und auszubauen.

838 Die verschiedenen Sparten der Land- und Forstwirtschaft tragen erheblich zur Wertschöpfung und
839 zur Versorgung der Bevölkerung in unserem Lande bei. Wir setzen uns für eine realitätsbezogene
840 Bildung zum Thema Landwirtschaft und eine entsprechende Wertschätzung für Leistungen und
841 Produkte der Landwirte ein. Kampagnen, welche Landwirte abwerten oder verächtlich machen,
842 lehnen wir strikt ab. Um der industriellen Tierhaltung als Folge der Globalisierung Einhalt zu gebieten,
843 setzen wir uns für die Schaffung funktionierender regionaler Erzeuger-, Verarbeitungs- und
844 Vertriebsstrukturen ein. Eine ausufernde EU-Bürokratie und eine falsche EU-Subventionspolitik
845 treiben unsere Bauern zunehmend in Abhängigkeiten. Deshalb ist eine grundsätzliche
846 Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik hinsichtlich der Beseitigung des bürokratischen Irrsinns
847 anzustreben.

848 Wir sind der Überzeugung, dass natürlichen, regional erzeugten Lebensmitteln und ihren
849 Produzenten wieder mehr Würdigung entgegengebracht werden muss. Im Zentrum unserer Politik
850 steht daher die Unterstützung ortsansässiger Einzellandwirte, die mit Tier und Umwelt nachhaltig
851 umgehen und Futtermittel vorzugsweise im eigenen Betrieb produzieren. Nur so lassen sich zudem
852 schädliche Umwelteinwirkungen durch Überdüngung von Böden sowie Konzentrationen von Tieren
853 auf kleinsten Flächen verhindern. Um den kleinen und mittleren Betrieben in der Brandenburger
854 Land- und Forstwirtschaft wieder neue Perspektiven zu eröffnen und einen bestmöglichen Natur-
855 und Artenschutz zu gewährleisten, fordert die AfD Brandenburg:

856 **Wir wollen die industrielle Tierhaltung schrittweise reduzieren**

857 Wir wollen die industrielle Tierhaltung schrittweise reduzieren und die landwirtschaftliche
858 Produktion grundsätzlich verbraucher- und tierfreundlicher gestalten. Leider zeichnet sich die
859 Tierhaltung im Land Brandenburg durch eine Massenproduktion in industriellem Maßstab aus. Die
860 großzügige Förderung der dahinterstehenden Großbetriebe hat zudem dazu geführt, dass bäuerlich
861 geprägte Betriebsformen nicht mehr konkurrenzfähig sind und vom Markt verdrängt werden. Infolge
862 des hohen Krankheitsdruckes bei der industriellen Tierhaltung werden dort regelmäßig Antibiotika
863 vorbeugend eingesetzt, die sich schließlich auf dem Teller des Verbrauchers wiederfinden. Dasselbe
864 gilt für die Verwendung von weiblichen Hormonen bei der Fütterung, um die täglichen Zuwachsraten
865 zu erhöhen.

866 **Wir wollen unsere bäuerlichen Weidetier- und Milchviehalter wirksam unterstützen**

867 Zum Ausgleich der Mehrkosten für die Haltung von Weidetieren wollen wir eine Weidetierprämie
868 einführen. Die bäuerlichen Familienbetriebe der Weidetier- und Milchviehhaltung sind für den
869 ländlichen Raum als Unternehmer, Arbeitgeber, Landschaftspfleger und hochwertiger Lebensmittel-
870 und Rohstoffproduzent unverzichtbar. Seit Jahren nimmt allerdings der Bestand an Schafen sowie
871 Kühen ab, da die wirtschaftliche Situation der Weidetierhalter immer weniger junge Menschen dazu
872 veranlasst, diesen Beruf zu ergreifen. Dabei benötigen wir diese für eine naturschutzgerechte und
873 nachhaltige Pflege unserer heimatlichen Kulturlandschaft. Ergänzend müssen unsere
874 Milchproduzenten durch gerechte Vertragsgestaltung mit den Molkereien in die Lage versetzt
875 werden, gut von ihrer Produktion leben zu können. Im Bereich der Milchproduktion setzen wir uns
876 daher für regionale Erzeugerketten ein. Dies beinhaltet unter anderem die Neuschaffung kleinerer,
877 betriebsnaher Molkereien.

878 **Wir wollen Spekulationen mit unseren landwirtschaftlichen Nutzflächen unterbinden**

879 Wir werden uns für eine Änderung des Grundstücksverkehrsgesetzes einsetzen, welche
880 ortsansässigen Landwirten, die einen Betrieb erhalten oder erweitern wollen, einen
881 Investitionsvorrang vor reinen Kapitalinvestoren einräumt. Weiterhin fordern wir ein Vorkaufsrecht
882 für ortsansässige Landwirte und eine Spekulationsfrist von 10 Jahren analog zur
883 Immobilienwirtschaft. Gerade Junglandwirte müssen die Möglichkeit haben, eigenen Grund und
884 Boden zu pachten bzw. zu erwerben. Landwirtschaftliche Nutzflächen sind Produktionsgrundlage und
885 keine Spekulationsobjekte. Sie gehören nicht in die Hände von nichtbäuerlichen
886 Kapitalgesellschaften. Um klein- und mittelständischen bäuerlichen Betrieben eine unternehmerische
887 Chance zu eröffnen, werden wir uns zudem dafür einsetzen, dass Verkauflose in Stückelungen
888 ausgelobt werden, die auch von kleinen und mittleren Betrieben erworben werden können.

889 **Wir wollen den Anbau und die Einfuhr von gentechnisch veränderten Pflanzen möglichst unterbinden**

891 Wir setzen uns im Land Brandenburg für das Verbot des Anbaus und der Einfuhr gentechnisch
892 veränderter Pflanzen, auch als Futtermittel, ein. Die Auswirkungen des Anbaus gentechnisch
893 veränderter Pflanzen auf unser Ökosystem wie auch die Gesundheit von Menschen und Tieren ist in
894 der öffentlichen Diskussion umstritten. Wissenschaftliche Untersuchungen haben aber hinreichend
895 Anhaltspunkte dafür gegeben, dass der Genuss gentechnischveränderten Soja oder Mais sich
896 nachteilig auf die Gesundheit von Menschen und Tieren auswirkt. Weil die Verbreitung der einmal
897 ausgesetzten gentechnisch veränderten Pflanzen unser Ökosystem nachhaltig verändert, gebietet es
898 das Vorsichtsprinzip, Mensch, Tier und Umwelt nicht durch gentechnisch veränderte Pflanzen zu
899 gefährden.

900 **Wir wollen Initiativen für regionale Erzeugerzusammenschlüsse zur Direktvermarktung**

901 Die Verhältnisse auf den Märkten für landwirtschaftliche Produkte zeichnen sich durch eine
902 breitgefächerte Angebotsstruktur auf der einen und wenige Nachfrager auf der Käuferseite aus. Um
903 unseren kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben unternehmerische
904 Entwicklungschancen zu eröffnen oder sie zu verbessern, wollen wir regionale
905 Erzeugerzusammenschlüsse zur Direktvermarktung fördern. Der globale Wettbewerb muss so
906 gestaltet werden, dass er nicht einseitig zu Lasten der regionalen Vielfalt und des Angebotes an

907 hochwertigen, heimischen Lebensmitteln geht. Auch die Entwicklungsmöglichkeiten ländlicher
908 Räume dürfen nicht einseitig zugunsten der Metropolenentwicklung beschnitten werden.

909 **Wir wollen einen gesundheitlich unbedenklichen Pflanzenschutz**

910 Angesichts der Risiken setzen wir uns dafür ein, dass die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln auf
911 der Basis von Stoffen, die insbesondere im Verdacht stehen, krebserregend oder erbgutschädigend
912 zu sein, im Land Brandenburg verboten wird. Die AfD lehnt daher auch jegliche Verlängerungen der
913 Genehmigung von Glyphosat ab, solange unabhängige Studien nicht zweifelsfrei dessen
914 gesundheitliche Unbedenklichkeit feststellen.

915 **Wir wollen gesundheitlich unbedenkliche Lebensmittel**

916 Wir wollen sowohl Landwirte als auch Schlachthöfe dazu verpflichten, die Grenzwerte für Keime und
917 Medikamentenrückstände einzuhalten. Tierhaltende Betriebe, welche der Lebensmittelproduktion
918 dienen, sind dafür verantwortlich, dass ihre Produkte möglichst frei von Antibiotikarückständen und
919 multiresistenten Keimen sind. In der Praxis sieht dies allerdings anders aus. So war im Jahr 2018
920 beispielsweise jedes fünfte von Behörden untersuchte Hähnchen aus Brandenburger Schlachthöfen
921 hochgradig mit dem Durchfallbakterium Campylobacter kontaminiert.

922 **Wir wollen ein regionales Siegel „Made in Brandenburg“ für Nahrungsmittel einführen**

923 Brandenburger Erzeuger und Verarbeiter stehen im Wettbewerb mit der globalen
924 Nahrungsmittelproduktion. Wir unterstützen deshalb die Einführung eines EU- und bundesweit
925 lizenzierten Landessiegels „Made in Brandenburg“ für regionale Qualitätsprodukte. Dieses soll dazu
926 beitragen, dass heimische Angebot an Nahrungsmitteln für Konsumenten attraktiver zu machen.
927 Dabei sollen alle Anbieter von hochwertigen, regionalen Nahrungsmitteln, die ihre Produkte
928 vollständig in Brandenburg herstellen und verarbeiten, kostenfrei das Qualitätssiegel „Qualität aus
929 Brandenburg“ nutzen können.

930 **08 | Denkmalschutz ist Heimatschutz.**

931 **| Kultur- und Denkmalschutz |**

932 Schloss Sanssouci, Schloss Rheinsberg und Schloss Cecilienhof gehören sicherlich zu den
933 bekanntesten Baudenkmalern im Land Brandenburg. Vor allem die Residenzlandschaft um unsere
934 Landeshauptstadt Potsdam strotzt nur so vor Parks, Schlössern, Herrenhäusern und vielen weiteren
935 baulichen Attraktionen. Als Kernland Preußens hat unser Bundesland allerdings viele weitere
936 Kulturgüter in seinem reichhaltigen kulturellen Angebot. Zu nennen sind hier unter anderem die
937 Slawenburg in Raddusch, die Hinterlassenschaften des Dreißigjährigen Krieges, wie zum Beispiel das
938 Massengrab in Wittstock/Dosse, oder die vielen landesweit noch erhaltenen historischen Dorfkerne.
939 Diese Denkmäler als unverfälschte Zeitzeugen unserer Kultur gilt es zu bewahren, so dass sich auch
940 unsere nachfolgenden Generationen daran erfreuen können. Folgerichtig ist in unserer
941 Landesverfassung zu lesen, dass das Land Brandenburg ein „der Kultur verpflichtetes demokratisches
942 Land“ (Art. 2 Abs. 1 der Landesverfassung) ist.

943 Doch leider misst das Land Brandenburg dem Denkmalschutz nicht die Bedeutung bei, die wir uns
944 wünschen. Die Versäumnisse der Landesregierung führen dazu, dass immer mehr Zeugnisse unserer

945 Geschichte zerfallen oder mutwillig zerstört werden. Das beste Beispiel ist hier der Umgang der
946 Landesregierung mit Bodendenkmälern, wie in Schmölln, welches im Zuge der Errichtung eines
947 Regenrückhaltebeckens kurzerhand vernichtet wurde. Unser Antrag, einen Baustopp zu veranlassen,
948 bis das Bodendenkmal in seiner Gesamtheit archäologisch untersucht und bewertet ist, wurde leider
949 abgelehnt. Überhaupt wurde der Denkmalschutz im Land Brandenburg über viele Jahre sträflich
950 vernachlässigt. Das Problem, vor dem wir nun stehen, sind eine Vielzahl an unnötigen und somit
951 hinderlichen Vorschriften für potentielle Investoren und in der Folge leerstehende Ruinen, die unsere
952 Innenstädte verschandeln, bis sie aufgrund mangelhafter Standfestigkeit abgerissen werden.

953 Die AfD nimmt den Denkmalschutz sehr ernst, da unsere Geschichte ein integraler Bestandteil
954 unserer nationalen Identität ist. Daher ist es uns wichtig, dass dem Denkmalschutz zukünftig eine
955 bedarfsgerechte finanzielle Förderung gewährt wird. Zudem unterstützen wir die Rekonstruktion
956 verlorengegangener kulturell bedeutender Bauten. Hierbei fordern wir eine Entideologisierung von
957 Monumenten wie der Potsdamer Garnisonkirche. Zum Schutze der Relikte unserer brandenburgisch-
958 preußischen Geschichte sowie unserer Kultur fordert die AfD daher:

959 **Wir wollen den Bestand an denkmalgeschützten Wohngebäuden im ländlichen Raum erhalten**

960 Wir wollen den Baubestand in unseren historischen Ortskernen erhalten und diesen für heutige und
961 zukünftige Generationen nutzbar machen. Hierfür wollen wir den Denkmalschutz für alte Gebäude
962 ohne öffentliches Interesse deutlich lockern. Dies ermöglicht Umbaumaßnahmen, die den heutigen
963 Wohnstandards entsprechen. Welche denkmalgeschützten Gebäude ohne öffentliches Interesse
964 sind, soll durch eine Bürgerbeteiligung der Ortsansässigen festgelegt werden. Unsere
965 architektonische Geschichte ist in vielen brandenburgischen Dörfern noch mit eigenem Auge
966 erlebbar. Ob Dorfkirche oder historisches Gasthaus, gründerzeitlicher Bahnhof oder beschaulicher
967 Dorfteich – zahlreiche Relikte längst vergangener Zeiten haben die unruhigen Jahrzehnte des 20.
968 Jahrhunderts überdauert. Unflexible denkmalenschutzrechtliche Bestimmungen verhindern jedoch
969 oftmals die Nutzung leerstehender Gebäude, so dass diese zwangsläufig verfallen.

970 **Wir befürworten die Rekonstruktion kulturell bedeutender Bauwerke**

971 Wir begrüßen die Wiedererrichtung einer Vielzahl kulturell bedeutender Bauwerke, die im Krieg
972 sowie der Nachkriegszeit verloren gegangen sind. Wir befürworten grundsätzlich die Rekonstruktion
973 historischer Bauwerke und wollen dieses Umdenken in der Gestaltung unserer Städte zukünftig unter
974 Beteiligung der jeweiligen ortsansässigen Bevölkerung verstärkt fördern. Ob Dresdner Frauenkirche,
975 Frankfurter Altstadt oder Potsdamer Garnisonkirche – immer mehr Städte besinnen sich auf ihr
976 baulich-kulturelles Erbe zurück. Dies steigert als positiven Nebeneffekt nicht nur die Attraktivität
977 unserer Wohnplätze, auch die Tourismusbranche profitiert hiervon ungemein.

978 **Wir wollen uns für die Digitalisierung unseres historischen Kulturguts einsetzen**

979 Wir wollen unsere brandenburgisch-preußische Geschichte bewahren und daher unter anderem die
980 Digitalisierung von unserem Kulturgut im besonderen Maße fördern, so dass ein jeder die diversen
981 Zeugnisse unserer reichhaltigen Geschichte von zu Hause aus erleben kann. Heimat und Identität sind
982 immer wieder Gegenstand von Debatten und Fragestellungen unserer Zeit. Vom linken politischen
983 Spektrum wird das Vorhandensein eines Volkes oder einer spezifischen Kultur jedoch geleugnet und
984 verächtlich gemacht. Die vielen schriftlichen Hinterlassenschaften früherer Generationen bezeugen
985 das Gegenteil und sollen der Allgemeinheit jederzeit für eigene Forschungen zur Verfügung stehen.

986 **Wir wollen die Nutzung unserer deutschen Sprache in der Wissenschaft fördern**

987 Wir wollen den Gebrauch unserer deutschen Sprache als Lehr- und Wissenschaftssprache stärker
988 fördern. Zudem lehnen wir sämtliche ideologischen Eingriffe, wie das „Gendern“, in unsere
989 Sprachkultur ab. Noch zu Beginn des vorherigen Jahrhunderts war Deutsch eine weltweit anerkannte
990 Wissenschaftssprache. In den vergangenen Jahrzehnten wurde unsere Sprache jedoch aufgrund der
991 zunehmenden Hinwendung zum Englischen in wissenschaftlichen Publikationen und auf
992 wissenschaftlichen Tagungen unnötig aufgegeben.

993 **Wir wollen uns für die Förderung unseres brandenburgischen Brauchtums einsetzen**

994 Wir wollen unser traditionelles brandenburgisches Brauchtum bewahren und setzen uns daher
995 entschieden dafür ein, dass dieses nicht von fremdem Brauchtum verdrängt wird. Unter Brauchtum
996 sind sämtliche hergekommenen, traditionellen und landsmannschaftlichen Gebräuche und
997 Verhaltensweisen zu verstehen, wie zum Beispiel Trachten, Lieder, Gedichte, Märchen, traditionelle
998 Volksfeste und Riten. Hierzu zählt für uns auch die Kultur unserer sorbischen und wendischen
999 Minderheit, die es ebenso zu bewahren gilt. Wir wollen zudem nicht nur sämtliche Vereine, die sich
1000 für die Pflege unseres Brauchtums einsetzen, stärker begünstigen. Wir wollen auch Schützenvereine,
1001 Landjugendvereine, Soldaten- und Reservistenvereine sowie Vereine, deren Hauptzweck die
1002 Veranstaltung örtlicher Volksfeste ist, als förderfähige Brauchtumsvereine anerkennen.

1003 **Wir fordern die Abschaffung des Schatzregals**

1004 Gegenwärtig werden herrenlose, bis zum Zeitpunkt ihrer Entdeckung verborgene Schätze mit ihrem
1005 Auffinden Eigentum des Landes Brandenburgs. Der ehrliche Finder erhält somit keine Belohnung.
1006 Dies hat zur Folge, dass dem Fundunterschlag Vorschub geleistet wird. Denn nicht jeder Entdecker
1007 gibt seinen Fund ab, wenn er dafür keinen Finderlohn erhält. Wahrscheinlicher ist es hier, dass der
1008 Fund in ein Land ohne Schatzregal gebracht wird. Dies hat wiederum zur Folge, dass der
1009 ursprüngliche Fundort der archäologisch-historischen Forschung verborgen bleibt. Zur Bewahrung
1010 unserer brandenburgischen Geschichte fordern wir deshalb die Abschaffung des Schatzregals.

1011 **Wir möchten die Einflussnahme politischer Parteien auf das Kulturleben reduzieren**

1012 Die Finanzierung stark politisch ausgerichteter Kultureinrichtungen mit Steuermitteln ist einzustellen.
1013 Subventionen, soweit sie Kultureinrichtungen betreffen, dürfen nicht länger der politischen
1014 Einflussnahme dienen. Staatliche Kultursubventionen sind für uns unumgänglich. Das geistige Erbe
1015 unserer brandenburgisch-preußischen Heimat ist ein unverzichtbarer Bestand der deutschen Kultur.

1016 **Wir wollen das Tragen von Kopftüchern in öffentlichen Einrichtungen untersagen**

1017 Kinder und Jugendliche stehen unter besonderem Schutz. Die teilweise praktizierte Pflicht des
1018 Tragens von islamischen Kopftüchern von Kindern und Jugendlichen bereits in Kindertagesstätten,
1019 Schulen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen widerspricht in besonderem Maße der ungestörten
1020 Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen. Das islamische Kopftuch ist nicht
1021 ausschließlich ein religiöses Symbol, wie das Kruzifix oder eine Kippa, welche die Zugehörigkeit zu
1022 einer Religion signalisieren. Vielmehr wird eine fremdbestimmte Form der Unterdrückung und auch
1023 eine Form der Sexualisierung vorgenommen, die ein freies und selbstbestimmtes Leben behindert.

1024 **Wir wollen die Bergung von Kriegstoten finanziell fördern**

1025 Ob als „vermisst“ an unbekannter Stelle in einem Einzelgrab verscharrt oder eingebettet in
1026 Massengräber – viele Soldaten liegen nach wie vor auf den Schlachtfeldern der beiden Weltkriege.
1027 Wir wollen das Auffinden dieser bislang namenlosen Kriegstoten finanziell fördern, so dass diese ein
1028 würdiges Begräbnis erfahren können. Hierbei machen wir keinen Unterschied, ob es sich um
1029 Angehörige der preußisch-deutschen Armee, der polnischen Armee, der Wehrmacht oder der Roten
1030 Armee handelt. Wir wollen sämtlicher toter Soldaten gedenken, da diese für uns eine Mahnung zum
1031 friedlichen Zusammenleben mit unseren Nachbarländern sind.

1032 **09 | Schluss mit Bildungsexperimenten: Gute Bildung muss sich wieder lohnen!**
1033 **| Schule und Berufsausbildung |**

1034 Der als „Soldatenkönig“ in die Geschichte eingegangene Monarch Friedrich Wilhelm I. führte bereits
1035 im Jahr 1717 in Preußen die allgemeine Schulpflicht ein, die sich vom fünften bis zum zwölften
1036 Lebensjahr erstreckte und sowohl für Jungen als auch für Mädchen galt. Damit nahm Preußen eine
1037 Vorreiterrolle in Europa ein. Friedrich II. verlängerte die Schulpflicht im Jahr 1763 schließlich auf acht
1038 Jahre und führte einen festen Lehrplan ein. Erst im Jahr 1919 wurde der regelmäßige Schulbesuch
1039 dann für alle in Deutschland lebenden Kinder verpflichtend. Heute rangiert das Land Brandenburg in
1040 Vergleichsstudien im Bildungsbereich unterhalb des bundesdeutschen Durchschnitts auf dem 14.
1041 Platz. Dabei liegt Deutschland selbst international gerade einmal im Mittelfeld. Die Krise im
1042 Bildungssystem ist ein gesamtdeutsches Problem und ein Ergebnis einer linken Bildungspolitik, die im
1043 Land Brandenburg besonders dramatisch ist.

1044 Bildung zielt für uns gemäß dem Humboldtschen Bildungsideal auf die allseits gebildete Person.
1045 Unsere Schulen müssen sich demnach wieder mehr auf ihre Kernaufgabe besinnen und dürfen nicht
1046 mit der Lösung gesellschaftspolitischer Großprobleme belastet werden, die nichts mit Bildung zu tun
1047 haben – sei es Inklusion, Integration oder die sogenannte „Akzeptanz“ sexueller Vielfalt. Eine
1048 erfolgreiche Bildungspolitik muss Anstrengungsbereitschaft und Fleiß, aber auch Disziplin und die
1049 Anerkennung von Autorität einfordern. Die Rolle des Lehrers darf nicht darin bestehen, sich
1050 zurückzunehmen und lediglich die Schüler dabei zu unterstützen, „Kompetenzen“ zu entwickeln, wie
1051 dies heute infolge einer neuen Lernkultur propagiert wird. Stattdessen sollen unsere Lehrer wieder in
1052 erster Linie handfestes Sachwissen vermitteln, das frei von ideologischen Vorgaben ist und im Sinne
1053 einer umfassenden Allgemeinbildung nicht auf wirtschaftliche Nützlichkeitsabwägungen beschränkt
1054 bleibt.

1055 Im Mittelpunkt unserer Bildungspolitik steht der einzelne Mensch, der von der Geburt an mit
1056 unterschiedlichen Veranlagungen und Begabungen ausgestattet ist. Diese müssen entsprechend
1057 gefördert und wertgeschätzt werden. Individuelle Unterschiede dürfen nicht im Sinne einer Ideologie
1058 der Gleichmacherei ignoriert oder geleugnet werden. Wir wollen unsere jungen Menschen auf ein
1059 erfolgreiches Leben vorbereiten und individuelle Stärken fördern. In diesem Sinne sprechen wir mit
1060 unserer Bildungspolitik die natürliche Neugier junger Menschen an und fördern die Freude am
1061 Lernen, um wieder eine Lern- und Bildungskultur im Land Brandenburg zu etablieren. Nur so wecken
1062 wir den Hunger unserer Kinder auf Bildung und befähigen sie, die Welt zu verstehen, an ihr
1063 teilzuhaben, sich an ihr zu erfreuen und sie mitzugestalten.

1064 **Wir wollen ein wohnortnahes Grundschulangebot gewährleisten**

1065 Wir wollen neue Wege beschreiten und kleine, einzügige Grundschulen erhalten oder, wo nötig, neu
1066 einrichten. Dabei können die Grundschulen mit überschaubaren Klassenverbänden als Abteilungen
1067 größerer Schulverbände mit einer zentralen Schulleitung organisiert werden, um den Leitungs- und
1068 Organisationsaufwand zu minimieren. Der mit der demografischen Entwicklung eintretende
1069 Rückgang der Kinderzahlen wird insbesondere im ländlichen Raum auch ein Schrumpfen der
1070 Schülerzahlen mit sich bringen. Damit wird es schwerer, Grundschulangebote in Wohnortsnähe
1071 anzubieten. Für Kinder in Grundschulalter ist ein wohnortnahes Angebot des schulischen Unterrichts
1072 aber von besonderer Bedeutung.

1073 **Wir wollen, dass unsere Schüler ab der ersten Klasse eine Leistungsbeurteilung mittels Zensuren
1074 und Kopfnoten erhalten**

1075 Der jeweilige Leistungsstand muss sowohl Eltern als auch Schülern transparent und vergleichbar
1076 dargestellt werden können. Zensuren ermöglichen eine einfache und fachgerechte Beurteilung des
1077 Leistungsvermögens eines Schülers, welche wir bereits ab der ersten Klassenstufe einführen wollen.
1078 Eine ganzheitliche Bildung, die nicht nur die Wissensvermittlung im Blick hat, muss den Schülern auch
1079 Standards für die Mitarbeit und das soziale Verhalten aufzeigen. Dafür ist es wichtig, dass nicht nur
1080 die Leistungen in den einzelnen Fächern benotet werden, sondern mit den sogenannten Kopfnoten
1081 auch die Mitarbeit und das soziale Verhalten.

1082 **Wir wollen bei unzureichenden Leistungen die Wiederholung einer Klassenstufe ermöglichen**

1083 Im Interesse unserer Schüler setzen wir uns dafür ein, dass bei unzureichenden Leistungen die
1084 Möglichkeit besteht, die Klassenstufe zu wiederholen. Der Unterricht in den jeweiligen Klassenstufen
1085 baut schließlich darauf auf, dass die Schüler den Unterrichtsstoff der vorhergehenden Klassenstufe
1086 sicher beherrschen. Ist das nicht der Fall, eröffnet die Wiederholung einer Klassenstufe die Chancen
1087 auf eine erfolgreiche schulische Entwicklung. Wenn demgegenüber die Wiederholung einer
1088 Klassenstufe ausgeschlossen wird, belasten die nicht ausgeräumten schulischen Defizite die weitere
1089 schulische und persönliche Entwicklung des Schülers und der Lerngemeinschaft.

1090 **Wir wollen Einschulungen zum Wohle unserer Kinder erst nach dem vollendeten 6. Lebensjahr**

1091 Die AfD tritt für eine Einschulung nicht vor dem vollendeten 6. Lebensjahr ein, da Früheinschulungen
1092 nachweislich zu nachhaltigen Entwicklungsproblemen der Kinder führen können.

1093 **Wir wollen, dass unser Schulsystem auf die jeweilige Begabung und Leistungsbereitschaft unserer
1094 Schüler mehr Rücksicht nimmt**

1095 Wir treten daher mit Nachdruck für ein gegliedertes Schulsystem ein, das ein hohes Maß an
1096 Durchlässigkeit von einer Schulform in eine andere bietet. Über die Zuordnung sollen nicht nur die
1097 relevanten Abgangszeugnisse der 4. Klassenstufe entscheiden, sondern auch eine landesweite
1098 zentrale Prüfung mit einer dem jeweiligen Schultyp entsprechend zu erreichenden landesweit
1099 definierten Durchschnittszensur. Einheitsschulsysteme, wie die Gesamtschule oder die
1100 Gemeinschaftsschule, haben sich als ungeeignet erwiesen, den sehr unterschiedlichen Begabungen
1101 und der Leistungsbereitschaft der Schüler gerecht zu werden. In der Regel werden die schwächeren
1102 Schüler überfordert und die leistungsstärkeren unterfordert.

1103 **Wir wollen, dass unsere Schüler wieder richtig lesen, schreiben und rechnen lernen**

1104 Lesen, schreiben und rechnen sind grundlegende Kulturtechniken, deren Beherrschung bei vielen
1105 Menschen nicht mehr mit Selbstverständlichkeit erwartet werden kann. Leistungsrückstände in
1106 diesen Bereichen können die persönliche sowie die berufliche Entwicklung massiv erschweren. Das
1107 Einüben und das Verinnerlichen von Lerninhalten sollen wieder einen höheren Stellenwert in den
1108 Rahmenlehrplänen erhalten. Aus diesem Grund sind die Lehrpläne in den Grundschulen nachhaltig zu
1109 straffen und auf die Vermittlung der wesentlichen Kulturtechniken zu konzentrieren. Es geht dabei
1110 nicht um die Menge des Schulstoffes sondern die sichere und souveräne Beherrschung der
1111 grundlegenden Kulturtechniken nach der vierten Klasse.

1112 **Wir wollen einen Übergang in weiterführende Schulen bereits nach dem vierten Schuljahr**

1113 Ab der 5. Klassenstufe setzen in der Kindesentwicklung starke körperliche sowie geistige
1114 Veränderungsprozesse ein, denen das klassische sechsjährige Grundschulmodell nicht gerecht wird.
1115 Eine frühzeitige Auslese nach der vierten Klasse, die sich an dem individuellen Lern- und
1116 Leistungsvermögen orientiert und eine frühere Beschulung durch ausgebildete Fachlehrkräfte, wird
1117 dem einzelnen Schüler gerechter. In erfolgreichen Bundesländern wie Sachsen, Thüringen und
1118 Bayern wird dieses Prinzip seit Jahren umgesetzt.

1119 **Wir wollen die duale berufliche Bildung stärken und erhalten**

1120 Die Ausbildung in Unternehmen und staatlichen Berufsschulen ist ein Erfolgsmodell. Immer höhere
1121 Abiturienten- und Akademikerquoten sowie der Mangel an qualifizierten Bewerbern haben aber in
1122 den letzten Jahren den Nachwuchs in den Ausbildungsberufen gefährdet. Wir sehen es daher als eine
1123 wesentliche Aufgabe an, die gesellschaftliche Anerkennung nichtakademischer Abschlüsse und
1124 Berufe zu fördern. Die Ausbildung muss zudem zeitlich besser an den jeweiligen
1125 Branchenbedürfnissen angepasst werden. Saisonale Schwankungen, wie sie beispielsweise im
1126 Baugewerbe üblich sind, müssen berücksichtigt werden, indem im Winter verstärkt Blockunterricht
1127 angeboten wird.

1128 **Wir wollen ein flächendeckendes Angebot einer stark berufs- und praxisorientierten Schulform
1129 schaffen**

1130 Wir setzen uns für ein flächendeckendes Angebot einer stark berufs- und praxisorientierten
1131 Schulform ein. In diesen Schulen soll möglichst früh eine institutionalisierte Zusammenarbeit mit
1132 Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen stattfinden. Dabei sind die Lehrpläne auf den tatsächlichen
1133 beruflichen Bedarf abzustellen, damit dem wachsenden Mangel an qualifizierten Lehrlingen frühzeitig
1134 begegnet werden kann. Schüler, die früher Hauptschulen besuchten, weil sie stärker praktisch als
1135 theoretisch begabt waren und sich häufig auch als leistungsschwächer erwiesen, besuchen im Land
1136 Brandenburg heute in der Regel integrierte Schulen. Dort können diese Schüler aber nur ungenügend
1137 gefördert werden, weil die integrierten Schulen die für die damaligen Hauptschulen charakteristische
1138 starke Berufs- und Praxisorientierung des Unterrichts nicht anbieten können.

1139 **Wir wollen Realschulen mit einem Mittleren Bildungsabschluss fördern**

1140 Wir fordern den Erhalt und wo nötig die Wiedereinrichtung von Realschulen mit einem mittleren
1141 Bildungsabschluss. Darüber wollen wir die Realschulen weiterentwickeln, indem wir ihnen die
1142 Möglichkeit geben, qualifizierten Schülern nach dem Mittleren Schulabschluss in einer Aufbaustufe

1143 auch das Fachabitur zu vermitteln. Die Realschulen haben sich in den etwa hundert Jahren ihres
1144 Bestehens in Deutschland als solide Schulform bewährt. Sie haben ihre Stärke besonders im mittleren
1145 beruflichen Qualifikationsbereich immer wieder bewiesen.

1146 **Wir wollen Förderschulen und keine Inklusion**

1147 Wir wollen das ehemals gut funktionierende System der Förderschulen erhalten und ausbauen. Im
1148 Mittelpunkt sollen das Kinderwohl und die individuelle Förderung stehen. Bei einer gemeinsamen
1149 Beschulung von behinderten und nicht behinderten Schülern muss das Wohl der Schüler,
1150 insbesondere der behinderten, ausschlaggebend sein. Von daher kann es kein automatisches Recht
1151 auf eine gemeinsame Beschulung geben. Das auch im Land Brandenburg praktizierte System der
1152 sogenannten Inklusion muss bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt als gescheitert angesehen werden.
1153 Personalmangel und unzureichende finanzielle Ausstattung der Schulen zeigen schon jetzt, dass die
1154 wesentlichen Ziele, die damit verbunden werden, nicht zu erreichen sind.

1155 **Wir wollen Unterrichtsausfälle aufgrund von Lehrermangel vermeiden**

1156 Wir fordern an den Schulen einen Lehrerschlüssel von 105 Prozent, damit im Bedarfsfall die
1157 Vertretungsstunden abgesichert werden können. Im Land Brandenburg konnten im Jahr 2017
1158 aufgrund des akuten Lehrermangels mehr als 255.000 Unterrichtsstunden nicht erteilt werden. Eine
1159 Kompensation durch Quereinsteiger kann hier nicht die Lösung sein. Die Reduzierung des
1160 Unterrichtsausfalls durch Mehreinstellungen und eine langfristige, wirklich funktionierende
1161 Bedarfsplanung ist unverzichtbar.

1162 **Wir wollen eine praxisnahe Ausbildung unserer Lehrkräfte**

1163 Die derzeitige Lehrerausbildung im Land Brandenburg leidet an einem Mangel an Praxisbezug.
1164 Angehende Lehrkräfte sollen durch ein Praktikum zum Ende des ersten Semesters prüfen, ob sie für
1165 den Lehrberuf geeignet sind. Die erfolgreiche Teilnahme soll die Voraussetzung für das weitere
1166 Studium sein. Für angehende Grundschullehrer befürworten wir ein vierjähriges praxisnahes
1167 Fachhochschulstudium, das gezielt die Lehrer mit allen notwendigen Fähigkeiten und Fertigkeiten
1168 ausstattet, die in diesem Bereich erforderlich sind. Praktische Fächer, wie Schulgärtnerei und
1169 Werkunterricht sollten neben Kunst, Musik und Sport wieder Bestandteil des Studiums sein. Wir
1170 setzen uns zudem für eine streng nach Schulformen differenzierte Ausbildung ein. Seiteneinsteiger
1171 sollen ihre Eignung ebenfalls durch ein Praktikum nachweisen. Es ist unverzichtbar, dass sie sich die
1172 didaktischen und pädagogischen Kenntnisse eines ausgebildeten Fachlehrers vollständig aneignen.

1173 **Wir wollen die Autorität unserer Lehrer und Schulleiter stärken**

1174 Wir wollen unsere Lehrer in die Lage versetzen, Unterrichtsstörungen wirksam zu unterbinden.
1175 Unsere Lehrer müssen deshalb bei ihrer Arbeit eine vorbehaltlose Rückendeckung von Seiten der
1176 Schulleiter und Schulaufsichtsbehörden erhalten. Disziplinstandards fördern das Lehren und Lernen.
1177 Die Missachtung von Gemeinschaftsinteressen, wie sie auch an der Beschädigung von
1178 Gemeinschaftseinrichtungen zum Ausdruck kommt, sendet jeden Tag die verheerende Botschaft,
1179 dass die Verantwortlichen weder willens noch imstande sind, unsere Gemeinschaft vor der
1180 Respektlosigkeit Einzelner zu bewahren. Vandalismus und Gewalt an Menschen und Sache müssen
1181 eindeutig sanktioniert werden, sodass Schaden abgewendet werden kann.

1182 **Wir wollen die Erzieherausbildung aufwerten**

1183 Grundsätzlich sind für Erzieher eine bessere Bezahlung und eine höhere Eingruppierung in den
1184 Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst notwendig. Um potentielle Auszubildende für den Beruf des
1185 Erziehers nach Brandenburg zu locken, wollen wir ein Ausbildungsstipendium anbieten. Mit diesem
1186 soll eine mehrjährige verpflichtende Tätigkeit als Erzieher im Land Brandenburg verbunden sein.
1187 Erzieher haben genau wie Lehrer einen Bildungsauftrag zu leisten und legen den Grundstein für den
1188 erfolgreichen Schuleinstieg. Nur durch eine fundierte, fachbezogene Ausbildung können sie diesem
1189 Auftrag auch gerecht werden. Voraussetzung hierfür ist mindestens ein erfolgreicher Abschluss der
1190 Mittleren Reife. Der Beruf des Sozialassistenten darf nicht als Zwischenschritt zur Erzieherausbildung
1191 herhalten.

1192 **10 | Wissenschaftsland Brandenburg: Ein Hoch auf den Fortschritt!**

1193 **| Wissenschaft und Forschung |**

1194 Die heutige Situation an den Hochschulen zeigt, dass sich unser Hochschulwesen immer mehr vom
1195 Geiste Wilhelm von Humboldts entfernt. Dieser trat einst dafür ein, dass Kinder in der Schule auf eine
1196 wissenschaftliche Laufbahn in Hochschulen vorbereitet wurden. Letztere sollten keineswegs „nur
1197 eine höhere Schulklasse“ sondern durch die Einheit von Forschung und Lehre, die Gemeinschaft der
1198 Lernenden und Lehrenden, Einsamkeit und Freiheit sowie – in unsere heutige Sprache übersetzt – die
1199 Prinzipien des „forschenden Lernens“ und des „fragenden Forschens“ gekennzeichnet sein. Unsere
1200 Studenten sollten sich von Anfang an intensiv mit den Grenzen und Begrenztheiten wissenschaftlich
1201 geprüften Wissens auseinandersetzen.

1202 Mit der Einführung der Bachelor- und Masterabschlüsse erlebten wir eine Verschulung des Studiums,
1203 die durch Anwesenheitspflicht und vorgegebene Stundenpläne gekennzeichnet ist. Das Fördern und
1204 Fordern von Eigenverantwortlichkeit während des Studiums spielt nur noch eine untergeordnete
1205 Rolle. Nach Zahlen des Deutschen Hochschulverbandes verlässt heute jeder dritte Student vor dem
1206 ersten Abschluss die Universität; zwei von fünf Studenten, die für Mathematik oder
1207 Naturwissenschaften eingeschrieben sind, bleiben ebenfalls ohne Bachelor-Grad. In den
1208 Sozialwissenschaften, einschließlich Jura und Ökonomie, schließt jeder Vierte nicht ab. Ohne einen
1209 weiterführenden Masterabschluss werden die meisten Bachelorabschlüsse von den Studenten selbst
1210 als unbrauchbar angesehen. Die Bologna-Reform ist somit eindeutig gescheitert! Wir müssen uns
1211 daher auf die traditionellen Abschlüsse deutscher Hochschulen zurückbesinnen, die weltweit ein
1212 hohes Ansehen genossen und als Garant einer ausgezeichneten Qualität galten.

1213 Ein hochentwickeltes und rohstoffarmes Industrieland braucht qualifizierten akademischen
1214 Nachwuchs und kann sich auf Dauer keine Bildungsexperimente leisten. Wir lehnen die einseitige
1215 Orientierung der Bildungspolitik an einer akademischen Karriere als gleichsam höchstem Ideal
1216 persönlicher Entwicklung ab. Der gegenwärtige Akademisierungswahn wird weder den Menschen
1217 noch der Gesellschaft gerecht, die auch auf andere berufliche Qualifikationen angewiesen ist. Der
1218 Anteil der wirklich wissenschaftlich Interessierten und entsprechend motivierten Heranwachsenden
1219 ist weit kleiner, als der steigende Anteil von Hochschülern suggeriert. Ein Hochschulstudium muss
1220 offen sein für begabte und strebsame junge Menschen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Mit

1221 unserem hochschulpolitischen Programm wollen wir daher die Qualität der Hochschulbildung
1222 steigern und es jedem wissenschaftlich interessierten und fachlich geeigneten Brandenburger
1223 ermöglichen, ein Studium an einer brandenburgischen Hochschule zu absolvieren.

1224 **Wir wollen das Gymnasium als primäre Schulform zur Vorbereitung auf ein wissenschaftliches**
1225 **Hochschulstudium erhalten**

1226 Wir wollen das Gymnasium mit seiner spezifischen Aufgabe und Ausrichtung erhalten und stärken,
1227 weil es sich wie keine andere Schulform bei dieser Aufgabe bewährt hat. Das Gymnasium ist diejenige
1228 Schulform, die mit dem Abitur und mit ihrer spezifischen Lern- und Arbeitsweise die Voraussetzungen
1229 für die Aufnahme eines wissenschaftlichen Hochschulstudiums vermittelt. Allerdings hat in den
1230 letzten Jahrzehnten eine starke Herabsetzung der Leistungsstandards stattgefunden. Dies ging einher
1231 mit einem überaus hohen Schüleranteil, der auf das Gymnasium wechselte, dem aber vielfach das
1232 Interesse oder auch die Befähigung für wissenschaftliches Denken und Arbeiten fehlte. Das Abitur
1233 muss wieder eine Studienbefähigung sein und darf keine bloße Studieneurteilung darstellen.

1234 **Wir setzen auf die bewährten und weltweit anerkannten Abschlüsse Magister, Diplom,**
1235 **Staatsexamen und Diplom-Ingenieur**

1236 Wir fordern die Beendigung des Bologna-Prozesses an den Hochschulen im Land Brandenburg.
1237 Mindestens jedoch müssen die einzelnen Fakultäten und Fachbereiche das Recht erhalten, selbst zu
1238 entscheiden, welchen Abschluss (Bachelor/ Master oder Diplom/ Staatsexamen) sie anbieten wollen.
1239 Das von der Europäischen Union formulierte politische Ziel, einen gemeinsamen europäischen
1240 Hochschulraum zu schaffen, der Studenten eine bessere Vergleichbarkeit der Studienabschlüsse,
1241 mehr Mobilität und kürzere Studienzeiten erlauben soll, ist nicht erreicht worden. In der Praxis hat
1242 sich gezeigt, dass eine durchgehende Modularisierung aller Studiengänge in Europa undurchführbar
1243 ist und der Versuch bereits zu deutlichen Einschränkungen der wissenschaftlichen Qualität der Lehre
1244 geführt hat. Auch die Anerkennung der Abschlüsse wurde keinesfalls erleichtert.

1245 **Wir wollen die Abhängigkeit unserer Hochschulen von Drittmitteln reduzieren**

1246 Wir fordern, dass sämtliche ideologisch motivierten Pseudowissenschaften, wie die
1247 Genderforschung, nicht länger mit Steuergeldern finanziert werden. Die Abhängigkeit von
1248 Drittmitteln und damit die unkontrollierte Einflussnahme von außen ist durch Aufstockung der
1249 Eigenmittel und bedarfsabhängige Mittelvergabe zu reduzieren. Durch die Stärkung der Autonomie
1250 und Leistungsfähigkeit der Hochschulen mittels einer deutlich höheren Grundfinanzierung sowie der
1251 Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für Wissenschaftler soll die Attraktivität
1252 Brandenburgs für Akademiker sowie Studenten gesteigert werden. Forschung und Lehre müssen
1253 nach wissenschaftlichen Kriterien ergebnisoffen, neutral und unter Einbeziehung aller Argumente
1254 und Wissenschaftler gestaltet werden.

1255 **Wir wollen den Hochschulzugang neu regeln**

1256 Wir wollen unseren Hochschulen das Recht gewähren, ihre Studenten nach eigenen
1257 leistungsbezogenen Bewertungsmaßstäben selbst auszuwählen. Dies eröffnet die Chance, die
1258 Eignung der Studienbewerber nicht nur anhand der Abiturnoten zu bewerten, sondern auch deren
1259 Interesse, Begabung und Motivation für den angestrebten Studiengang zu berücksichtigen. Eine
1260 abnehmende Studierfähigkeit und schlechte Vorbereitung auf den gewählten Studiengang haben in

1261 den letzten Jahren zu einer zunehmenden Zahl von Studienabbrüchen geführt.

1262 **Wir fordern die Aufhebung der Fusion von Technischer Hochschule Cottbus und Technischer**
1263 **Fachhochschule Lausitz**

1264 Wir wollen die Fusion der Technischen Hochschule Cottbus und der Technischen Fachhochschule
1265 Lausitz wieder aufheben. Fachhochschulen und Universitäten haben grundsätzlich einen
1266 unterschiedlichen Auftrag im Bildungssystem. Sie sollen daher entsprechend ihrem Bildungsauftrag
1267 ihr eigenes Profil wahren und weiterentwickeln können. Die Zusammenführung beider
1268 Hochschulformen zu einer Gesamthochschule hat sich nicht bewährt.

1269 **Wir wollen das Angebot öffentlicher und privater Fernuniversitäten ausbauen**

1270 Die Angebote öffentlicher Fernuniversitäten ergänzen das staatliche Angebot und ermöglichen ein
1271 Studium auch denjenigen, die nicht permanent an einem Studienort anwesend sein können oder
1272 nebenberuflich in Teilzeit studieren wollen. Mit dem Ausbau der Breitbandversorgung wird auch diese
1273 Form der Aus- und Fortbildung an Attraktivität gewinnen. Sie bietet eine Chance für den ländlichen
1274 Raum, weil auch dort abseits der Ballungszentren studiert werden kann, eine kostengünstige
1275 Alternative zum Präsenzstudium, eine Chance für ein nebenberufliches Universitätsstudium sowie für
1276 ein Aufbaustudium und zur Fortbildung. Wir wollen die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen,
1277 indem wir massiv in die digitale Infrastruktur unseres Landes investieren.

1278 **Wir wollen unsere Hochschulen, Unternehmen und Investoren besser vernetzen**

1279 Wir wollen die disziplinübergreifende Forschung und Entwicklung sowie die Intensivierung der
1280 Kooperation zwischen Lehre, Forschung und Industrie inklusive Gründerzentren stärker fördern.
1281 Unser Vorbild ist hier das kalifornische Silicon Valley und die dortige erfolgreiche Vernetzung von
1282 Bildungs- und Forschungseinrichtungen mit den ansässigen Technologieunternehmen sowie
1283 zahlungskräftigen Investoren. Vor allem unsere Landeshauptstadt Potsdam mit ihren drei
1284 Hochschulen sowie zahlreichen Forschungsinstituten bietet hierfür die besten Voraussetzungen.
1285 Schon heute gibt es in keiner deutschen Stadt mehr Forschungseinrichtungen je Einwohner als in
1286 unserer Landeshauptstadt. Dieses Potential muss genutzt werden, um dem Land Brandenburg eine
1287 Vorreiterrolle in zukunftssträchtigen Forschungsfeldern wie der Energietechnologie, Elektromobilität
1288 und autonome Transportsysteme, Informationstechnologie, neue Werkstoffe und
1289 Materialwissenschaften, additive Fertigungstechniken, Luft- und Raumfahrt, Mechatronik,
1290 Biotechnologie sowie Chemie zu verschaffen.

1291 **Wir wollen die Fächer Mathematik, Informatik sowie Natur- und Ingenieurwissenschaften stärker**
1292 **fördern**

1293 Wir wollen in Schulen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen die Fächer Mathematik, Informatik
1294 und die Natur- und Ingenieurwissenschaften massiv fördern und unsere Rahmenlehrpläne
1295 dementsprechend umgestalten. Neueste Technologie, ausgereifte Technik und hervorragende
1296 Qualität haben in der Vergangenheit den guten Ruf von „Made in Germany“ begründet. Als
1297 rohstoffarmes Land kann nur eine technologische Spitzenposition langfristig unsere führende
1298 Wettbewerbsposition und damit unseren Wohlstand sichern. Dies gilt heute und noch mehr
1299 zukünftig durch die Herausforderungen von demographischem Wandel und Globalisierung. Die
1300 BAföG-Förderung mit einer Mischung aus Stipendium und rückzahlbarem Kredit ist hierbei der

1301 richtige Weg, um die Studien- und Berufswahl zu steuern. Studiengänge mit naturwissenschaftlichen
1302 oder ingenieurwissenschaftlichen Schwerpunkten müssen unserer Meinung nach besonders
1303 gefördert werden, da deren Absolventen in der Regel im besonderen Maße zu unserem Wohlstand
1304 beitragen. Zudem sind Absolventen von ungewöhnlichen Studiengängen, den so genannten
1305 Orchideenfächern, besonders oft von persönlicher Unzufriedenheit und Frustration betroffen.

1306 **11 | Sicherheit darf nicht nur ein Gefühl sein: Polizei und Justiz stärken.**

1307 **| Innere Sicherheit und Recht |**

1308 Der Staat hat die Pflicht, unser Leben, unsere körperliche Unversehrtheit und unser Eigentum zu
1309 schützen. Er hat dies besonders gegenüber jeglicher Form organisierter Kriminalität und islamischen
1310 Terrorismus zu tun. Der Schutz vor Kriminalität in jeglicher Ausprägung darf nicht zu einer
1311 Privatisierung der Sicherheit führen; das staatliche Gewaltmonopol muss jederzeit gewahrt bleiben.
1312 Den Schutz an die Brandenburger selbst zu übertragen, käme einer Bankrotterklärung des Staates
1313 gleich. Die Alternative für Deutschland sieht es daher als wichtigste Aufgabe des Staates an, die
1314 öffentliche Sicherheit sowie Rechtssicherheit zu gewährleisten. Während das eine zeitnahe Präsenz
1315 der Polizei voraussetzt, ist für das andere eine zügige Behandlung gerichtlicher Streitigkeiten
1316 erforderlich. Beide sind Grundlage für Freiheit und Wohlstand der Brandenburger. In der öffentlichen
1317 Diskussion zur inneren Sicherheit geht unter, dass das Gewaltmonopol des Staates dafür da ist, die
1318 Freiheit der Brandenburger vor rechtswidriger privater Macht- und Gewaltausübung zu schützen. Wo
1319 der Staat mangels einer hinreichenden Ausstattung der Polizei sein Gewaltmonopol nicht mehr
1320 ausüben kann, ist der Brandenburger kriminellen Einzeltätern und Banden schutzlos ausgeliefert.
1321 Entsprechendes gilt für die Arbeit der Justiz: Zu lange Gerichtsverfahren schaffen nicht nur
1322 Rechtsunsicherheit, sie begünstigen im Ergebnis rechtsmissbräuchliches Verhalten zum Schaden der
1323 Rechtstreuen. Ohne hinreichenden staatlichen Schutz fühlt sich der Brandenburger in Zeiten
1324 steigender Gewaltkriminalität ohnmächtig und ausgeliefert. Das kann früher oder später dazu führen,
1325 dass er Recht und Sicherheit selbst in die Hand nimmt. Oder er verlässt die Region und gibt sie auf,
1326 investiert nicht mehr und siedelt sich woanders an.

1327 Um qualifizierte junge Menschen und Seiteneinsteiger für den Polizeiberuf zu begeistern, bedarf es
1328 einer angemessenen Bezahlung. Unsere Landespolizisten dürfen nicht schlechter gestellt sein als
1329 Polizisten der Bundespolizei. Wir fordern daher eine sofortige Angleichung der Besoldung an das
1330 höhere Niveau der Bundespolizei und die sofortige Einführung der freien Heilfürsorge. Nur so kann
1331 die Polizei im Rennen um die besten Köpfe mit der freien Wirtschaft konkurrieren. Die Alternative für
1332 Deutschland wird sich daher vordringlich für eine Stärkung der öffentlichen Sicherheit und der
1333 Rechtssicherheit in Brandenburg einsetzen. Die Kriminalitätsentwicklung im Berliner Umland und im
1334 Grenzgebiet zu Polen macht deutlich, dass die Landesregierung bei ihrer Aufgabe versagt hat, die
1335 öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Die von ihr eingeleitete Polizeireform, die eine Konzentration
1336 der Polizeidienststellen zum Ziel hat, aber einen Rückzug der Polizei aus der Fläche bedeutet, hat sich
1337 als der falsche Weg erwiesen. Wir treten deshalb für eine Neuausrichtung der polizeilichen Arbeit in
1338 Brandenburg ein.

1339 **Wir wollen die Polizeipräsenz in der Fläche wiederherstellen**

1340 Wir wollen mit Hilfe einer landesweit gesteigerten Polizeipräsenz die Zeiten zwischen Notruf und
1341 Eintreffen der Polizei deutlich reduzieren. In weiten Teilen Brandenburgs ist unsere Polizei in der
1342 Fläche nicht mehr präsent. Die Anfahrt zum Einsatzort ist dadurch berechenbar lang geworden, so
1343 dass sich zwar die Täter sicher fühlen, aber nicht die Brandenburger. Dafür ist es erforderlich, mit
1344 einer optimierten Zahl kleiner Polizeiwachen landesweit präsent zu sein. Dies hilft auch dabei,
1345 unnütze Wege und Leerfahrten der Polizei zu reduzieren und Zeit für die eigentliche Polizeiarbeit zu
1346 gewinnen. Für Verwaltungsaufgaben in den Polizeidienststellen sollen möglichst Verwaltungskräfte
1347 aus der Landesverwaltung gewonnen werden.

1348 **Wir wollen die Anzahl der Polizeibeamten erhöhen**

1349 Wir fordern eine Erhöhung des Personalbestands bei der Polizei auf mindestens 9.000 Stellen. Um
1350 eine stärkere Polizeipräsenz in der Fläche zu erreichen, müssen mehr Polizeibeamte für die
1351 polizeiliche Arbeit im öffentlichen Raum zur Verfügung stehen. Indem wir die Kapazitäten der
1352 Fachhochschule Oranienburg deutlich erweitern, wollen wir die Einstellung von Nachwuchskräften in
1353 ausreichender Zahl ermöglichen. Zugleich müssen unsere Polizeibeamten von Verwaltungsaufgaben
1354 entlastet werden und darauf hingewirkt werden, dass diese grundsätzlich nur noch für polizeiliche
1355 Aufgaben im öffentlichen Raum eingesetzt werden. Zur Erfüllung ihrer Aufgabe sind unsere Beamten
1356 zudem optimal auszustatten. Die Sicherheit unserer Beamten sowie der Bevölkerung darf kein
1357 Gegenstand von Sparmaßnahmen werden. Derzeit kann die Polizei der Kriminalitätslage nicht
1358 umfassend und flächendeckend Herr werden. Sowohl das Sicherheitsempfinden als auch die
1359 tatsächliche Sicherheit der Menschen wird hierdurch massiv beeinträchtigt.

1360 **Wir wollen mehr Personal für unsere Justiz**

1361 Die Funktions- und Leistungsfähigkeit unserer Justiz gegen Kriminalität und bei der Bearbeitung von
1362 Zivil- und Verwaltungsverfahren kann nur mit mehr Personal nachhaltig gesteigert werden. Wir
1363 fordern daher eine signifikante Aufstockung des Personals bei Richtern, Staatsanwälten und
1364 insbesondere bei Verwaltungsfachangestellten. Nur so kann gewährleistet werden, dass die
1365 Verfahrensdauer bei Gericht erheblich verkürzt wird und Fristen gewahrt bleiben.

1366 **Wir wollen den Opfer- und Zeugenschutz ausbauen**

1367 Wir wollen jedem Opfer als Nebenkläger im Strafverfahren einen Opferanwalt zur Seite stellen. Denn
1368 wenn der Täter Anspruch auf einen Pflichtverteidiger hat, muss auch das Opfer über eine juristische
1369 Unterstützung verfügen. Wir wollen zudem die Rechte von Opfern sowie deren Angehörigen im
1370 Strafverfahren ausweiten. Insbesondere für traumatisierte Personen muss eine intensivere und
1371 individuell angepasste Opferbetreuung durchgeführt werden. Weiterhin werden wir in
1372 Brandenburger Gerichten geschützte Zeugenschutzzimmer und Vernehmungszimmer mit
1373 Videotechnik einrichten lassen, um auch hier eine Bedrohung und Beeinflussung auszuschließen. Zur
1374 wirksamen Verfolgung von Verbrechen der organisierten Kriminalität sowie von Gewaltverbrechen ist
1375 eine Stärkung des Opfer- und Zeugenschutzes erforderlich. Es muss verhindert werden, dass jemand
1376 aufgrund seiner Bereitschaft vor Gericht auszusagen, ein zweites Mal zum Opfer wird. Auch dürfen
1377 Straftäter nicht deswegen ungeschoren davonkommen, weil sie Zeugen einschüchtern konnten.

1378 **Wir wollen die organisierte Kriminalität wirkungsvoll bekämpfen**

1379 Wir wollen mit einer Reihe von Gesetzesinitiativen erreichen, dass Polizei und Justiz bei der
1380 Verfolgung und Ahndung von Straftaten wirkungsvollere Instrumente zur Hand haben. Wir wollen
1381 unsere Polizei mit modernster Technik und lageangepasster Bewaffnung ausstatten, wie zum Beispiel
1382 mit Sturmgewehren und gepanzerten Fahrzeugen. Wir fordern weiterhin die Wiedereinführung
1383 angemessener Grenzkontrollen sowie die Nutzung der Schleierfahndung, um den
1384 „Einbruchtourismus“ als Erscheinungsform der Transitzriminalität zu unterbinden. Eine besondere
1385 Herausforderung für die Innere Sicherheit stellt das organisierte Verbrechen dar. Das zeigt sich
1386 insbesondere im Berliner Umland und den Grenzregionen. Macht und Einfluss der Verbrecher
1387 machen es für die Beamten zu einem persönlich gefährlichen Unterfangen, sich diesen
1388 Organisationen entgegen zu stellen.

1389 **Wir wollen durch Straftaten erlangte Vermögenswerte konsequent abschöpfen**

1390 Bei Straftaten aus dem Bereich der organisierten Kriminalität sowie bei komplexen
1391 Vermögensdelikten kommt es häufig nicht zu einer Abschöpfung der durch die Straftat erlangten
1392 Vermögenswerte, weil die derzeitigen Verfahrensregelungen dies in der Praxis verhindern. Nach
1393 geltender Rechtslage müsste über die Vermögenseinziehung als Folge der Straftat in der gerichtlichen
1394 Hauptverhandlung entschieden werden. Da Finanzermittlungen aber sehr zeitaufwendig sind, können
1395 sehr oft bis zur Hauptverhandlung keine ausreichenden Erkenntnisse gesammelt werden, die es
1396 ermöglichen würden, den Tätern die Früchte ihrer Taten wieder zu nehmen. Deswegen kommt es
1397 vielfach nur zu einer strafrechtlichen Verurteilung. Wir wollen ein nachträgliches Verfahren
1398 einführen, dass die Nachholung der Vermögenseinziehung auch noch nach der Hauptverhandlung
1399 ermöglicht. Zudem soll die Zusammenarbeit zwischen der Steuerfahndung und den
1400 Wirtschaftsdezernenten bei den Staatsanwaltschaften intensiviert werden.

1401 **Wir wollen die Mindeststrafe für tätliche Angriffe auf Amtspersonen erhöhen**

1402 Wir fordern eine Bundesratsinitiative zur Anhebung des Mindeststrafmaßes bei tätlichen Angriffen
1403 gegen Amtspersonen im weiteren Sinne, insbesondere gegen Polizeibeamte, Feuerwehrangehörige
1404 und sonstige Rettungskräfte, von derzeit drei Monaten auf mindestens ein Jahr. Die Aggressivität und
1405 Gewaltbereitschaft gegenüber unseren Polizeibeamten und sonstigen Rettungskräften hat ein
1406 unerträgliches Maß erreicht. Viele „Mitbürger“ betrachten unsere Freunde und Helfer in der Not
1407 längst als eine Art Freiwild. Das hat unter anderem dazu geführt, dass Polizeibeamte insbesondere in
1408 so genannten „Problemvierteln“ der Ballungsgebiete meistens schon mit der Eigensicherung so
1409 ausgelastet sind, dass für den aktiven Schutz von Leib und Leben anderer wenig Kapazitäten
1410 übrigbleiben.

1411 **Wir fordern eine grundlegende Neuausrichtung des Strafvollzuges**

1412 Wir wollen gesetzlich sicherstellen, dass die Gewährung von Lockerungen im Strafvollzug von der
1413 Zustimmung der Staatsanwaltschaft abhängig ist. Resozialisierungsmaßnahmen sind sehr
1414 kostenintensiv und werden vom Steuerzahler finanziert, weshalb diese Mittel auch nur Straftätern zu
1415 Gute kommen dürfen, bei denen ein Resozialisierungswille bzw. -fähigkeit tatsächlich besteht. Für die
1416 Strafgefangenen dürfen Resozialisierungsleistungen nicht länger als Angebot verstanden werden,
1417 sondern vielmehr als Chance, die sie sich verdienen müssen. Der im Strafvollzug dominierende
1418 Resozialisierungsgedanke darf den Anspruch der Allgemeinheit auf Schutz vor gefährlichen

1419 Straftätern keinesfalls zurückdrängen. Die Sicherheit der Bevölkerung muss oberste Priorität haben.
1420 Gegenwärtig entscheiden die Gefängnisverwaltungen allein über die Gewährung von Lockerungen
1421 beim Strafvollzug, wie z.B. den offenen Vollzug, Urlaub und Freigang, ohne dass die
1422 Staatsanwaltschaft hiervon auch nur etwas erfährt. Diese an sich der Resozialisierung dienenden
1423 Lockerungsmaßnahmen sind jedoch bei bestimmten Tatumständen nicht geeignet, einer zukünftigen
1424 Straffälligkeit entgegenzuwirken. Sie wirken dann wie eine unverdiente Strafverkürzung.

1425 **Wir wollen keine geschönte Kriminalitätsstatistik**

1426 Wir fordern, dass in Polizeiberichten grundsätzlich zu beachten ist, dass Tätergruppen genannt und
1427 Tatverdächtige mit Nationalität, bei Tatverdächtigen mit deutscher Staatsangehörigkeit
1428 gegebenenfalls mit Migrationshintergrund genannt werden. Zudem sind die Erhebungsmethoden der
1429 Statistik zu politisch motivierten Straftaten zu überarbeiten, um deren Aussagekraft zu verbessern.
1430 Investigative Presseberichte haben aufgedeckt, dass es substantielle Hinweise darauf gibt, dass die
1431 Kriminalstatistik in Brandenburg aufgrund von Dienstanweisungen geschönt wird. Die Menschen im
1432 Land Brandenburg haben aber das Recht, über Verbrechensentwicklungen statistisch korrekt und
1433 hinreichend informiert zu werden. Umfassende und ehrliche Angaben zu Tat und Tätern sind in der
1434 Kriminalstatistik notwendig, um realistische Bewertungen der Kriminalitätsentwicklung und von
1435 Täterprofilen zu gewährleisten. Nur so hat die Kriminalstatistik einen Mehrwert für erfolgreiche
1436 Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung.

1437 **Wir fordern die Einführung von Regelungen zur Beschleunigung von Strafverfahren**

1438 Wir werden uns für eine Gesetzesänderung einsetzen, um das Instrument des Strafbefehls für alle
1439 Strafverfahren zugänglich zu machen, um diese so erheblich zu beschleunigen und die Strafgerichte
1440 somit zu entlasten. Für eine wirkungsvolle Kriminalitätsbekämpfung ist es erforderlich, dass der Täter
1441 alsbald nach der Tatbegehung strafrechtlich verurteilt wird. Dies ist wegen der Überlastung der
1442 Strafgerichte in Brandenburg in der Regel nicht gewährleistet. In der strafgerichtlichen Praxis gibt es
1443 eine Vielzahl von Fällen, in denen das Ergebnis der gerichtlichen Hauptverhandlung wegen der klaren
1444 Sach- und Beweislage für jeden Beteiligten unschwer vorhersagbar ist.

1445 **Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Bekämpfung von Ausländerkriminalität 1446 verbessern**

1447 Wir werden uns für Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen zur Bekämpfung der
1448 Ausländerkriminalität einsetzen. Das Polizeiaufgabengesetz muss insbesondere auf die erhöhte
1449 Gefahr von Terroranschlägen angepasst werden. Der Anteil der Ausländer am Gesamtaufkommen
1450 der Kriminalität übertrifft den Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung bei weitem. In einzelnen
1451 Bereichen dominieren Ausländer als Täter deutlich. Die Kriminalitätsbelastung durch ausländische
1452 Täter ist daher weitaus mehr als nur besorgniserregend. Außereuropäische kulturelle und religiöse
1453 Prägungen dürfen in der Strafverfolgung und bei der Rechtsprechung nicht strafmildernd wirken.
1454 Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit von Polizei und Ordnungskräften müssen konsequent und
1455 zeitnah bestraft und Schäden von den Verursachern ersetzt werden.

1456 **Wir wollen die Privilegierung des Alkoholgenusses als schuld mindernden Zustand beseitigen**

1457 Wir wollen durch eine Änderung der einschlägigen Vorschriften die schrankenlose Privilegierung des
1458 Alkoholgenusses als Schuld mindernden Zustand beseitigen. Eine Verfolgung und Ahndung von

1459 Gewalttaten erweist sich gegenwärtig vielfach als nicht möglich, weil Täter sich darauf berufen
1460 können, zur Zeit der Tatbegehung volltrunken gewesen zu sein. Dabei kommt ihnen die geltende
1461 Gesetzeslage entgegen, wonach auch bei einer schuldhaft herbeigeführten Alkoholisierung ein
1462 kräftiger Strafnachlass zu gewähren ist. Da die Behauptung, volltrunken gewesen zu sein, häufig nicht
1463 zu widerlegen ist, führt dies oft zu milden Urteilen, die vor allem bei Tötungsdelikten nur noch als
1464 eine Verhöhnung der Opfer empfunden werden kann.

1465 **Wir stoppen unnötige Geschwindigkeitskontrollen, die lediglich der Haushaltssanierung dienen**

1466 Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Instrument der Geschwindigkeitskontrolle ausschließlich
1467 zur Gewährleistung der Sicherheit im Straßenverkehr eingesetzt wird. Es darf kein finanzieller Anreiz
1468 für sachlich nicht gebotene Geschwindigkeitskontrollen vorhanden sein. Die zunehmende Zahl der
1469 Geschwindigkeitskontrollen erweckt den begründeten Verdacht, dass sie vielfach nicht mehr der
1470 öffentlichen Sicherheit im Straßenverkehr dienen, sondern der Haushaltssanierung. Allein schon der
1471 Eindruck, dass die Einnahmebeschaffung und nicht die Gefahrenabwehr der Anlass für
1472 Geschwindigkeitskontrollen sind, schwächt das Vertrauen der Brandenburger in den Rechtsstaat und
1473 das rechtstaatliche Handeln der Polizei. Geschwindigkeitskontrollen belasten zudem unnötig unsere
1474 Polizeibeamten, die wichtigere Aufgaben zu erledigen haben.

1475 **Wir wollen die Justizvollzugsanstalt in Frankfurt (Oder) wiedereröffnen**

1476 Wir fordern, dass die Justizvollzugsanstalt Frankfurt (Oder) durch Kauf in den Landesbesitz
1477 zurückgeführt wird und unter anderem als Abschiebezentrum für abgelehnte Asylbewerber genutzt
1478 wird. Die nach aufwändiger Sanierung erst 1995 wieder eröffnete Justizvollzugsanstalt Frankfurt
1479 (Oder) ist von der Landesregierung im Jahr 2013 geschlossen worden. Damit ist das Landgericht
1480 Frankfurt (Oder) der einzige Landesgerichtsbezirk im Land Brandenburg, der über keine eigene
1481 Justizvollzugsanstalt verfügt. Dadurch wird es notwendig, die zu einer Haftstrafe verurteilten Täter
1482 über weite Strecken zu den westlich gelegenen Justizvollzugsanstalten des Landes zu transportieren.
1483 Das bindet unnötig zusätzliche Polizeikräfte.

1484 **Wir wollen, dass die Polizei zukünftig bereits bei „drohender Gefahr“ konkrete Maßnahmen 1485 ergreifen darf**

1486 Die Polizei muss zukünftig im Sinne des BVerfG-Urteils vom 20. April 2016 bereits bei „drohender
1487 Gefahr“ konkrete Maßnahmen ergreifen dürfen, anstatt wie bislang üblich erst dann zu reagieren,
1488 wenn ein Verbrechen bereits verübt wurde oder es konkrete Hinweise auf gegenwärtige oder
1489 unmittelbar bevorstehende Gefahren gibt. Die Grundlage hierzu bildet eine effektivere Überwachung
1490 gefährlicher Personen. Dadurch können potenziell verdächtige Personen der organisierten
1491 Kriminalität und islamische Terrorverdächtige und Gefährder ohne Verurteilung oder begangene
1492 Straftat mit richterlichem Beschluss bis zum Wegfall der Gefahr unbegrenzt in
1493 Präventionsgewahrsam genommen werden. Das Abhören von technischen Geräten soll mit
1494 richterlicher Genehmigung ermöglicht werden. Dazu gehörten auch Zugriffe auf den Computer, das
1495 Smartphone und die Cloud. Die Daten sollen durchsucht und gespeichert werden.

1496 **Wir wollen die Schleierfahndung landesweit einsetzen**

1497 Wir wollen Schleierfahnder der Landespolizei landesweit einsetzen und technisch aufrüsten. Wir
1498 fordern zudem eine Verstärkung der Bundespolizei an der Außengrenze zu Polen mit dem Ziel

1499 geltendes Recht gegen unerlaubte Einwanderung durchzusetzen. Außerdem könnten ortskundige
1500 Spezialisten viel schneller „Dauerkunden“ unter Schleusern erkennen und gefälschte Dokumente und
1501 verdächtige Fahrzeuge samt Insassen einer gezielten Kontrolle unterziehen. Auch Fahrzeuge auf den
1502 Brandenburger Wasserstraßen müssen überprüft werden.

1503 Wir setzen uns für eine Ausweitung der Untersuchungshaft bei Gewaltdelikten ein, bei denen eine
1504 Anordnung auch ohne herkömmlichen Haftgrund möglich ist. Gewalttäter müssen nach geltendem
1505 Recht von der Polizei nach Feststellung ihrer Personalien in der Regel wieder entlassen werden, wenn
1506 herkömmliche Haftgründe, z.B. Vorliegen eines festen Wohnsitzes, für die gerichtliche Anordnung
1507 von Untersuchungshaft nicht dargelegt werden können. Für Gewalttäter ist die derzeitige Praxis
1508 geradezu eine Ermunterung zu weiteren einschlägigen Taten. Die stetige Zunahme immer brutaler
1509 werdender Gewalttaten macht daher ein energischeres Durchgreifen im Interesse der öffentlichen
1510 Sicherheit erforderlich.

1511 **Wir wollen unsere Polizeibeamten mit erweiterten Fahndungsbefugnissen ausstatten**

1512 Die Polizei soll künftig grundsätzlich am Körper angebrachte Kameras zur Dokumentation einsetzen
1513 können. Bisher dürfen diese „Body-Cams“ nur auf öffentlichen Straßen und Plätzen eingesetzt
1514 werden. Indem sie auch beim Betreten von Wohnungen und Gebäuden eingeschaltet werden dürfen,
1515 gestalten wir den Opferschutz wesentlich effizienter.

1516 **Wir wollen Videoüberwachung und rechtliche Grundlagen für den Einsatz von Gesichtserkennung ermöglichen**

1518 Studien belegen, dass dank Videoüberwachung nicht nur die Kosten für Sachbeschädigungen und
1519 Vandalismus signifikant gesenkt werden können, es steigt nachweislich auch die Aufklärungsrate von
1520 Straftaten. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Videoüberwachung ausgeweitet wird und
1521 zudem rechtliche Grundlagen für den Einsatz von Gesichtserkennung geschaffen werden.
1522 Voraussetzung ist der bereits beschlossene zentrale Zugriff auf Bilddaten über das künftige Bund-
1523 Länder-Polizeisystem unter der Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen.

1524 **Wir wollen die individuelle Notfallvorsorge fördern**

1525 Ob Oderflut, Schneekatastrophe oder Risiko von flächendeckenden Stromausfällen: Die ungestörte
1526 Verfügbarkeit von Energie und Lebensmitteln sowie der unbeeinträchtigte Zugang zu
1527 Finanzdienstleistungen ist weniger selbstverständlich, als gute Zeiten es vermuten lassen. Vor
1528 wenigen Jahrzehnten war die Sensibilität für dieses Thema wesentlich ausgeprägter. Viele Familien
1529 hatten einen Raum für Vorräte im Haus, mit denen sie kurzfristige Versorgungsengpässe hätten
1530 bewältigen können. Wir sehen es als eine wichtige Aufgabe des vorbeugenden Bevölkerungsschutzes
1531 an, die Brandenburger in Zusammenarbeit mit den lokalen Kräften von Feuerwehr und
1532 Rettungsdiensten für die Bedeutung von Selbstvorsorgemaßnahmen zu sensibilisieren und darüber
1533 zu informieren, wie auf Bundesebene das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

12 | Genug ist genug: Keine weitere Einwanderung in unsere Sozialsysteme.

| Einwanderung, Asyl und Abschiebung |

1534
1535

1536 Unser Land Brandenburg hat in seiner jahrhundertelangen Geschichte vielfach von der Zuwanderung
1537 aus fremden Ländern profitiert. Das bekannteste Beispiel ist hier die Einladung durch den Großen
1538 Kurfürsten Friedrich Wilhelm im Jahr 1685 an die damals in Frankreich aus religiösen Gründen
1539 verfolgten Hugenotten, sich in der Mark Brandenburg niederzulassen. Über 15.000 Hugenotten
1540 folgten der Einladung und entschieden sich für ihre neue Heimat Brandenburg-Preußen. Anders als
1541 heutige „Flüchtlinge“ waren die Hugenotten sehr gut ausgebildet und wurden daher in der damals
1542 gerade erst vom Dreißigjährigen Krieg verwüsteten und entvölkerten Mark Brandenburg zu
1543 Taktgebern des wirtschaftlichen Fortschritts. Zudem lernten sie schnell Deutsch und passten sich
1544 aufgrund ihrer westeuropäischen Herkunft sehr schnell an das damalige brandenburgisch-preußische
1545 Gesellschaftssystem an.

1546 Völlig anders sieht es hingegen beim fortdauernden Zustrom von Menschen aus Nahost und Afrika
1547 aus. Im Gegensatz zu den Hugenotten stammen diese aus wirtschaftlich schwachen Staaten, deren
1548 Gesellschaftsmodell zudem in vielen Bereichen im Mittelalter verblieben ist. Die Todesstrafe, die
1549 Unterdrückung von Frauen und Mädchen oder die fehlende Toleranz gegenüber anderen
1550 Weltanschauungen, wie sie in islamischen Ländern an der Tagesordnung sind, haben in unserem
1551 aufgeklärten Land Brandenburg nichts zu suchen. Die meisten dieser zu uns kommenden Menschen
1552 können auch niemals zu Taktgebern des wirtschaftlichen Fortschritts werden. Während die
1553 Hugenotten damals in der Tat Fachkräfte waren, die Zuflucht in fremden Ländern suchten, stammen
1554 die heutigen Migranten fast ausnahmslos aus bildungsfernen Schichten und finden sich daher
1555 zwangsläufig im deutschen Sozialsystem wieder. Indem wir Geldleistungen konsequent streichen und
1556 stattdessen Sachleistungen zur Verfügung stellen, entfällt der wichtigste Anreiz zur Einwanderung.
1557 Leider fehlt den anderen Parteien dazu der politische Wille – der AfD jedoch nicht.

1558 Wir wollen selbst entscheiden, wer zu uns kommt und ausschließlich Zuzug nach Bedarf zulassen.
1559 Wie unsere Geschichte gezeigt hat, liegt ein unverzichtbarer Teil unserer staatlichen Souveränität
1560 darin, über die Qualität und Quantität der Einwanderung selbst zu bestimmen. Die Versorgung
1561 unseres Landes mit qualifizierten Arbeitskräften muss jedoch in erster Linie über die vollständige
1562 Erschließung der einheimischen Potentiale erfolgen. Hierzu gehören eine umfassende Aus- und
1563 Weiterbildung, die Überführung unserer Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt und die Beendigung der
1564 Diskriminierung von älteren Arbeitnehmern und Alleinerziehenden.

1565 **Wir fordern die Wiedereinführung umfangreicher Kontrollen an unserer Außengrenze**

1566 Um die illegale Einreise nach Brandenburg wirksam bekämpfen zu können, ist eine umfassende und
1567 ständige Sicherung und Kontrolle unserer Außengrenze notwendig. Diejenigen, die sich hier illegal
1568 aufhalten und bei Kontrollen oder bei der illegalen Einreise aufgegriffen werden, sind unverzüglich in
1569 Haft zu nehmen. Sobald die verwaltungsmäßigen Voraussetzungen für die Abschiebung geklärt sind,
1570 sind sie in ihr jeweiliges Heimatland abzuschicken. Bargeld, Geld- und Kreditkarten und
1571 Wertgegenstände sind einzuziehen und erst bei der vollzogenen Abschiebung wieder auszuhändigen.
1572 Die Kosten für die vorübergehende Unterbringung, Versorgung sowie Rückführung aufgelaufenen
1573 Aufwendungen sind einzubehalten. Zudem wollen wir, dass Mobiltelefone umgehend eingezogen

1574 werden und die darauf gespeicherten Daten zur Ermittlung von Schleppern, Komplizen und
1575 Fluchtrouten ausgewertet werden.

1576 **Wir fordern von Einwanderern und anerkannten Flüchtlingen die Akzeptanz unserer deutschen**
1577 **Leitkultur**

1578 Integration kann nur gelingen, wenn diejenigen, die wir in unsere Gesellschaft aufnehmen, aktiv an
1579 dieser mitwirken. Die Assimilation als weitestgehende Form der Integration ist zwar anzustreben,
1580 aber nicht erzwingbar. Ein Teil unserer ausländischen Mitbürger sowie der Deutschen mit
1581 Migrationshintergrund haben bewiesen, dass sie sich mit ihren Familien in die deutsche Gesellschaft
1582 mit großem Erfolg eingefügt haben. Sie haben unsere christlich-abendländischen Wertevorstellungen
1583 übernommen, sie haben unsere deutsche Sprache erlernt, sie respektieren unsere Gesetze und
1584 verdienen in der Regel ihren eigenen Lebensunterhalt. Sie sind das Paradebeispiel für eine gelungene
1585 Eingliederung in unsere deutsche Gesellschaft.

1586 **Wir wollen keine weitere Einwanderung in unsere Sozialsysteme**

1587 Wir fordern, dass die Ausgabe von Geldleistungen an Asylantragsteller und abgelehnte Asylbewerber
1588 vollständig durch Sachleistungen ersetzt wird. Hierdurch würde der wichtigste Anreiz, in unsere
1589 Sozialsysteme einzuwandern, wegfallen. Das hohe Niveau der deutschen Sozialleistungen zieht
1590 sowohl aus anderen EU-Staaten als auch aus Drittstaaten massenhaft Armutseinwanderer an. Die
1591 Freizügigkeit der EU und die nicht mehr zeitgemäße Ausgestaltung des Asylrechtes werden dazu
1592 missbraucht, um Zugang zu unserem Sozialsystem zu erlangen. Dies schwächt auch zunehmend
1593 brandenburgische Haushaltskassen.

1594 **Wir fordern, dass Ausreisepflichtige konsequent in ihre Heimatländer zurückführen sind**

1595 Abgelehnte Asylberechtigte müssen in ihr Herkunftsland zurückkehren, sobald gewährleistet ist, dass
1596 sie dort nicht mehr flächendeckend verfolgt werden. Daher ist das Fortbestehen von Fluchtgründen
1597 regelmäßig zu überprüfen. Rechtskräftig Ausreisepflichtige verhindern oftmals ihre Rückführung,
1598 indem sie untertauchen, ihre Identität verschleiern oder künstliche Abschiebehindernisse schaffen,
1599 indem sie zum Beispiel vorsätzlich eine Straftat begehen. Die Folge sind jahrelange, aufwendige und
1600 teure Gerichtsverfahren. Diese Verstöße dürfen nicht auch noch dadurch belohnt werden, dass die
1601 Täter dennoch nach einigen Jahren in den Genuss eines Daueraufenthaltsrechts gelangen.
1602 Staatsbürger, die bei der Schaffung von Abschiebehindernissen mitwirken, sind konsequent zur
1603 Rechenschaft zu ziehen.

1604 **Wir sparen Kosten, indem wir obligatorische Altersfeststellungen von Flüchtlingen einführen**

1605 Wir fordern, dass bei Flüchtlingen in begründeten Zweifelsfällen obligatorische Altersuntersuchungen
1606 durchgeführt werden. Die Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind in den letzten
1607 Jahren förmlich explodiert. Dies liegt daran, dass sehr viele unbegleitete, angeblich minderjährige
1608 Ausländer das Ausländer- und Asylrecht missbrauchen. Fast alle von ihnen sind männlich und bis zu
1609 80 Prozent derjenigen, die sich als minderjährig ausgeben, sind tatsächlich volljährig. Ihre
1610 Kriminalitätsrate ist unverhältnismäßig hoch und der Staat kann wegen der Anwendung des
1611 Jugendstrafrechts nicht konsequent durchgreifen. Viele angeblich minderjährige Zuwanderer dienen
1612 als so genannte „Ankerkinder“ zum späteren Nachzug ihrer Familien. Angesichts von Kosten von
1613 durchschnittlich 60.000 bis 80.000 Euro pro Person und Jahr ist dem ein Riegel vorzuschieben.

1614 **Wir wollen keine kommunale Unterbringung von Flüchtlingen über die Köpfe der Brandenburger**
1615 **hinweg**

1616 Angesichts rasant gestiegener Kosten sollen unsere Kommunen zukünftig selbst festlegen können,
1617 wie viele Asylsuchende diese bei sich unterbringen. Eine Asylpolitik über die Köpfe der
1618 Brandenburger hinweg lehnen wir entschieden ab. Anwohner sind so frühzeitig und so umfassend
1619 wie möglich über die geplante Errichtung neuer Asylheime zu informieren und in die Planung
1620 einzubeziehen. Wir fordern die Unterbringung in einigen wenigen zentralen Einrichtungen.

1621 **Wir wollen die Bildung von Parallelgesellschaften im Land Brandenburg verhindern**

1622 Wir werden uns entschieden dafür einsetzen, dass die aus westdeutschen Großstädten und Berlin
1623 bekannten Parallelgesellschaften sich nicht auch noch im Land Brandenburg ausbreiten. Im Zuge der
1624 verfehlten Einwanderungs- und so genannten „Integrationspolitik“ der Altparteien hat sich vor allem
1625 in den alten Bundesländern eine muslimisch dominierte Parallelgesellschaft entwickelt. Die
1626 angestammte deutsche Bevölkerung sieht sich vielerorts mit negativen Entwicklungen konfrontiert,
1627 die mit der Einwanderung aus dem orientalischen Raum direkt zusammenhängen. Eine dreifach
1628 höhere Kriminalitätsrate im Vergleich zu Deutschen, Terroranschläge auf den Straßen, ethnische und
1629 religiöse Konflikte, eine Verachtung gegenüber den Sicherheitsorganen und Behörden, wachsende
1630 Hetze und Angriffe vor allem gegenüber Christen und Juden werden wir nicht länger dulden.

1631 **13 | Mehr den Brandenburgern – weniger dem Staat.**

1632 **| Wirtschaft und Mittelstand |**

1633 Die Wirtschaft im Land Brandenburg ist stark mittelständisch geprägt. Weniger als fünf Prozent der
1634 brandenburgischen Unternehmen sind Großunternehmen und beschäftigen mehr als 250
1635 Mitarbeiter. Die restlichen Unternehmen sind kleine und mittlere Unternehmen. Sie bilden das
1636 eigentliche Rückgrat unserer brandenburgischen Wirtschaft. Eine gute Wirtschaftspolitik im Land
1637 Brandenburg muss deshalb in erster Linie eine gute Mittelstandspolitik sein. Die derzeitige
1638 Landesregierung vernachlässigt jedoch den Mittelstand und setzt vollkommen falsche
1639 Weichenstellungen: Viele Innenstädte im ländlichen Brandenburg sind gekennzeichnet durch
1640 leerstehende Läden, verfallende Häuser und wenige Einkaufskunden auf den teils schlechten Straßen.
1641 Und obwohl das Handwerk zu den Stützpfeilern der wirtschaftlichen Entwicklung im Land
1642 Brandenburg gehört, stagnieren die Existenzgründungen und das Beschäftigungspotential ist bei
1643 weitem nicht ausgeschöpft. Ein Grund hierfür ist, dass die deutsche Wirtschaft unter der Abkehr von
1644 der Sozialen Marktwirtschaft und der Zunahme von staatlichen Markteingriffen leidet. Sie ist
1645 konfrontiert mit hoher Bürokratie und Überreglementierung, sinkender Innovationsfähigkeit, hohen
1646 Abgaben und Steuern und einem hohen Investitionsstau in der Infrastruktur. Des Weiteren
1647 überwiegen in der Energiepolitik planwirtschaftliche Elemente, die durch Überbürokratisierung und
1648 Reglementierung zu extrem hohen Energiepreisen führen.

1649 Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur sozialen Marktwirtschaft, für die Unterstützung des
1650 Mittelstandes, der Handwerker und Selbständigen. Gerade kleine und mittelständische Betriebe
1651 wirtschaften und planen langfristig und sind nicht auf falsches, kurzfristiges Quartalsdenken und
1652 Gewinnmaximierung fokussiert. Unsere Wirtschaftspolitik wird sich daher stets vorrangig an den

1653 Bedürfnissen von kleinen und Kleinstunternehmen, Handwerkern, Selbständigen und eben dem
1654 Mittelstand orientieren und sich für die Verbesserung der wirtschaftlichen Dynamik des Landes
1655 Brandenburg, die Erhöhung des Beschäftigungsstandes sowie die angemessene Gewährleistung der
1656 Sozialstandards einsetzen. Mit unserer Rückbesinnung auf die Grundsätze der Sozialen
1657 Marktwirtschaft wollen wir größere Freiräume für mehr Wettbewerb und Eigeninitiative schaffen
1658 und die Bevormundung durch den Staat eindämmen. Die Alternative für Deutschland setzt sich daher
1659 für eine Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen ein, die mit den folgenden Maßnahmen erzielt
1660 werden soll:

1661 **Wir wollen eine Sonderwirtschaftszone Lausitz einrichten**

1662 Mit der Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone wollen wir die Lausitz frühzeitig auf ein mögliches Ende
1663 der Kohleförderung vorbereiten. Vorbild für uns ist hier die „Zonenrandförderung“ der Bonner Republik.
1664 Diese war insbesondere durch Investitionszulagen, Zinszuschüsse für bestimmte Kredite,
1665 Sonderabschreibungen für Unternehmen, die in die frühere Grenzregion investierten, eine Bevorzugung
1666 bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, einer Befreiung von der Grunderwerbsteuer sowie Zuschüsse zur
1667 Förderung der wirtschaftlichen Infrastruktur gekennzeichnet. Gerade die Nähe zu unseren
1668 osteuropäischen Nachbarn bietet viele Vorteile für eine die Länder Brandenburg und Sachsen
1669 übergreifende Sonderwirtschaftszone Lausitz.

1670 **Wir wollen bessere Wettbewerbsbedingungen für das brandenburgische Handwerk schaffen**

1671 Wir setzen uns dafür ein, dass das Vergaberecht stark vereinfacht wird und bürokratische Hemmnisse
1672 bei den Auftraggebern und Auftragnehmern beseitigt werden. Das brandenburgische Handwerk wird
1673 stark durch Kleinbetriebe geprägt. In den ländlichen Gegenden Brandenburgs sind diese Betriebe die
1674 Hauptarbeitgeber. Allerdings haben sie Probleme mit sogenannten „Wettbewerbern“ aus dem EU-
1675 Ausland. Während das Brandenburger Handwerk in der Regel Mitarbeiter beschäftigt, die über eine
1676 qualifizierte berufliche Ausbildung und einen entsprechenden Abschluss verfügen, arbeiten diese EU-
1677 Wettbewerber vielfach mit wenig qualifizierten Arbeitskräften. Sie können ihre Leistungen daher sehr
1678 viel günstiger anbieten.

1679 **Wir wollen die Pflichtmitgliedschaft in Berufsgenossenschaften abschaffen**

1680 Unsere Unternehmen sollen selbst entscheiden können, ob sie in einer bestimmten
1681 Berufsgenossenschaft versichert sind oder die Angebote und Leistungen auf dem freien
1682 Versicherungsmarkt zu gleicher Qualität und ohne Beschneidung der Arbeitnehmerrechte in
1683 Anspruch nehmen. Die Industrie- und Handelskammer sowie die Handwerkskammer leisten,
1684 insbesondere bei der Erbringung hoheitlicher Leistungen, wertvolle Beiträge für die deutsche
1685 Wirtschaft. Sie sind verantwortlich für die Ausbildung unseres Nachwuchses, fördern Wirtschaft und
1686 Handwerk und gleichen unterschiedliche Interessen aus. Allerdings müssen jedes Unternehmen und
1687 jeder Handwerker selbst entscheiden können, welche Leistung sie nachfragen. Wir wollen die so
1688 genannten hoheitlichen Aufgaben in den Kammern belassen, die Pflichtmitgliedschaft jedoch
1689 mittelfristig abschaffen. Die Beiträge zu Innungen wollen wir zur Hälfte auf die Kammerbeiträge
1690 anrechnen.

1691 **Wir wollen Unternehmensgründungen fördern**

1692 Wir wollen durch die Senkung behördlicher und gesetzlicher Anforderungen Freiräume für
1693 Kleinstunternehmungen und nebenberufliches Unternehmertum schaffen. Zudem wollen wir durch
1694 den Ausbau von Gründerzentren und neuen Schulungs- und Beratungsangeboten in Kooperation mit
1695 Unternehmensberatern, Hochschulen und Anbietern von Fernstudiengängen die Gründung von
1696 Unternehmen erleichtern und finanziell unterstützen. Obwohl die Wirtschaft sich aktuell in einer
1697 guten Verfassung befindet, hat sie im Land Brandenburg nicht die vergleichbare Dynamik anderer
1698 Bundesländer. In der Summe ist die Zahl der Existenzgründer rückläufig. Menschen mit Tatendrang,
1699 unternehmerischen Ideen und Fähigkeiten werden heute vielfach durch die schwer überschaubaren
1700 und hohen bürokratischen Auflagen davon abgehalten, ihre Ideen auszuprobieren und zu
1701 verwirklichen. Dass es auch anders gehen kann, zeigen beispielsweise die in Süddeutschland
1702 verbreiteten Strauß- oder Besenwirtschaften, die historisch gewachsen nicht unter den Begriff des
1703 Gewerbes fallen und daher erlaubnis- und abgabenfrei sind.

1704 **Wir wollen einen Expertenpool für Unternehmensgründer und Jungunternehmer einrichten**

1705 Wir wollen nach Vorbild der Kammern einen Experten-Pool aufbauen, auf den junge Unternehmer
1706 jederzeit zugreifen können. Viele Unternehmer im Ruhestand und betriebswirtschaftliche Praktiker
1707 verfügen über eine umfangreiche Sachkompetenz bei der Beurteilung von Geschäftsideen und dem
1708 Geschäftsaufbau. Ähnlich wie die ehrenamtlichen Experten der Kammern können sie ihre Expertise in
1709 die Beratung für Gründer und junge Unternehmen einbringen.

1710 **Wir wollen den Tourismus im Land Brandenburg ausbauen**

1711 Wir werden uns für eine Reihe von Maßnahmen einsetzen, die die Attraktivität des Landes
1712 Brandenburg für Touristen steigern. So wollen wir uns unter anderem dafür einsetzen, dass spezielle
1713 Werbekonzepte entwickelt werden, mit denen in- und ausländische Touristen, die Berlin besuchen,
1714 verstärkt auch für touristische Ziele in Brandenburg gewonnen werden. Weiterhin wollen wir dafür
1715 Sorge tragen, dass „Bettensteuern“ für Infrastrukturprojekte nicht die Attraktivität Brandenburgs für
1716 Touristen schwächen und die vielfältigen Reiseangebote aus den verschiedenen Regionen besser
1717 koordiniert und beworben werden. Mit seinen intakten Natur- und Kulturräumen bietet unser Land
1718 Brandenburg ausgezeichnete Voraussetzungen für Städtereisen, Fahrradtouren, Urlaub an Seen und
1719 auch für erholsame Tage in unberührter Natur. Vor allem Kurzurlaube sowie Tagesausflüge aus Berlin
1720 sind für den Tourismus im Land Brandenburg von besonderer Bedeutung.

1721 **Wir wollen die ausufernde Bürokratie abbauen**

1722 Unsere Gesetze müssen hinsichtlich ihrer Sinnhaftigkeit, ihrer Kosten und ihres Nutzens auf den
1723 Prüfstand gestellt und gegebenenfalls ersatzlos abgeschafft werden. Gerade kleinere Betriebe
1724 müssen von Berichtspflichten, statistischen Auskunftsvorschriften und einengenden
1725 arbeitsrechtlichen Vorschriften entlastet werden. Die Dokumentationspflichten, denen unsere
1726 Unternehmen zur Vermeidung von Strafen nachkommen müssen, haben ein ausuferndes Ausmaß
1727 erreicht. Rund 90.000 Vorschriften und Gesetze verursachen in Deutschland pro Jahr Kosten in Höhe
1728 von etwa 45 Milliarden Euro! Dies belastet insbesondere kleine sowie mittelständische Unternehmen
1729 und begünstigt Großunternehmen.

1730 **Wir wollen die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland aufheben**

1731 Als Reaktion auf die Ukraine-Krise im Jahr 2014 hat die Europäische Union gegen Russland
1732 Wirtschaftssanktionen erlassen. Sinn und Zweck der Sanktionspolitik ist es, die russische Regierung
1733 wirtschaftlich unter Druck zu setzen und so zu einem Einlenken zu zwingen. Obwohl diese Politik
1734 vollständig gescheitert ist, bestehen die Sanktionen zu Lasten der Zivilbevölkerung jedoch weiter fort.
1735 Es ist nicht im Interesse Brandenburgs, dass eine erfolglose und die Wirtschaft des Landes
1736 schädigende Politik fortgesetzt wird. So sind mehrere hundert brandenburgische Unternehmen von
1737 den Sanktionen betroffen, da sie Geschäftsbeziehungen zu Russland unterhalten. Wir wollen die
1738 überzogene Sanktionspolitik gegen Russland daher schnellstmöglich beenden und somit unsere
1739 Unternehmen stärken.

1740 **14 | Für eine Rückkehr zum am Menschen orientierten Städtebau.**
1741 **| Verkehr, Infrastruktur und Wohnen |**

1742 Über Jahrhunderte machte das Gefühl von Gemeinschaft eine lebenswerte Stadt aus. Stadtbewohner
1743 konnten in ihrem jeweiligen Wohnviertel arbeiten, dort Dinge des täglichen Bedarfs erwerben,
1744 Erholungs- und Freizeitangebote wahrnehmen und natürlich auch wohnen. Park- und Spielflächen
1745 werteten das Viertel zusätzlich auf. Leider wurde nach dem Krieg durch stadtplanerische sowie
1746 ideologische Eingriffe die noch vorhandene historische Bausubstanz zahlreicher brandenburgischer
1747 Siedlungen im großen Maße zerstört und die historisch gewachsenen Stadtstrukturen zugunsten des
1748 städtebaulichen Leitbildes der autogerechten Stadt aufgebrochen. Die Folge war die Orientierung
1749 sämtlicher Planungsmaßnahmen an den Bedürfnissen des motorisierten Individualverkehrs bei
1750 gleichzeitiger Unterordnung der übrigen Verkehrsteilnehmer. Dies ist die Ursache für einen großen
1751 Teil der Probleme, mit denen wir uns heute konfrontiert sehen. Lärm, Luftschadstoffe, Staus,
1752 unattraktive Stadtviertel, breite und stark befahrene Straßen sowie die Gefährdung schwacher
1753 Verkehrsteilnehmer wie Radfahrer – die Liste der Probleme ist lang. Die AfD fordert daher eine
1754 Abkehr vom überholten verkehrs- und städtebaulichen Konzept der autogerechten Stadt und eine
1755 Rückkehr zum am Menschen orientierten Städtebau mit seiner hohen Lebens- und Umweltqualität.

1756 Das oberste Ziel unserer Verkehrspolitik ist es, die unhaltbaren Zustände auf unseren Straßen spürbar
1757 zu verbessern. Nicht nur fehlende Umgehungsstraßen, fehlende Kreisverkehre und schlecht
1758 organisierte Baustellen behindern den Verkehrsfluss auf brandenburgischen Straßen. Sinnlose
1759 Vorfahrtsregeln, ungünstig geschaltete Straßenampeln, Tempo-30-Zonen an Hauptstraßen sowie
1760 fehlende Investitionen in den Erhalt unserer Infrastruktur tun ihr Übriges. Aber auch der ländliche
1761 Raum darf in der Verkehrspolitik nicht vergessen werden und muss durch den Ausbau des
1762 öffentlichen Personennahverkehrs wieder an den Metropolraum Berlin angeschlossen werden. Den
1763 in den berlinfernen Gegenden lebenden Brandenburgern muss ein Grundangebot für den
1764 öffentlichen Personennahverkehr zur Verfügung stehen. Jenes muss die Erreichbarkeit im ländlichen
1765 Raum sicherstellen und Mindeststandards erfüllen, um eine echte Alternative zum eigenen Auto
1766 darstellen zu können. Die Politik muss zudem endlich etwas gegen die deutlichen
1767 Mietpreissteigerungen und vielerorts spürbaren Wohnraumengpässe unternehmen. Vor allem
1768 einkommensschwache Haushalte, zunehmend aber auch Haushalte mit mittleren Einkommen, haben
1769 Schwierigkeiten, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Wirtschaftlich berechenbare, stabile

1770 Eigentums- und Mietverhältnisse stärken auf Dauer das gesellschaftliche Wohlergehen, fördern den
1771 Zusammenhalt der Generationen und können auch der Landflucht entgegenwirken. Sie sind daher
1772 das oberste Ziel unserer Wohnraumpolitik.

1773 **Wir wollen einen leistungs- und entwicklungsfähigen Flughafen**

1774 Wir brauchen einen leistungs- und entwicklungsfähigen Flughafen, der der wirtschaftlichen und
1775 politischen Bedeutung der Hauptstadtregion gerecht wird. Die ständige Ausweitung des BER-Projekts
1776 mit sämtlichen Verzögerungen, Finanzrisiken und Desinformationen hat die Transparenz und
1777 Steuerbarkeit des Projektes zerstört und die berechtigten Interessen vieler Menschen im dicht
1778 besiedelten Umfeld des Flughafens zunehmend missachtet. Die explodierenden Investitionskosten
1779 sowie die wachsenden Folgekosten überfordern zudem die finanzielle Leistungsfähigkeit
1780 Brandenburgs. Die AfD-Brandenburg fordert daher, mit dem Pannenflughafen wie folgt weiter zu
1781 verfahren:

- 1782 • Da schon heute feststeht, dass der neue BER nicht über hinreichend Kapazitäten verfügen wird
1783 und bereits über Erweiterungen nachgedacht wird, muss der Flughafen Tegel erhalten bleiben.
- 1784 • Die Projektgesellschaft hat umgehend alle offen Handwerkerrechnungen zu bezahlen. Dabei ist
1785 durch einen unparteiischen Ombudsmann sicherzustellen, dass die beteiligten Unternehmen
1786 nicht durch vermeidbare Zahlungsverzögerungen in die Insolvenz getrieben werden.
- 1787 • Die Flughafengesellschaft hat einen umfassenden und transparenten Gesamtkosten- und
1788 Zeitplan vorzulegen, damit die Brandenburger sich ein Urteil darüber bilden können, inwieweit
1789 der BER überhaupt noch realisiert werden kann. Diese Pläne sind durch eine unabhängige
1790 Beratungsgesellschaft zu überprüfen.
- 1791 • Die Lärmbelästigungen durch den Betrieb des BER sind, sofern dieser Nichtflughafen jemals fertig
1792 werden sollte, auf ein Minimum zu reduzieren. Es muss sichergestellt werden, dass für alle
1793 unmittelbar Betroffenen strenger Schallschutz gewährleistet ist. Eine dritte und vierte Startbahn
1794 sind angesichts der Besiedlungsdichte in der Region nicht zu genehmigen. Zudem muss es ein
1795 striktes Nachtflugverbot geben. Das Wohl und die körperliche Unversehrtheit der vom Fluglärm
1796 betroffenen Brandenburger haben für uns absoluten Vorrang vor den
1797 Wirtschaftlichkeitsüberlegungen der Flughafenbetreiber.

1798 **Wir wollen den Sanierungs- und Ausbaustau auf unseren Straßen beenden**

1799 Wir wollen für die Sanierung, den Erhalt sowie den Neubau von Kreis- und Gemeindestraßen und in
1800 Abstimmung mit den Landkreisen und den kreisfreien Städten ein Sonderprogramm auflegen, dessen
1801 Höhe sich am Bedarf und den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln orientiert. In den vergangenen
1802 Jahren hat es die Landesregierung versäumt, genügend Haushaltsmittel für die Sanierung, den Erhalt
1803 sowie den Neubau von Straßen bereitzustellen. Allein unser kommunales Straßennetz weist einen
1804 Investitionsstau von über 2,7 Milliarden Euro auf. Pro Jahr werden allerdings nur 150 Millionen Euro
1805 in die Pflege unserer Infrastruktur investiert. Es ist somit kein Wunder, dass sich unsere Straßen,
1806 Brücken und Unterführungen zum Teil in einem bedauernswerten Zustand befinden und wir
1807 Brandenburger uns deshalb mit Dauerstaus, Verkehrsunfällen, Geschwindigkeitsbeschränkungen und
1808 einer erhöhten Lärmbelästigung konfrontiert sehen. So genügen gerade einmal 38 Prozent unserer
1809 Straßen den gesetzlichen Standards!

1810 **Wir wollen insbesondere auf dem Land günstigen Wohnraum für Familien schaffen**

1811 Wir wollen die Schaffung von Wohneigentum fördern, um insbesondere jungen Familien im
1812 ländlichen Raum eine attraktive Lebensperspektive in ihrem Heimatort oder in ihrer Heimatregion zu
1813 geben. Wir fordern zudem die Stärkung der kommunalen Wohnungsbauprogramme, um über die
1814 Kommunen in ganz Brandenburg kontinuierlich vergünstigten Wohnraum anbieten zu können. Wir
1815 wollen diese Programme daher erweitern, um auch Wohnraum für den Eigentumserwerb von
1816 Familien anzubieten. Flächen im Besitz der öffentlichen Hand sollen bevorzugt für
1817 genossenschaftliche Wohnungsbauprojekte genutzt werden. Bei der Wohnraumförderung
1818 bevorzugen wir innerörtliche Gebiete gegenüber Neubaugebieten. Unser besonderes Ziel ist es, jeder
1819 jungen einheimischen Familie aus Gemeinden bis 6.000 Einwohnern in ihrem Heimatort ein
1820 attraktives Angebot für günstigeren Wohnraum oder Baugrund zu geben.

1821 **Wir wollen, dass ein Grundbedarf an Wohnraum steuerfrei wird**

1822 Wir wollen die Grundsteuer für selbstgenutzte Immobilien senken: Für Einzelpersonen sollen 45 qm,
1823 für ein Paar 60 qm und für jedes weitere Haushaltsmitglied 15 qm Wohnraum grundsteuerfrei sein.
1824 Durch diese Maßnahme können insbesondere Mehrkindfamilien entlastet werden. Wir wollen so
1825 verhindern, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und die damit einhergehende
1826 Neuordnung der Grundsteuer zu einer stärkeren Belastung von Familien führen.

1827 **Wir wollen die Grunderwerbsteuer abschaffen**

1828 Wir fordern, dass die Grunderwerbsteuer schrittweise auf 2 Prozent gesenkt und mittelfristig
1829 komplett abgeschafft wird. Als einzige direkte Stellschraube wurde sie in den letzten Jahren ständig
1830 erhöht und ist im Land Brandenburg mit nunmehr 6,5 Prozent vollkommen unsozial. Sie behindert
1831 den Erwerb von Wohneigentum gerade für Familien. In diesem Rahmen ist zu prüfen, ob sie je nach
1832 Ausgestaltung der Grundsteuer an diese mit einem Faktor gekoppelt werden kann, um Transparenz
1833 und Fairness wiederherzustellen. Grundsätzlich fordern wir, dass das Land Brandenburg eine
1834 Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Grunderwerbsteuer in die Wege leitet. Die Politik belastet
1835 das Gut „Wohnen“ mit überbordenden Nebenkosten in Form von Grunderwerb- und Grundsteuern.
1836 In Zeiten, in denen aufgrund sich ändernder wirtschaftlicher Gegebenheiten von Arbeitnehmern ein
1837 großes Maß an Mobilität verlangt wird, stellt die Grunderwerbsteuer einen Bremsklotz dar: Wer
1838 flexibel ist und berufsbedingt den Wohnort wechselt, wird finanziell bestraft. Dies gilt auch für
1839 persönlich bedingte Wohnortwechsel.

1840 **Wir wollen ein Sonderprogramm zur Förderung von Ortsumgehungsstraßen auflegen**

1841 Wir setzen uns für den innerörtlichen Lärmschutz und damit für ein Sonderprogramm zur Förderung
1842 von Ortsumgehungsstraßen ein. Durch die einhergehende Verkehrsberuhigung wird gleichzeitig dem
1843 Verfall von Ortskernen entgegengewirkt. Attraktiver Wohnraum auf dem Land ist schließlich
1844 gekennzeichnet durch die Verbindung aus ruhiger Wohnlage und schneller Anbindung an
1845 Fernstraßen. Leider gibt es in unserem Land noch immer Ortschaften, durch die Bundesstraßen
1846 hindurchführen. In Folge des starken Verkehrs ist die Lebensqualität der Anwohner sowohl wegen
1847 Luftverschmutzung als auch einem erhöhten Lärmpegel beeinträchtigt. An besonders betroffenen
1848 Orten wollen wir zudem durch bauliche und technische Maßnahmen die Lärmbelastung durch den
1849 Straßen- und Schienenverkehr reduzieren. Es ist Aufgabe des Landes, mit vertretbarem Aufwand für
1850 geringe Umweltbelastungen zu sorgen. Hierzu gehört auch der Lärmschutz in all seinen Facetten.

1851 **Wir wollen den öffentlichen Personennahverkehr ausbauen**

1852 Um unsere Straßen zu entlasten und einen Beitrag für den Umweltschutz zu leisten, wollen wir das
1853 Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs ausbauen. Unser langfristiges Ziel ist es, dass von
1854 jeder größeren Stadt im Land Brandenburg aus das Zentrum Berlins bzw. Potsdams mittels
1855 öffentlicher Verkehrsmittel zügig und direkt zu erreichen ist. Hierzu wollen wir zusätzliche
1856 Haltestellen im Regionalbahnnetz schaffen und in der Vergangenheit stillgelegte S-Bahnhöfe
1857 wiedereröffnen. Zudem wollen wir insbesondere im ländlichen Raum das bestehende Busnetz
1858 ausbauen. Brandenburg ist ein Land der Pendler. Jeden Tag pendeln etwa 273.000 Brandenburger in
1859 andere Bundesländer heraus und etwa 134.000 Menschen täglich nach Brandenburg herein. Vor
1860 allem im Metropolraum Berlin führt dies in Stoßzeiten zu starken Verkehrsbeeinträchtigungen.

1861 **Wir wollen die Preise für den Wohnungsbau senken**

1862 Wir wollen kostensteigernde aber unnötige Vorgaben im Wohnungsbau abschaffen. Staatliche
1863 Vorgaben zur Energetik und zum Brandschutz sowie die Forderung nach Sozialwohnungen treiben die
1864 Preise für Wohnungsbau unnötig in die Höhe. Damit steigen nicht nur die Baukosten, sondern auch
1865 die Mieten ins Unerschwingliche. Der vorbeugende Brandschutz ist auf unverzichtbare Maßnahmen
1866 zu reduzieren.

1867 **Unsere Überzeugung: Kein Diesel ist illegal!**

1868 Mit uns wird es keine Fahrverbote für Diesel- oder Ottomotor angetriebene Fahrzeuge aufgrund der
1869 Überschreitung von willkürlichen Grenzwerten und fragwürdigen Messergebnissen geben. Die AfD
1870 sieht den Verbrennungsmotor und nicht zuletzt den sparsamen Dieselmotor noch für lange Zeit als
1871 dominierende Antriebstechnik auf der Straße an. Dieser ist hoch entwickelt und wird stetig weiter
1872 verbessert, sowohl in Bezug auf Effizienz als auch auf Emissionen. Die derzeitige Diskussion über
1873 Stickoxid ist aus ideologischen Gründen vorgeschoben und reiht sich nahtlos im Jahrzehnte
1874 währenden Kampf grüner Ideologen gegen den Individualverkehr ein. Mehr als 35 Prozent der
1875 Pendler im Land Brandenburg setzen auf einen Diesel-PKW und sind von der unsinnigen Diesel-
1876 Diskussion unmittelbar betroffen.

1877 **Für uns ist der Elektroantrieb kein Ersatz für Verbrennungsmotoren**

1878 Grundsätzlich begrüßen wir umweltfreundliche Antriebssysteme. Deren Nutzung darf aber nicht
1879 durch den Staat vorgeschrieben werden. So ist der Elektroantrieb mit Batterie nur für
1880 Nischenanwendungen geeignet und kein Ersatz für unsere bewährten Verbrennungsmotoren. Es
1881 dürfen auch nicht die umweltschädlichen und energieintensiven Produktionsmethoden der
1882 Lithiumakkumulatoren von Elektroautomobilen ausgeblendet werden. Einer flächendeckenden
1883 Einführung des Elektroantriebes stehen zu viele ungelöste Probleme, wie die begrenzte Reichweite,
1884 die Länge der Ladedauer und ein unzureichend ausgebautes Ladestellennetz im Weg. Wer
1885 Elektrofahrzeuge nutzen möchte, dem steht dies selbstverständlich frei. Das Land Brandenburg darf
1886 unserer Ansicht nach jedoch nicht für die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur einspringen.
1887 Das heutige Tankstellennetz wurde schließlich auch nicht mit Steuergeldern finanziert, sondern über
1888 den Benzinpreis. Wenn eine ausreichende Nachfrage an Elektroautos besteht, dann finden sich
1889 zwangsläufig Unternehmen, die aufgrund ökonomischer Anreize ein Ladestellennetz investieren.

1890 **Wir lehnen LKW-Gigaliner ab**

1891 Wir setzen uns für ein Verbot von LKW-Gigaliner auf unseren Straßen ein. Eine gute Verkehrspolitik
1892 zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass sie die Sicherheit im Straßenverkehr verbessert.
1893 Bereits heute kommt es auf unseren Landstraßen und Autobahnen regelmäßig zu teils schweren
1894 LKW-Unfällen. Zudem sind unsere Autobahnen komplett ausgelastet und an gewissen Tagen und zu
1895 bestimmten Tageszeiten auch überlastet, wie jeder Berufspendler aus eigener Erfahrung bezeugen
1896 kann. Gigaliner, das heißt überlange LKWs, verschärfen diese Probleme zusätzlich. Vor allem bei
1897 Unfällen droht aufgrund des Ausmaßes der Giganten-LKW ein Verkehrskollaps, da bereits normale
1898 LKW-Unfälle zu größeren Personenschäden führen und stundenlange Massenstaus auslösen.

1899 **Für uns sind Radfahrer gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer**

1900 Wir wollen nicht nur das bestehende Radwegenetz insbesondere innerstädtisch und in touristischen
1901 Regionen ausbauen, sondern auch die Alltagstauglichkeit der bestehenden Radwege erhöhen. Ein
1902 beschleunigter Ausbau der Radinfrastruktur ist in Anbetracht der stetig steigenden Zahl an
1903 Verkehrsteilnehmern unerlässlich. Zudem wollen wir etwas gegen die leider viel zu oft beim
1904 Abbiegen von Lastkraftwagen auftretenden Unfälle unternehmen. Zum Schutze unserer Radfahrer ist
1905 der Einbau von Abbiegeassistent und Abstandsautomaten künftig zum Standard zu erheben.

1906 **15 | Wer die Digitalisierung verschläft, der verschläft unsere Zukunft.**

1907 **| Digitalisierung und Datenschutz |**

1908 Internet und Digitalisierung prägen unser tägliches Leben und die moderne Gesellschaft. Ohne
1909 Zugang zu Internet und digitaler Kommunikation ist eine gleichberechtigte Teilhabe am
1910 wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben in unserem Bundesland nicht mehr
1911 möglich. Dies gilt umso mehr für Menschen in ländlichen Regionen, die fern von den Angeboten der
1912 Ballungszentren leben. Gerade sie sind auf schnelle, leistungsstarke Internetzugänge und
1913 Kommunikationsnetze angewiesen. Unser Land Brandenburg bildet bei der Digitalisierung jedoch im
1914 bundesweiten Vergleich eines der Schlusslichter. Eine schlechte Mobilfunknetzabdeckung mit
1915 unzähligen Funklöchern, eine geringe Bandbreite vor allem auf dem Land sowie eine mangelhafte
1916 Präsenz der Behörden im Internet gefährden unsere Zukunftsfähigkeit. Weiterhin treibt dieser
1917 Zustand den Zuzug in den Berliner Speckgürtel an, da nur dort die notwendige digitale Infrastruktur
1918 für Wirtschaft und Brandenburger in einem halbwegs ausreichenden Maß gegeben ist. Die digitale
1919 Zukunft ist schon längst am Land Brandenburg vorbeigezogen. Hier muss schnellstmöglich gehandelt
1920 werden.

1921 Ebenfalls nicht länger dulden dürfen wir die zahlreichen Eingriffe der Altparteien in die freie
1922 Meinungsäußerung im Internet. Diese ist uns ebenso wichtig, wie ein vernünftiger Datenschutz sowie
1923 die Wahrung von Urheberrechten. Die Altparteien treten all dies jedoch mit ihren Füßen. Mit dem
1924 unsäglichen Netzwerkdurchsetzungsgesetz rütteln sie an den Grundfesten der Meinungsfreiheit. Das
1925 ist eine Schande für unsere Demokratie. Längst stehen wir hier an einer Wegscheide zwischen einer
1926 freien, offenen Gesellschaft mit Meinungsfreiheit und einem repressiven Überwachungsstaat. Es
1927 scheint, als wollen diejenigen, die hier bereits länger regieren, unerwünschte Meinungsäußerungen
1928 per Gummirecht unterdrücken. Die AfD lehnt sämtliche Angriffe auf die Meinungsfreiheit strikt ab.

1929 Die Digitalisierung ist aus der modernen Gesellschaft längst nicht mehr wegzudenken. Das Internet
1930 und Social Media prägen das Leben und das Kommunikationsverhalten besonders der jungen
1931 Menschen. Viele Unternehmen vollziehen Anstrengungen zur Digitalisierung, um Kosten zu sparen
1932 und wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Voraussetzung dafür ist aber die entsprechende Infrastruktur.
1933 Wenn die Wettbewerbsfähigkeit der Brandenburger Unternehmen nicht leiden soll, müssen wir
1934 schnellstmöglich flächendeckend schnelles Internet verwirklichen und die zahlreichen Löcher in der
1935 Abdeckung unseres Mobilfunknetzes schließen. Zudem fehlt uns ein ganzheitlicher Ansatz zur
1936 Digitalisierung der Wirtschaft, des Tourismus, des Gesundheits- und des Bildungssystems. Wir wollen
1937 mit folgenden Maßnahmen die Digitalisierung in Brandenburg vorantreiben:

1938 **Wir wollen den flächendeckenden Ausbau des Breitband- und Mobilfunknetzes verwirklichen**

1939 Wir streben eine flächendeckende Versorgung mit mindestens 100 Mbit/s an, um alle Brandenburger
1940 in das digitale Zeitalter zu heben. Des Weiteren wollen wir nicht nur bestehende Mobilfunklöcher
1941 schließen, sondern schnellstmöglich flächendeckend den 5G-Standard verwirklichen. Das Land
1942 Brandenburg hinkt beim Netzausbau hinterher und lag im Jahr 2018 im bundesweiten Vergleich auf
1943 dem viertletzten Platz. Fast 15 Prozent der Landesfläche weisen eine unzureichende bzw. gar keine
1944 Mobilfunkversorgung auf! Eine schnelle, leistungsstarke Internet-Infrastruktur eröffnet uns
1945 Brandenburgern vielfältige Möglichkeiten. Wir können im eigenen Haus beispielsweise als
1946 freiberuflicher Architekt oder Informatiker arbeiten oder als Landwirt unsere Produkte an den
1947 Märkten dieser Welt handeln. Wir können das Internet dazu nutzen, Arbeit zu suchen, zu finden und
1948 zu vermitteln und Verwaltungsvorgänge – von der Steuererklärung bis zur Kfz-Anmeldung – von zu
1949 Hause aus erledigen. Wir können Medienangebote wie Film-, Musik- oder Konzertübertragungen in
1950 unsere Wohnzimmer streamen und haben Zugang zu einer breiten Palette an Einkaufsmöglichkeiten,
1951 die früher typischerweise ein Privileg der Städter war.

1952 **Wir fordern die Aufhebung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes**

1953 Die AfD fordert die Aufhebung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes. Der Wissenschaftliche Dienst
1954 des Bundestages hat das Netzwerkdurchsetzungsgesetz als europarechts- und verfassungswidrig
1955 bewertet. Die darin enthaltenen Maßnahmen zur Regulierung sozialer Netzwerke sind gänzlich
1956 ungeeignet, um so genannte „Hasskriminalität“ oder strafbare Inhalte zu unterbinden. Stattdessen
1957 greifen die Maßnahmen des NetzDG unverhältnismäßig in die Presse- und Meinungsfreiheit ein und
1958 könnten die Kommunikationsfreiheit im Internet nachhaltig beschädigen. Selbst der UN-
1959 Sonderberichterstatter für Meinungsfreiheit betonte, das NetzDG stünde im Widerspruch zu Artikel
1960 19 des Internationalen Paktes für bürgerliche und politische Rechte, dem die Bundesrepublik 1973
1961 beigetreten ist und der das Recht auf ungehinderte Meinungsfreiheit postuliert.

1962 **Wir wollen keine staatliche Zensur in Internet und Medien**

1963 Die AfD tritt für eine vielfältige Medienlandschaft ein, die freie Information und kritische
1964 Diskussionen ermöglicht. Information und Meinung müssen klar erkennbar voneinander getrennt
1965 sein. Wir fordern eine öffentlich-rechtliche Berichterstattung, die sich nicht an den Interessen von
1966 Regierungen, Parteipolitik oder Lobbygruppen orientiert, sondern ihre Informations-, Bildungs- und
1967 Kulturprogramme im Sinne der Gebührenzahler gestaltet. Das Internet als Medium der
1968 Kommunikation, Information und freien Meinungsäußerung darf abseits der Verfolgung von
1969 schweren Straftaten keinerlei staatlicher Zensur unterliegen.

1970 **Wir wollen Zukunftstechnologien fördern**

1971 Im Bereich der Zukunftstechnologien möchten wir Unternehmensgründungen erleichtern und
1972 geeignete Maßnahmen zur Förderung von Startups beschließen. Die Politik muss ein
1973 gesellschaftliches Klima für eine offene, unbelastete Diskussion neuer Technologien und
1974 Entwicklungen fördern. Dabei sind neben der berechtigten Erörterung von Risiken bei neuen
1975 Technologien, wie der Künstlichen Intelligenz, auch die jeweiligen Chancen in den Fokus zu rücken.
1976 Schlüsseltechnologien, die für das Land Brandenburg relevant sind, müssen identifiziert und durch
1977 substantielle Förderungsmodelle vorrangig entwickelt werden. Als rohstoffarmes Land kann uns nur
1978 eine technologische Spitzenposition langfristig den Wohlstand erhalten.

1979 **Wir müssen unsere IT-Infrastruktur effektiv schützen**

1980 Die AfD setzt sich mit Nachdruck dafür ein, die digitale Infrastruktur im Land Brandenburg auf einen
1981 international wettbewerbsfähigen Stand zu bringen. Dazu gehört auch der Schutz vor
1982 Industriespionage und Cyber-Angriffe. Wir fordern daher, dass das Land Brandenburg geeignete
1983 Maßnahmen zur Erhöhung der IT-Sicherheit und der Sicherheit der Datennetze ergreift.

1984 **Wir wollen den Datenschutz stärken**

1985 Wir setzen uns entschieden für eine Novellierung des Datenschutzrechtes ein. Jeder Mensch muss
1986 über seine personenbezogenen Daten selbst bestimmen können und über die Preisgabe,
1987 Speicherung, Verwendung und Löschung seiner Daten selbst entscheiden können. Die Urheber der
1988 EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sind jedoch völlig über das Ziel hinausgeschossen. Anstatt
1989 große Internetkonzerne zu regulieren, trifft die DSGVO stattdessen vor allem die kleinen und
1990 mittelständischen Unternehmen, Vereine, Blogger, Freizeitfotografen und viele andere. Diese können
1991 sich keine teuren Berater leisten und leiden unter völliger Rechtsunsicherheit. Zugleich freut sich die
1992 Abmahnindustrie über volle Auftragsbücher. So kann es nicht weitergehen.

1993 **Wir wollen das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung um die Aufgabe der**
1994 **Digitalisierung erweitern**

1995 Bislang wird das Thema Digitalisierung durch die Altparteien stiefmütterlich behandelt. Seit Jahren
1996 wird der Ausbau des Breitbandnetzes versprochen, jedoch nicht konsequent umgesetzt. Um die
1997 Digitalisierung voranzutreiben, wollen wir das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung um
1998 das Aufgabenfeld der Digitalisierung erweitern. Alle digitalen verwaltungstechnischen Aktivitäten
1999 sollen dort mit entsprechender Richtlinienkompetenz und interministerieller Weisungsbefugnis
2000 gebündelt werden. Die AfD fordert zudem die vollständige Digitalisierung der Verwaltung, um deren
2001 Effizienz und Bürgernähe unter Berücksichtigung und Einhaltung des Datenschutzes zu steigern.
2002 Unser Ziel ist es hier, dass die wichtigsten Verwaltungsprozesse papierlos von zu Hause aus
2003 abgewickelt werden können.

2004 **Wir wollen die digitale Medienwirtschaft im Rahmen der Digitalisierungsgezielte fördern**

2005 Die AfD ist sich des großen wirtschaftlichen Potentials sowie der immensen Bedeutung digitaler
2006 Spiele als Kulturgut des 21. Jahrhunderts bewusst. So konsumieren über 34 Millionen Deutsche
2007 regelmäßig Computer- und Videospiele, wobei es keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern
2008 gibt. Das Durchschnittsalter der deutschen Gamer ist im vergangenen Jahr auf 36,1 Jahre

2009 angestiegen. Über neun Millionen sind gar älter als 50 Jahre! Computer und Games sind also längst
2010 nicht mehr nur etwas für Jugendliche und Kinder, wie es in den Medien oftmals dargestellt wird. Sie
2011 sind ein Kulturgut, welches für sämtliche Generationen von Bedeutung ist. Dementsprechend groß
2012 sind die Umsätze der digitalen Medienwirtschaft. Die Games-Branche der Hauptstadtregion zählt
2013 etwa 1.500 Unternehmen, die auf die Entwicklung, die Distribution, Vermarktung und Bewerbung
2014 von Computer- und Videospielen spezialisiert sind. Neben unzähligen Startups sind auch große
2015 internationale Unternehmen in der Hauptstadtregion zu finden und machen diese zum führenden
2016 Games-Standort in Deutschland! Wir wollen darauf aufbauen und weitere Ansiedlungen,
2017 Neugründungen sowie innovative Projekte gezielt fördern, um den Standort Brandenburg zu stärken
2018 und Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern.

2019 **Wir wollen keine Eingriffe in unsere Freiheitsrechte und Souveränität**

2020 Wir betrachten es als Aufgabe und vornehmsten Zweck des Staates, die Freiheitsrechte und
2021 Souveränität der Brandenburger zu schützen und deren Ausübung zu gewährleisten. Wir fordern
2022 daher, dass die Politik bei der Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen der digitalen
2023 Gesellschaft stets die Lösungen sucht und realisiert, die die Grundrechte auf Meinungsfreiheit und
2024 informationelle Selbstbestimmung, das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis sowie die
2025 Unverletzlichkeit der Wohnung möglichst nicht tangieren oder aber bestmöglich schützen.

2026 **16 | Nicht das Klima ist bedroht, sondern unser Wohlstand.**

2027 **| Klima und Energie |**

2028 Braunkohle, Windkraft, Solarenergie sowie das Potential der Forstwirtschaft ermöglichen in der
2029 Theorie die Versorgung des Landes Brandenburg mit Strom aus eigenen Quellen. In der Praxis
2030 werden jedoch vor dem Hintergrund des sogenannten Klimaschutzes Unsummen an Steuergeldern
2031 im Energiesektor versenkt. Gegen einen weiteren dynamischen Ausbau der Windenergie und der
2032 großflächigen Solarenergieerzeugung im Land Brandenburg sprechen neben den irrsinnig hohen
2033 Kosten die Auswirkungen auf das Landschaftsbild, die Umwelt und die Lebensqualität der Anwohner.
2034 Die zunehmende ästhetische Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch die allgegenwärtigen
2035 Windkraftanlagen verändert den durch Weite und Natur gekennzeichneten Charakter der
2036 Brandenburger Landschaft und unterminiert die Chancen Brandenburgs, den Tourismus als
2037 wesentliche Einnahmequelle des Landes zu erhalten oder gar auszubauen.

2038 Es ist zudem wissenschaftlich nicht gesichert, dass Klimaveränderungen vorwiegend
2039 menschengemacht seien. Die Klimaprognosen des Weltklimarats basieren auf Rechenmodellen, die
2040 weder das vergangene noch das aktuelle Klima korrekt beschreiben können. So hat der Mensch seit
2041 Ende des vergangenen Jahrtausends zwar ein Drittel aller Treibhausgase ausgestoßen, die seit Beginn
2042 des Zeitalters der Industrialisierung insgesamt produziert wurden. Zeitgleich kam es allerdings auch
2043 zu einer Pause des Klimawandels. Dies ist ein Indiz dafür, dass der behauptete negative Einfluss der
2044 ausgestoßenen Treibhausgase auf die Temperatur der Erde in der Realität weitaus geringer bis gar
2045 nicht vorhanden ist. In der Folge berücksichtigen immer mehr Wissenschaftler natürliche
2046 Schwankungen des Weltklimas in ihren Simulationen.

2047 In der Tat gab es schon vor der Industrialisierung regelmäßige Warm- und Kaltperioden, die sich nicht
2048 durch die jeweilige CO₂-Konzentration der Luft erklären lassen. In der Summe ist das Klima auf der
2049 Erde seit ca. 10.000 Jahren sogar erstaunlich stabil. Eiskernbohrungen belegen, dass die
2050 Durchschnittstemperatur zu den Blütezeiten des Römischen Reiches sowie des Hochmittelalters um
2051 durchschnittlich zwei Grad über den heutigen Werten lag. Während den Krisenzeiten der
2052 Völkerwanderung sowie des Spätmittelalters lag die Temperatur hingegen um durchschnittlich zwei
2053 Grad unter den heutigen Werten. Diese Klimaschwankungen korrelieren mit Änderungen der
2054 Sonnenaktivität. Vor diesem Hintergrund gestaltet sich die Energie- und Klimapolitik der Alternative
2055 für Deutschland wie folgt:

2056 **Wir wollen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abschaffen**

2057 Die AfD setzt sich für eine Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sowie eine
2058 rechtskonforme Entschädigung der Altanlagenbesitzer ein. Die Förderung von Wind- und
2059 Solarenergie durch das EEG kommt den Menschen im Land Brandenburg, wie auch in Deutschland,
2060 insgesamt teuer zu stehen. Garantierte Entgelte sowie eine Einspeisegarantie haben die Stromkosten
2061 auf ein Niveau getrieben, das die industrielle Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes gefährdet und
2062 die Energierechnung für eine zunehmende Zahl von Brandenburgern unbezahlbar macht. Der Ausbau
2063 der Wind- und Solarenergieanlagen hat dazu geführt, dass die Brandenburger bundesweit die
2064 höchsten Netzentgelte zu tragen haben. Dies ist ein Ergebnis der für Brandenburg ungünstigen
2065 Berechnungsgrundlagen, wonach die Anschlusskosten der zahlreichen alternativen
2066 Energieerzeugungsanlagen durch die geringe Bevölkerungszahl geteilt und auf die Brandenburger
2067 umgelegt werden. Dies ist für uns nicht tragbar! Die Zusatzkosten für die Netzstabilität müssen vom
2068 Bund übernommen werden. Solange das noch nicht geschehen ist, sollen:

- 2069 • keine Erneuerbare-Energien-Anlagen in Wäldern und Schutzgebieten errichtet werden,
- 2070 • keine Vorrangflächen für Windenergieanlagen ohne Zustimmung der betroffenen Brandenburger
2071 ausgewiesen werden,
- 2072 • keinerlei direkte oder indirekte Subventionen für Energiegewinnung, -speicherung und
2073 -verteilung und Elektromobilität mehr bezahlt werden und
- 2074 • ist die Brandenburger Energiestrategie 2030 in der bestehenden Form zu beenden und auf
2075 konventioneller Basis neu zu definieren.

2076 **Wir wollen sozial verträgliche Strompreise für alle Brandenburger**

2077 Die AfD fordert, dass die Energiewendepolitik beendet wird und unsere Strompreise wieder auf ein
2078 sozialverträgliches Niveau gesenkt werden. Das Land Brandenburg hat Strompreise, die mit jedem
2079 Zubau weiterer Wind- und Sonnenstromanlagen sowie dem Netzausbau zwangsläufig weiter steigen.
2080 Zusammen mit den EEG-Subventionen kostete der Ökostrom die Verbraucher im Jahr 2017 30
2081 Milliarden Euro. Für das Jahr 2018 wurden 32 Milliarden Euro prognostiziert. Jedoch hatte der mit
2082 staatlicher Planwirtschaft erzeugte Ökostrom im Jahr 2017 einen Marktwert von nur rund 10 Prozent
2083 der bezahlten Subvention. Die Subventionen fließen zu den Profiteuren der Energiewende und
2084 belasten jeden Vierpersonenhaushalt bis 2025 mit jeweils über 25.000 Euro. Schließlich werden diese
2085 Subventionen direkt über die hohen Strompreise und somit durch uns Verbraucher gezahlt. Damit
2086 findet eine noch nie dagewesene Umverteilung von unten nach oben statt. Die volkswirtschaftlichen
2087 Mehrkosten der geplanten Energiewende allein im Strombereich werden bis 2050 zusammen
2088 mehrere Billionen Euro betragen. Dem muss entgegengewirkt werden. Günstige Strompreise sind

2089 nicht nur für den Privatverbraucher, sondern auch für unsere kleinen und großen Unternehmer von
2090 zentraler Bedeutung.

2091 **Wir wollen das Pariser Klimaabkommen aufkündigen**

2092 Die AfD tritt dafür ein, dass Deutschland das Pariser Klimaabkommen vom 12. Dezember 2015
2093 kündigt. Deutschland soll aus allen staatlichen und privaten „Klimaschutz“- sowie
2094 Forschungsorganisationen austreten und ihnen jede Unterstützung entziehen. Das Land Brandenburg
2095 muss bei diesen Maßnahmen die Vorreiterrolle übernehmen. Mit dem Beitritt zum Pariser
2096 Abkommen und dem von der Bundesregierung erlassenen Klimaschutzplan 2050 hat Deutschland
2097 sich dazu verpflichtet, für die Umstellung der Wirtschaft auf einen niedrigen Umsatz von
2098 Kohlendioxid, weitgehende Eingriffe in unsere Wirtschaft und Gesellschaft vorzunehmen. Eine
2099 Emissionsenkung vom Land Brandenburg hätte allerdings keine erkenn- oder auch messbare
2100 Wirkung auf das „Weltklima“.

2101 **Wir wollen den Braunkohleabbau als wichtigen Wirtschaftsfaktor erhalten**

2102 Wir treten für den Erhalt der Braunkohle als wichtigen Wirtschaftsfaktor ein. Südbrandenburg wird
2103 seit Beginn der Industrialisierung von Braunkohleabbau und -nutzung geprägt und stellt den
2104 strukturbestimmenden Wirtschaftsfaktor in dieser Region dar. Daher wollen wir die Stromerzeugung
2105 aus Kohle als wichtigen Wirtschaftsfaktor, soweit am freien Markt konkurrenzfähig, unbedingt
2106 erhalten. Die Akzeptanz der regionalen Bevölkerung für diesen Industriezweig ist im Allgemeinen
2107 groß. Eine Infragestellung des Braunkohleabbaus würde die südbrandenburgische
2108 Wirtschaftsstruktur nachhaltig schwächen und zum Verlust von tausenden Arbeitsplätzen führen, die
2109 in dieser Region durch nichts zu kompensieren sind. Der Braunkohle kommt als eine der wenigen
2110 heimischen Energieressourcen eine hohe Bedeutung zu, da sie die Abhängigkeit von Energieimporten
2111 zu reduzieren hilft. Ein Ausbau der alternativen Energieerzeugung kann die Verstromung von
2112 Braunkohle auf absehbare Zeit nicht ersetzen, da die unregelmäßige und wetterabhängige
2113 Leistungsabgabe der Wind- und Sonnenenergieanlagen nicht die erforderliche Versorgungssicherheit
2114 bieten.

2115 **Wir wollen unsere Gas- und Kohlekraftwerke weiter betreiben**

2116 Zur Senkung des Strompreises ist die Verwendung unserer heimischen Braunkohle unabdingbar. Die
2117 naturgesetzlich, technisch und wirtschaftlich bedingten und daher vorhersehbaren Probleme der
2118 Energiewende, wie weiter steigende Preise, gefährdete Netzstabilität, zunehmendes Risiko für
2119 Stromausfälle und fehlende Großspeicher, sind ungelöst. Auf die Nutzung moderner Gas- und
2120 Kohlekraftwerke und anderer konventioneller Methoden, wie z.B. die Kraft-Wärmekopplung, darf das
2121 Land Brandenburg daher nicht verzichten, solange kein bezahlbarer und vor allem funktionierender
2122 Ersatz gesichert verfügbar ist. Wir fordern, dass alle direkten und indirekten Subventionen für alle
2123 „Erneuerbaren“ Energien zu streichen sind. Weiterhin ist die Brandenburger Energiestrategie 2030 in
2124 der bestehenden Form zu beenden und auf konventioneller Basis neu zu definieren.

2125 **Wir wollen den Ausbau der Wind- und Solarenergie begrenzen**

2126 Ziel der Bundesregierung ist es, bis 2050 die CO₂-Emissionen um 80 bis 95 Prozent zu senken.
2127 Brandenburg hat dieses unsinnige Ziel übernommen. Die Sektoren Mobilität und Wärme sollen durch
2128 eine Umstellung auf Ökostrom ebenfalls emissionsfrei werden. Dies würde einen weiteren rasanten

2129 Ausbau der Wind- und Solarenergieanlagen in einem Ausmaß und mit einer Geschwindigkeit
2130 erfordern, die schon jetzt Wirtschaft und Brandenburger überfordern. Wir fordern daher einen
2131 vollständigen Stopp dieses Ausbaus, mindestens aber das Windenergieanlagen und großflächig
2132 Solarenergieanlagen grundsätzlich nur noch dann genehmigt werden, wenn

- 2133 • der für die Windkraftanlage vorgesehene Standort sich in einem wissenschaftlich
2134 nachgewiesenen Windeinzugsgebiet befindetet,
- 2135 • die energetische Nachhaltigkeit (u.a. ausreichende Rückstellungen für den Rückbau) der
2136 Anlage an diesem Standort nachgewiesen wird,
- 2137 • der Abstand der Windkraftanlagen mindestens 3.000 m zur nächsten Wohnbebauung beträgt,
- 2138 • die Photovoltaikanlagen auf Flächen errichtet werden, die aus Sicht des Umwelt- und
2139 Naturschutzes unbedenklich sind,
- 2140 • sie nicht in Landschaftsschutz- und Waldgebieten errichtet werden sollen,
- 2141 • den Interessen der Tourismusbranche Rechnung getragen wird, und
- 2142 • die vor Ort ansässige Bevölkerung das Projekt befürwortet.

2143 **Wir wollen unsere konventionellen Kraftwerke weiterbetreiben**

2144 Um Stromausfällen vorzubeugen, wollen wir unsere konventionellen Kohlekraftwerke zur
2145 Sicherstellung der Grundlast weiterbetreiben. Zur Bewältigung der zunehmenden Schwankungen bei
2146 der Erzeugung von Wind- und Solarstrom sind entweder große Stromspeicher oder konventionelle
2147 Kraftwerke notwendig, die Strom liefern, wenn weder Wind weht, noch die Sonne scheint. Speicher
2148 in der notwendigen Größe sind technisch bedingt nicht verfügbar, es wird sie in absehbarer Zeit auch
2149 nicht geben. Es bleibt also nur, konventionelle Kraftwerke vorzuhalten, die im Notfall unseren
2150 gesamten Strombedarf decken können und die Gefahr von einem großflächigen, anhaltenden
2151 Stromausfall senken. Gerade unsere Wirtschaft ist auf eine sichere und kostengünstige
2152 Stromversorgung angewiesen.

2153 **17 | Für eine zukunftsorientierte und transparente Haushalts- und Finanzpolitik.**

2154 **| Haushalt und Finanzen |**

2155 Oftmals wird das Bild der „schwäbischen Hausfrau“ bemüht, wenn über Sparsamkeit, das heißt nur
2156 das auszugeben, was wir einnehmen, gesprochen wird. Völlig vergessen wird hier unsere eigene
2157 Geschichte. So gehören Sparsamkeit und Disziplin zu den klassischen preußischen Tugenden. An
2158 diesen Tugenden wollen wir uns auch in unserer Haushalts- und Finanzpolitik orientieren. Unser
2159 grundsätzliches Ziel ist es daher, dass die Landesausgaben nicht die -einnahmen übersteigen. Denn
2160 Schulden stellen die vorweggenommene Ausgabe prognostizierter Einnahmen dar, reduzieren also
2161 die finanziellen Spielräume unserer Kinder und Enkelkinder. Ihnen zuliebe müssen die Schulden des
2162 Landes Brandenburg auf ein erträgliches Maß abgebaut werden. Dadurch tragen wir nicht zuletzt der
2163 derzeit ungünstigen demografischen Entwicklung Rechnung. In Zukunft werden immer weniger
2164 Steuerzahler im Land Brandenburg leben. Die Folge ist eine deutliche Verschlechterung unserer
2165 finanziellen Rahmenbedingungen. Diese Besorgnis erregende Entwicklung wird von der
2166 Landesregierung nicht nur völlig ignoriert, sondern sogar noch verschlimmert. So wurden in den
2167 vergangenen Jahren zahlreiche Menschen aufgenommen, die in der Masse über Jahrzehnte durch
2168 uns Steuerzahler alimentiert werden müssen.

2169 Die Haushaltspolitik des Landes Brandenburg steht grundsätzlich vor großen Herausforderungen. Bei
2170 einem jährlichen Landeshaushalt von rund 12 Milliarden Euro können nur etwa 65 Prozent aus
2171 eigenen Steuereinnahmen gedeckt werden. Bei Staatsschulden in Höhe von rund 18 Milliarden Euro
2172 müssen wir ganz genau hinschauen, wofür wir unsere Haushaltsmittel ausgeben. Ein sparsamer
2173 Umgang mit unseren Steuermitteln ist unumgänglich. Eskapaden, wie die Ruine des Nichtflughafens
2174 bei Schönefeld, belasten unser Land Brandenburg monatlich mit mehreren Millionen Euro! Mit
2175 diesem Geld könnte ein großer Teil unserer maroden Infrastruktur wieder auf Vordermann gebracht
2176 werden. Mit den bisher für den BER verschwendeten Steuermitteln hätten umgerechnet etwa 6
2177 Millionen Kita-Plätze kostenfrei zur Verfügung gestellt werden können! Die Landesregierung muss
2178 endlich lernen, mit den Einnahmen zurechtzukommen oder sich damit beschäftigen, wie diese ohne
2179 Steuererhöhungen gesteigert werden können. Bereits heute geht der größte Teil unserer Löhne und
2180 Gehälter für Steuern und sonstige Abgaben verloren. Eine noch höhere finanzielle Belastung der
2181 Brandenburger wird es mit der AfD nicht geben. Wir fordern eine Prüfung und Einschränkung der
2182 Staatsausgaben. Indem unnötige Bürokratie abgebaut und die ideologisch motivierte Förderung von
2183 Vereinen, Projekten und Initiativen mit den Zielen Kampf gegen rechts, Gender, Vielfalt und
2184 Migration eingestellt werden, können bereits mehrere Millionen Euro für wichtige
2185 Investitionsmaßnahmen freigesetzt werden.

2186 **Wir wollen das „Recht auf Bargeld“ im Grundgesetz verankern**

2187 Wir wollen über eine Bundesratsinitiative das „Recht auf Bargeld“ im Grundgesetz verankern lassen.
2188 Unser Bargeld ist in Gefahr. Mit Unterstützung von Bundesregierung, Internationalem
2189 Währungsfonds und Europäischer Zentralbank wird eine schleichende Abschaffung vorbereitet. Wir
2190 fordern den dauerhaften Erhalt der uneingeschränkten Bargeldnutzung als wichtiges bürgerliches
2191 Freiheitsrecht. Mit der Abschaffung des Bargelds würde die Rolle des Geldes als unantastbarer und
2192 gebührenfreier Wertspeicher eingeschränkt. Eine Abschaffung des Bargelds macht für den Krisenfall
2193 die Enteignung von Kontoinhabern über eine Inflation der Geldmenge möglich. Bargeld ist ein
2194 natürliches Bollwerk gegen eine weitere Absenkung der Zinsen bis in den negativen Bereich. Ein
2195 Bargeldverbot würde bedeuten, dass Zahlungsvorgänge nur noch elektronisch stattfinden können.
2196 Dies eröffnet Staat und Banken die totale Kontrolle über alle Geldströme und Wirtschaftsaktivitäten,
2197 über jede finanzielle Handlung der Brandenburger, unter Umständen sogar über deren
2198 Aufenthaltsorte. Aus dem gläsernen Bankkunden würde der gläserne Mensch – Vollüberwachung bis
2199 hinein in private und sogar intime Lebensbereiche. Mit einem freiheitlichen Rechtsstaat sind solche
2200 Kontrollmöglichkeiten nicht vereinbar. Nur das grundgesetzlich abgesicherte freie Nutzungsrecht und
2201 die Annahmeverpflichtung von Bargeld können den Alptraum des finanziell und damit gesellschaftlich
2202 gläsernen Brandenburgers verhindern.

2203 **Wir wollen die Verschwendung von Steuergeldern konsequent bestrafen**

2204 Wir fordern, dass Verschwendung von Steuergeldern als Straftatbestand analog zur
2205 Steuerhinterziehung aufgenommen und geahndet wird. Die bislang fehlende Regelung führt dazu,
2206 dass Steuergeldverschwendung geradezu implizit gefördert wird, da die Verschwendung derzeit
2207 kaum Folgen für den Verantwortlichen hat. Die Verschwendung von Steuermitteln führt dazu, dass
2208 diese Mittel für die Finanzierung der Staatsausgaben fehlen und den Haushalt zusätzlich belasten. Die
2209 AfD ist die einzige Partei, die einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Geld der Brandenburger
2210 fordert.

2211 **Wir stehen für eine solide Landeshaushaltführung**

2212 Zeiten guter Wirtschaftslage und Steueraufkommens müssen dazu genutzt werden, unsere Schulden
2213 abzubauen. Ausgaben dürfen nicht als Investitionen verschleiert werden: So sind Ausgaben für
2214 Bildung zwar im übertragenen Sinne Investitionen in die Zukunft, nicht jedoch haushalterisch. Um
2215 den Verschuldungsgrad der öffentlichen Haushalte und des Landeshaushaltes dem tatsächlichen
2216 Lagebild entsprechend real darzustellen, wollen wir den Schuldentransfer in öffentliche
2217 Unternehmen verbieten. Dadurch wird die Verschleierung des wahren Schuldenstandes beendet und
2218 die Gesamtbelastung wieder sichtbar. Wir fordern zudem, dass Leasingverträge als solche klar
2219 auszuweisen sind.

2220 **Wir wollen der Steuern und Abgaben der Brandenburger gedenken**

2221 Wir wollen mit der Einführung eines offiziellen Steuerzahlergedenktag es eine symbolische Grenze
2222 setzen und die Politik dazu anhalten, die Abgabenlast der Menschen zu mindern. Der Bund der
2223 Steuerzahler Deutschland e.V. errechnet Jahr für Jahr einen symbolischen Steuerzahlergedenktag, bis
2224 zu dem der durchschnittliche Steuerzahler ausschließlich Pflichtabgaben erwirtschaften muss. Seit
2225 dem Jahr 2000 liegt dieser Tag im Juli und somit in der zweiten Jahreshälfte! Die Belastung der
2226 arbeitenden Bevölkerung mit Steuer- und Sozialversicherungsabgaben beträgt demnach mehr als 50
2227 Prozent des jeweiligen Jahreseinkommens. Deutschland liegt im internationalen Vergleich in der
2228 Spitzengruppe, was die Höhe der Steuer- und Abgabenbelastung angeht. Die Abgabenlast steht
2229 mit den erhaltenen staatlichen Leistungen jedoch in einem Missverhältnis.

2230 **Wir wollen eine Zuwendungsdatenbank einrichten**

2231 Um Zuwendungen für den Steuerzahler transparent zu machen, fordern wir die Einrichtung einer
2232 Zuwendungsdatenbank nach Berliner Vorbild. Wie eine unserer Anfragen im Deutschen Bundestag
2233 ergab, wurden im Zeitraum von 2013 bis heute Steuermittel in Höhe von über 300 Millionen Euro für
2234 die Finanzierung von Vereinen, Projekten und Initiativen mit den Zielen Kampf gegen rechts,
2235 Genderwahn, Vielfalt und Migration eingesetzt. Allein im Jahr 2017 wurden über 100 Millionen Euro
2236 ausgegeben. Auch die brandenburgische Landesregierung fördert zahlreiche Vereine, Projekte und
2237 Initiativen mit Steuermitteln. Dabei hat sie während des vergangenen Bundestagswahlkampfes sogar
2238 nachweislich gegen das Demokratieprinzip und das Gebot der Chancengleichheit der Parteien
2239 verstoßen. Schließlich darf der Staat nicht parteiergreifend zugunsten oder zulasten einer politischen
2240 Partei auf den Wahlkampf oder auf den politischen Meinungskampf und Wettbewerb einwirken. Eine
2241 Regierung hat sich im Wettstreit der politischen Meinungen neutral zu verhalten. Sie darf keineswegs
2242 regierungskonforme Meinungen fördern und kritische Stimmen bekämpfen. Daher fordern wir eine
2243 sorgfältige Prüfung sämtlicher geförderter Vereine, Projekte und Initiativen. Mit den freiwerdenden
2244 Mitteln wollen wir Initiativen unterstützen, die den zivilgesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, wie
2245 zum Beispiel soziale und kulturelle Vereine sowie Sportvereine.

2246 **Wir wollen eine Erweiterung des Ehegattensplittings zu einem Familiensplitting**

2247 Die Alternative für Deutschland tritt für die Einführung des Familiensplittings ein. Darunter ist zu
2248 verstehen, dass das gesamte Einkommen einer Familie durch die Anzahl ihrer im gemeinsamen
2249 Haushalt lebenden Mitglieder geteilt und auf die Einzelbeträge anschließend die Einkommenssteuer
2250 erhoben wird und die Beträge anschließend addiert werden. Ein wesentlicher Vorteil des
2251 Familiensplittings ist, dass ganz gezielt Familien finanziell entlastet werden, die tatsächlich Steuern

2252 zahlen. Das Ehegattensplitting als Besteuerung einer Erwerbs- und Wirtschaftsgemeinschaft soll nicht
2253 angetastet werden, um Eltern, deren Kinder bereits das Elternhaus verlassen haben, nicht zu
2254 benachteiligen.

2255 **Wahlaufruf | Die anderen hatten ihre Chance – jetzt sind wir dran!**
2256 **| Zeit für den Regierungswechsel |**

2257 Mit unserem Wahlprogramm bieten wir den Brandenburgern eine echte gesellschaftspolitische
2258 Alternative zu der konturlosen Politik der etablierten Parteien. Wie keine andere Partei hat die AfD
2259 erkannt, dass die Bewahrung unserer Heimat, unserer Identität und unserer Leitkultur unabdingbar
2260 ist, um unser Land Brandenburg in eine gute Zukunft zu führen. Wir wollen Staat und Gesellschaft
2261 dezentral, subsidiär und bürgernah gestalten. Wir wollen die Freiheit des Einzelnen und die Rechte
2262 aller Brandenburger stärken, die Funktionsfähigkeit und Vertrauenswürdigkeit öffentlicher und
2263 privater Institutionen wiederherstellen und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft fördern. Dabei
2264 vergessen wir nicht die Schwächsten unserer Gemeinschaft. Mit unserem Landtagswahlprogramm
2265 zeigen wir einen Weg auf, wie unser Land Brandenburg solide ausgebaut werden kann. Dafür müssen
2266 wir die Bürgergesellschaft, den Zusammenhalt der Menschen, vor Ort stärken. Wir brauchen nicht
2267 mehr Globalisierung, weitere Internationalisierung und politischen Größenwahn, sondern endlich
2268 orts- und sachnahe Problemlösungen.

2269 Die Politik der letzten Jahrzehnte hat unser Land Brandenburg an die Grenzen seiner Belastbarkeit
2270 gebracht. Durch Selbstüberschätzung und grenzenlose Machtansprüche sind der Landesregierung
2271 jegliches Maß und Bodenhaftung verloren gegangen. Zudem sind fast sämtliche großen
2272 Regierungsprojekte gescheitert. So wurde die Polizeireform in den vergangenen Jahren schrittweise
2273 zurückgenommen. Die Kreisgebietsreform musste von der Landesregierung aufgrund des
2274 Bürgerwillens gleich komplett abgesagt werden und die riesige Flughafen-Bauruine bei Schönefeld ist
2275 bundesweit das Paradebeispiel für Steuergeldverschwendung. So kann es nicht weitergehen. Unsere
2276 Zukunft darf nicht verspielt werden. Die Eurokrise, die Überschuldung der Staaten, Banken,
2277 Unternehmen und Privathaushalte sind Zeugnisse dieser Fehlentwicklung. Diese zeigt sich ferner in
2278 der wirtschaftlichen Übernutzung und Zerstörung der natürlichen Umwelt sowie der Überforderung
2279 vieler Menschen durch grenzenlose Leistungserwartungen. Die Wirtschaftsordnung wird in erster
2280 Linie an den Interessen der global agierenden Konzerne ausgerichtet, mit der Wirkung einer
2281 zunehmenden Monopolisierung wirtschaftlicher Macht zu Lasten der Brandenburger.

2282 Mit unserem Landtagswahlprogramm zeigen wir als Alternative für Deutschland auf, wie die
2283 Zukunftschancen Brandenburgs gestärkt, Risiken reduziert, die Lebensqualität erhöht und der
2284 Zusammenhalt der Menschen in Brandenburg gefördert werden können. Wir fordern nicht die
2285 Umsetzung utopische Konzepte, oftmals reicht ein Blick in die Vergangenheit. Diese wollen wir als
2286 Vorbild für unsere Politik dazu nutzen, die Stärken Brandenburgs ausbauen und für die Vorzüge des
2287 märkischen Lebensstils werben: Dies bedeutet für uns, die Identität des Landes sichtbar zu machen
2288 und zu stärken, die Freiheit der Menschen abzusichern, ein selbstbestimmtes Leben zu fördern und
2289 die Grundlagen für zunehmenden Wohlstand zu stärken.

2290 Es ist Zeit für einen gesellschaftlichen Kurswechsel. Wir wollen unsere Vergangenheit bewahren und
2291 unsere Zukunft gemeinsam gestalten. Dafür braucht das Land Brandenburg die AfD!

2292

2293 **Wählen Sie deshalb am 01. September 2019 die Alternative für Deutschland!**